

Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode

Plenarprotokoll 14/11

11. Sitzung
Kiel, Donnerstag, 26. September 1996

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 8.10.96

Tagesordnung:

Einsetzung einer Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/223

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/266

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/267

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)

Drucksache 14/272

Jürgen Weber (SPD)

Dr. Ottfried Hennig (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gero Storjohann (CDU)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschluß: Feststellung der Einsetzung der Enquetekommission

Gemeinsame Beratung

a) Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/242

b) Beratungsangebote im Bereich des sexuellen Kindesmißbrauchs

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/225

Wolfgang Baasch (SPD)

Torsten Geerdts (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Gerd Walter, Minister für Justiz-, Bundes- und Europaangelegenheiten

Beschluß: Annahme

Bericht über den Denkmalschutz in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/210

Caroline Schwarz (CDU)

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Irene Föhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Angelika Volquartz (CDU)

Beschluß: Ablehnung

Gemeinsame Beratung

a) Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung

Landtagsbeschluß vom 10. September 1992

Drucksache 13/306

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/132

b) Bericht des Landtagspräsidenten über die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Uwe Döring (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Beschluß: Für erledigt erklärt

Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Regierungskonferenz der Europäischen Union

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/245

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/270

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/278

Beschluß: Überweisung an den Europaausschuß

Umsetzung der Reform der Sozialhilfe

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/224

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/259

Torsten Geerds (CDU)

Rolf Schroedter (SPD)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/259

Landesarmutsbericht

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/227

Rolf Schroedter (SPD)
Torsten Geerds (CDU)
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoordendonk (SSW)
Wolfgang Baasch (SPD)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Beschluß: Annahme

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und F.D.P.

Drucksache 14/8

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/159

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter

Beschluß: Ablehnung

**Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen
(Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)**

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/76

Bericht und Beschlußempfehlung des Sozialausschusses

Drucksache 14/187

Frauke Walhorn (SPD), Berichterstatterin

Beschluß: Annahme

Unterrichtsverpflichtung für Haupt- und Realschullehrer an Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/71

Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 14/201

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Berichterstatter

Beschluß: Ablehnung

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/203

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung

**Vereinbarung nach Artikel 91 b GG; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern
über ein Gemeinsames Hochschulsonderprogramm III (HSP III)**

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/179
Bericht und Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 14/234

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD), Berichterstatter

Beschluß: Kenntnisnahme

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung. Das Haus ist beschlußfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Ingrid Franzen, Birgit Küstner und Peter Zahn. Ferner ist wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene Herr Minister Möller beurlaubt.

Ich begrüße auf der Tribüne die Besuchergruppen der Realschule Viöl und der Timm-Kröger-Realschule Kiel.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

**Einsetzung einer Enquetekommission
„Chancen und Risiken der
Gentechnologie“**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/223

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/266

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/267

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW)
Drucksache 14/272

Zur Begründung erteile ich Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Ihnen vorliegenden Drucksache 14/223 löst die SPD-Fraktion ihre Ankündigung ein, einen qualifizierten parlamentarischen Prozeß der

Chancen- und Risikobewertung der Perspektiven der **Gentechnologie** in Forschung, Entwicklung und Anwendung und Nutzung in unserem Land auf den Weg zu bringen,

(Beifall bei der F.D.P.)

auf den Stand der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und des aktuellen gesellschaftlichen Diskurses zu bringen. Mit der Einsetzung einer **Enquetekommission** wollen wir künftige Entscheidungen des Landtages auf ein sachlich gesichertes Fundament stellen. Das gilt natürlich in allererster Linie für Entscheidungen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen. Das gilt aber auch für Entscheidungen, die in Bonn oder gar in Brüssel zu treffen sind und bei denen wir in unterschiedlicher Art und Weise mitzureden haben beziehungsweise dazu unser Wort erheben sollten.

Mit der Gentechnik werden bisherige ethische Übereinkünfte in Frage gestellt, Ängste ausgelöst, aber gleichzeitig auch Hoffnungen und Chancen für die Medizin, für die Agrarwissenschaft und für den Umweltschutz beschworen. Vor diesem Hintergrund steht es dem Landtag unserer Auffassung nach gut an, als Gesetzgeber, überhaupt als gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht nur verlässliche sachverständige Grundlagen für sich zu erarbeiten, sondern gleichzeitig den Menschen im Land zu zeigen, daß ein so komplexes und sensibles Thema auch den nötigen ernsthaften Umgang in diesem **Parlament** erfährt.

Die Auswirkungen der molekularen Biotechnik, also der Gentechnik, gehen alle Menschen an. Sie sind damit eine höchst politische Frage. Nur zeigt sich auf der anderen Seite, daß Politik in immer größere Schwierigkeiten gerät, eine Bewertung einer so komplexen Technologie in ihren technischen, vor allem aber auch in ihren nichttechnischen Auswirkungen

vorzunehmen. Es ist daher eine Binsenweisheit, daß wir Sachverstand zu Rate ziehen und zur Hilfe herbeiholen müssen.

Dabei kann es nicht hinreichend sein, eigene Urteile oder Vorurteile durch affirmative Zitatsammlungen zu verlängern oder zu verstärken. Man muß sich schon auf eine komplizierte Debatte einlassen, auf eine Debatte, die zwangsläufig auch kontrovers sein muß. Sie ist nicht nur in der **Politik** kontrovers, sie ist in der Wissenschaft kontrovers, und sie wird auch von den Menschen in unserem Land äußerst kontrovers diskutiert und aufgenommen.

Natürlich gibt es Fragen, Entscheidungen, die wir nicht auf die **Wissenschaft** abwälzen können, sondern die im politischen Raum beantwortet oder gefällt werden müssen. Dazu gehören grundsätzliche Entscheidungen zur Gentechnologie und ihrer Entwicklung, dazu gehören aber auch sehr konkrete Entscheidungen über rechtliche Rahmenbedingungen, Fördermaßnahmen wie beispielsweise beim Ausbau oder bei der Entwicklung des Hochschulbereichs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meiner Auffassung nach entziehen sich die Gentechnik und die Gentechnologie einem einfachen Pro und Contra. Das verdeutlicht bereits ein flüchtiger Blick auf die verschiedenen Pole, mit denen wir es hier zu tun haben. Wir haben es zum einen mit der Einbringung genetischen Materials in Pflanzen, Zellen mit mechanischen Methoden zu tun, einer **Genmanipulation**, die im Kontext mit der Umwelt der Pflanzen, die auch unsere Umwelt ist, erprobt und wirksam werden soll. Das ist das Grundprinzip der sogenannten grünen Gentechnik. Dabei haben wir es ja - das darf man dann auch noch einmal sagen, damit das zur Kenntnis genommen wird - mit durchaus unterschiedlichen Formen zu tun - mit transgenen Pflanzen, also dem direkten

Eingriff in das Erbgut als Endprodukt auf der einen Seite und auf der anderen Seite mit den Zusätzen von transgenen Organismen zur Beschleunigung, Steigerung und zur besseren Industrialisierung beispielsweise in der Lebensmittelproduktion, wo im Endprodukt keine transgenen Materialien mehr zur Verfügung stehen, und mit vielerlei Dingen mehr.

Um einen anderen Pol zu nennen: Wir haben es mit der gentechnischen Herstellung von Impfstoffen - zum Beispiel gegen Hepatitis B oder Keuchhusten - zu tun, wo ein Stoff höchster chemischer Reinheit das Labor verläßt, während der gentechnisch manipulierte Organismus - das sind meist die sogenannten Mangelmutanten - im Labor verbleibt.

Ein dritter Pol sind die Fertilisation, Genomanalyse und Selektion von Embryonen im Reagenzglas und ihre anschließende Implantation oder - ein neuer Trend, der aus den USA kommt und uns demnächst auch berühren wird - die Produktion von transgenen Tieren als „Ersatzteillager“ für Human- und Transplantationsmedizin.

Ich habe diese Punkte nur angerissen - die Liste ließe sich fortsetzen -, um deutlich zu machen, daß wir erst einen Bruchteil der Dinge, die in dieser Entwicklung stecken, wirklich wissen und beurteilen können.

Die Frage nach ethischen, sozialen, ökologischen wie ökonomischen **Kriterien der Bewertung** stellt sich automatisch, und zwar nicht nur abstrakt, sondern auch sehr konkret, auf den Einzelfall bezogen. Es muß nun nicht alles wiederholt werden, die Kommission muß nicht alles das wiederholen, was schon an anderer Stelle erarbeitet und aufgeschrieben worden ist. Ich erinnere beispielsweise an die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD zur Gentechnik in der Landwirtschaft. Es gibt aber zunehmend eine ganze Menge von Fragen, die auch hier in Schleswig-

Holstein vor Ort auf den Nägeln brennen oder zumindest in absehbarer Zeit auf den Nägeln brennen werden und um die wir uns kümmern müssen.

Ich nenne beispielsweise die Vorhaben der Präimplantationsdiagnose an der Medizinischen Universität Lübeck, einer genetischen Selektion von Embryonen im Reagenzglas. Das ist nach gültiger Rechtslage, nach dem Embryonenschutzgesetz, zwar nicht zulässig, aber ein solches Vorhaben hat die erste Ethikkommission bereits passiert, und der Ruf nach einer Novellierung des Gesetzes wird lauter. Auch wir werden uns da zu positionieren haben.

Oder die Forschung der Pflanzenzüchter an der CAU mit genveränderten Pflanzen, die sich zwar noch in der Laborphase befindet, wo es aber nur eine Frage der Zeit ist, bis auch die Anwendung im Freilandversuch auf der Tagesordnung stehen wird. Das hat mit unseren Forschungseinrichtungen im Lande zu tun. Auch da werden wir uns positionieren müssen.

Oder die Frage, ob in Schleswig-Holstein über die Sicherheitsklassifizierung S 2 hinaus geforscht werden soll. Die Labors gibt es. Auch das ist eine Frage, die auf der Tagesordnung steht.

Oder die Frage, welche Bedeutung Gen- und Biotechnologie bei der Hochschulplanung spielen sollen. Auch das ist eine höchst aktuelle Frage, wie wir aus anderen Zusammenhängen wissen.

Oder die Frage, wie sich Schleswig-Holstein verhalten soll in dem dynamischen Prozeß der Veränderung der rechtlichen Regelungsverhältnisse im Genbereich. Ich will das hier alles gar nicht im Detail erzählen, sondern nur darauf hinweisen.

Oder die Frage, wie wir uns positionieren, wenn wir vor der Ausweitung von BioRegio-Programmen des Bundes stehen, von denen

wir hoffen, daß sie kommen. Auch da werden wir überlegen müssen, was man tun und wie man es tun soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Bewerben!)

Oder die Frage, welche Konsequenzen es für das Marketing unserer landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat, daß wir in absehbarer Zeit mit einer Welle von Novel-food-Lebensmitteln in diesem Land überschwemmt werden.

(Günter Neugebauer [SPD]:
Furchtbar! - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Geschmacksfrage!)

Ein letztes Beispiel, um Ihnen die **Bandbreite** der Fragen, mit denen wir uns in der **Kommission** befassen wollen, deutlich zu machen!

(Zuruf des Abgeordneten Günter
Neugebauer [SPD])

- Ich habe das Beispiel der Sojabohnen und Tomaten extra nicht gebracht, weil ich weiß, daß dann keiner mehr zuhören und alle über ihr Frühstück reden würden. Das wollte ich gern vermeiden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte ein weiteres Kriterium nennen, das wir in unseren Antrag aufgenommen haben: Was können und müssen wir tun, um die Vermittlung von Wissen und die Verbreitung von Informationen über ethische Grundlagen, Folgenabschätzung der Gentechnologie und so weiter zu verbessern? Wir haben nach unserer Auffassung alle - auch für dieses Land - relevanten Punkte, Fragestellungen in unserem Antrag niedergelegt.

Ich wünsche mir - egal, ob wir von Chancen und Risiken oder von Risiken und Chancen reden -, daß wir alle Bereiche in einer sachlichen Debatte aufarbeiten. Wenn wir

über **Risiken** reden, müssen wir ehrlicherweise differenzieren. Da sind zum einen die bekannten, faktisch nachweisbaren Risiken, beispielsweise Mangelerscheinungen, Allergien und ähnliches bei Änderungen von Eiweißhaushalten genveränderter Produkte, auch wenn wir einen Blick auf das werfen, was an Fehlversuchen bei der Resistenzbildung bisher bekannt ist und was die Einschätzung der Einbringung von chemischen Herbiziden angeht. Da ist nicht alles so, wie man sich das seitens der Betreiber ursprünglich gedacht hat.

Zum anderen gibt es den Bereich der hypothetischen Risiken, Veränderungen der Ökostruktur, Fragen der Rückholbarkeit. Wir müssen deutlich zwischen faktischen und hypothetischen Risiken unterscheiden. Dann gibt es noch den Bereich der spekulativen Risiken, den ich davon abgrenzen und anders gewichten würde, wo wir Erkenntnisse gewinnen müssen, wie es mit dem Einfluß der veränderten DNA auf den menschlichen Körper bestellt ist.

Wenn wir über **Chancen** reden, müssen wir das gleiche Maß an Differenzierung anlegen. Was kann wem nützen, unter welchen Bedingungen und zu welchem Preis?

Ich hoffe, daß wir diesen Themenkanon in der Kommission aufschlagen. Auch Industrie und Deutsche Forschungsgemeinschaft konzедieren, daß es bisher keine verlässlichen, genauen Untersuchungen zu allen denkbaren Folgen von Gentechnologie gibt. Das kann auch nicht verwundern, weil der Anwendungsbereich dieser Technologie relativ neu und man in der kurzen Entwicklungszeit noch überhaupt nicht in der Lage ist, vernünftige, quantifizierbare Ergebnisse der Abwicklung und Bewertung vorzulegen. Um so wichtiger und um so bedeutender ist, in welchem Maße **Technologiefolgenabschätzung** als Forschungsaufgabe und als

institutionalisiertes Instrument in Schleswig-Holstein verstärkt werden muß.

Ich möchte hier nicht die ganze Bandbreite des Themas aufreißen. Fest steht für mich: Wir wissen viel zuwenig über Gentechnologie, wir müssen uns auf einen vernünftigen Sachstand begeben. Wer sich nicht allein auf fundamentalistische Glaubenssätze oder Nachbeterei von Einzelinteressen zurückziehen oder verlassen will, dem muß daran gelegen sein, sich zumindest für den Bereich, für den er politisch verantwortlich ist - das ist unser Land - auf den Stand der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse, aber auch der Desiderata und des wissenschaftlichen Meinungsstreites bringen; sonst kann er nicht verantwortlich Politik machen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Das kann man doch lesen!)

Die Diskussion über Embryonenschutz, Bioethikkonvention, Gentechnikgesetz und ähnliches mehr unterstreicht, daß es auch im originär politischen Raum eine Anzahl von Debatten gibt, die noch vor uns stehen. Ich möchte gar nicht den Bereich der Sozialgesetzgebung, des Datenschutzes und anderer Fragen berühren, wo wir das Thema Gentechnik ebenfalls in Zukunft zu bewerten haben werden.

Ich möchte zum Schluß den wirklich ernst gemeinten Appell aussprechen, daß eine solche **Enquetekommission** nur dann sinnvoll und vernünftig arbeiten kann, wenn die **Arbeit** diskurs- und problemorientiert ist. Ich rufe alle auf, sich an diesem Prozeß zu beteiligen. Um es mit den Worten des Politikwissenschaftlers und Parlamentsforschers Wolfgang Ismayr zu sagen:

„Diese besonderen Ausschüsse können die gewünschte Wirksamkeit nur angemessen entfalten, wenn die Kommissionsmitglieder argumentationsoffen an die Arbeit gehen und sich die Beteiligten nicht in erster Linie von Politik und interessensrationalen Motiven der Machtsicherung, des tagespolitischen Punktgewinns und der strategischen Durchsetzung parteipolitischer Positionen leiten lassen.“

Ich bin optimistisch, daß uns das vielleicht gelingen wird. Als verantwortungsbewußte Politiker haben wir einen Anspruch auf umfassende Information,

(Beifall bei der F.D.P.)

und jeder muß sich fragen, ob er hinreichend informiert ist, um in entscheidenden Fragen seine Hand heben zu können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das fragen wir uns auch!)

Mir persönlich - ich vermute, daß es mir in diesem Parlament nicht allein so geht - reichen weder Hochglanzbroschüren von Lobbyisten noch Parteitagsbeschlüsse aus, um mich umfassend entscheidungsfähig in diesem Haus zu fühlen.

(Beifall)

Ich nehme es als positives Zeichen, daß sich die F.D.P.-Fraktion der Mühe unterzogen hat, einen Änderungsantrag zu formulieren. Den Teil der Fragen, die eher suggestiv ausfallen, finde ich nur begrenzt hilfreich; aber der Antrag enthält Fragen, die unseren Fragenkatalog fraglos ergänzen können.

Im übrigen stimmt es mich optimistisch, daß sich eine ganze Reihe von Institutionen, Fachleuten der verschiedensten Provenienz bereit erklärt hat, der Kommission hilfreich zur Seite zu stehen, sich einzubringen - angefangen beim Verband der Chemischen

Industrie über Bürgerinitiativen bis zu Wissenschaftlern unserer Hochschulen. Das wird die Arbeit befruchten. Ich bin sehr froh, daß wir das auf den Weg bringen können.

Ein letztes! Der Kollege Storjohann hat in der August-Tagung dieses Hauses formuliert: Der Gentechnikzug rollt. - Kollege Storjohann, so weit, so richtig. Daß wir die Fahrtrichtung des Zuges nur sehr begrenzt mitbestimmen können, ist sofort zugestanden. Für bedenklich halte ich es aber, wenn Parlamentarier auf einen Zug aufspringen wollen, von dem sie nicht einmal genau wissen, wohin er fährt. Für noch bedenklicher halte ich es, wenn man eigentlich nicht einmal wissen will, wohin die Reise geht.

(Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Sie brauchen doch nur aufzuspringen, sie sollen ihn fahren lassen!)

Das sollten wir als Parlamentarier nicht zur Meßlatte unserer Arbeit machen. Die Halbwertszeit des Wissens über die Gentechnologie ist so geprägt, daß wir uns an scheinbare Gewißheiten nicht gewöhnen sollten. Richten wir deshalb eine Enquetekommission ein, die zügig ihre Arbeit aufnehmen und zu einem Ergebnis führen sollte!

Der Hinweis des SSW auf die Geschäftsordnung des Landtages ist korrekt, alle Fraktionen an der Bestellung der Kommission zu beteiligen.

Beginnen wir die Arbeit, die zu einem hoffentlich ordentlichen Ergebnis führt! Lassen Sie uns an die Arbeit gehen!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Hennig das Wort.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie uns in der Tat an die Arbeit gehen, aber beim Einrichten von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein und in Deutschland, und dazu brauchen wir auch diese Zukunftstechnologien! Deswegen sage ich, daß eine Taktik des Verzögerns, des Verschleppens und des Verhinderns unangemessen ist. Das erleben wir gerade wieder in dem Bereich **Gentechnologie**, auf nichts anderes läuft doch dieser Antrag hinaus. Eine rationale Abwägung von **Chancen** und **Risiken** der Gentechnologie ist eine Selbstverständlichkeit, Herr Kollege, da kann jeder nur in diesem Hause zustimmen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Dann tun Sie es doch!)

Der geplante Auftrag an die Enquetekommission liest sich so, als wären wir ganz am Anfang im Umgang mit der Gentechnologie. Das ist doch nicht wahr. Sie hat eine lange **Vorgeschichte**. Sie alle wissen, daß schon 1987 eine **Enquetekommission des Bundestages** wesentliche Erkenntnisse vorgelegt hat.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Diese Erkenntnisse müssen in Teilen sicher fortgeschrieben werden. Aber wollen Sie wirklich, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, daß wir hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag die Arbeit des Deutschen Bundestages erledigen?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sie hätten zuhören sollen!)

All die Grundsatzfragen, die Sie jetzt zwei Jahre hin- und herwenden wollen, fallen zum großen Teil überhaupt nicht in die **Kompetenz des Landtages**. Spezifische

schleswig-holsteinische Aspekte sind in Ihrem Antrag nur am Rande zu entdecken. Wenn Sie genau darüber zwei Jahre lang beraten wollen, dann ruft dies doch den Verdacht hervor, daß Sie tatsächlich auf Zeit spielen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Genau dies dürfen wir nicht, denn Schleswig-Holstein hat keine Zeit zu verlieren - wie ich eingangs sagte -, um die Nutzung der Chancen von Hochtechnologien wirklich wahrzunehmen. Denn dieses Thema entscheidet über die **Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes**.

(Beifall bei der CDU)

Es entscheidet über die Sicherheit der vorhandenen **Arbeitsplätze**, und es entscheidet über die Schaffung neuer Arbeitsplätze, genau das ist es, was wir am dringendsten brauchen.

Die faktische Entwicklung ist schon längst über das rot-grüne Wunschdenken hinausgegangen. Die Bio- und die Gentechnologien haben schon jetzt eine sehr große Bedeutung, und diese wird in den nächsten Jahren noch wesentlich zunehmen. Bundesforschungsminister Rüttgers sagt, wir hätten schon heute 100 000 Arbeitsplätze zusätzlich in Deutschland haben können, wenn wir nicht in einigen Ländern so auf der Bremse gestanden hätten, wie das auch in Schleswig-Holstein der Fall gewesen ist.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immer an den Schrauben drehen, ohne zu wissen, was sich bewegt!)

100 000 zusätzliche Arbeitsplätze!

Biotechnologisch entwickelte Medikamente machen bereits heute zwei Drittel aller neuen Medikamente aus. Das muß man doch einmal

zur Kenntnis nehmen. Vor zehn Jahren waren es nur 5 %, heute sind es zwei Drittel aller neuentwickelten Medikamente. Das novellierte **Gentechnikgesetz von 1993** hat die rechtlichen **Rahmenbedingungen** verbessert - nach wiederum langer Blockade der Sozialdemokraten. Es hat die Rahmenbedingungen eindeutig geregelt, über die Sie jetzt erst noch reden wollen. Wenn es um **Veränderungen** geht, dann kann es doch nicht um den Rückschritt durch zusätzliche Verschärfungen gehen, die Sie offenbar im Sinne haben, sondern um administrative Erleichterungen für solche Forschungsarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Es muß doch jeder als aberwitzig empfinden, daß bei uns in **Deutschland** gentechnisch hergestellte Medikamente auf den Markt kommen, die von deutschen Unternehmen entwickelt worden sind, aber nicht in Deutschland produziert werden dürfen. So produzieren zum Beispiel die Firma Bayer den Blutgerinnungsfaktor 8 oder die Firma Schering das auch in Deutschland zugelassene Betaserom für die Multiple-Sklerose-Therapie in den USA. Ist das denn ein vernünftiger Prozeß? Allein im Jahre 1994 wurden für 2,4 Milliarden DM gentechnisch hergestellte Medikamente aus den USA importiert.

Deswegen sagen wir, wir haben in Deutschland schon viel zu viel Zeit mit Diskussionen der Bedenkensträger verloren. Um uns herum geht die Entwicklung sehr viel weiter. Sie aber bekämpfen zum Beispiel **Freilandversuche** mit gentechnisch erzeugten Pflanzen,

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

während diese Versuche weltweit um uns herum bereits stattfinden. Allein in den **EU-Mitgliedstaaten** sind bereits 580 Freisetzungen mit 30 verschiedenen Arten

gentechnisch veränderter Organismen angemeldet.

Ich würde empfehlen, daß sich die Damen und Herren Bedenkensträger einmal nach Hohelieth im Kreise Rendsburg-Eckernförde begeben und sich in einem mittelständisch geprägten Weltunternehmen überzeugen, wie weit die Dinge bereits weltweit gediehen sind und wie groß die Gefahr ist, daß wir uns auch von diesem technologischen Zukunftsmarkt verabschieden, weil wir die Dinge zusätzlich behindern und erschweren.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfehle, daß Sie unter Leitung des Ministers Wiesen das Forstgenetische Institut in Großhansdorf besuchen, um sich davon überzeugen zu können, wie weit dort die Dinge gediehen sind, und dann die Bedenken, die Sie alle noch einmal von Adam und Eva artikulieren wollen, überprüfen. Sie erwecken den Eindruck, als gebe es diese weltweite Entwicklung gar nicht oder als könnten Sie diese Entwicklung von Kiel aus steuern. Was für ein Irrtum!

Es geht darum, daß wir die offen vor uns liegenden Chancen der Bio- und der Gentechnologien nutzen. Andere tun dies bereits, und sie tun dies wiederum sehr viel zupackender, als Schleswig-Holstein dies tut, ohne dabei die Risiken zu vernachlässigen. Das will hier doch niemand. Niemand will die Risiken vernachlässigen!

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So hat zum Beispiel - ich nenne dies als ganz konkreten Anwendungsfall - das Land **Baden-Württemberg** auf Vorschlag einer Arbeitsgruppe des Innovationsbeirates eine **Biotechnologie-Agentur** eingerichtet, die mit 700 000 DM Jahresetat ausgestattet ist. Sie stellt ein Dienstleistungsangebot für die vorhandenen Biotechnologie-Unternehmen bereit. Gerade weil in anderen Ländern die

Entwicklung so schnell voranschreitet, hat Schleswig-Holstein - wie wir meinen - keine Zeit zu verlieren, sonst bewahrheitet sich wieder einmal die Erkenntnis: Wer zu spät kommt, den bestraft der Markt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine sehr eigenwillige Umformung des Satzes! - Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nicht Marx, das haben Sie bei den Grünen wieder falsch verstanden!

(Unruhe)

Gerade weil dies so ist, sehe ich mit großer Sorge auf die **Verschleppungstaktik** des rot-grünen Bündnisses. Gerade weil Sie sich in dieser Frage nicht einig sind - das wird doch hier nur überdeckt -, spielen Sie auf Zeit, aber der Riß geht quer durch die SPD selbst.

Wo leben wir denn, daß sich die Ministerpräsidentin bei der **SPD-Fraktion** quasi entschuldigen muß, daß sich das Land - wenn auch nur schüchtern - am Biotechnologie-Wettbewerb des Forschungsministers Jürgen Rüttgers beteiligt, nachdem die Abgeordnete Walhorn meine Forderung nach Beteiligung an diesem Wettbewerb als „Zynismus“ - ich zitiere sie wörtlich - abgetan hat? Das ist der Riß, der bei Ihnen quer durch die Fraktion geht.

Wo leben wir denn, daß eine **Landesregierung** dieses Projekt ganz verschämt betreiben muß, anstatt es als Chance zu verstehen und öffentlich dafür zu werben?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Hier schafft Rot-Grün eine verkehrte Welt, und das werden wir so nicht mitmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir wollen die **Chancen der Bio- und Gentechnologien** nutzen. Frau Walhorn hat eben deutlich dazu genickt, es stimmt nämlich ganz genau, was ich eben zitiert habe. Wir wollen die Chance nutzen, weil man damit kranken Menschen helfen kann, weil man damit Umweltgefahren verbannen kann, weil man damit den Hunger in der Welt bekämpfen kann.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gleichzeitig neue Gefahren geschaffen werden! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie müssen auch die Risiken aufzeigen!)

Das heißt nicht, daß wir nicht auch die Risiken sehen und die Besorgnisse der Bevölkerung ignorieren - das heißt es überhaupt nicht. Öffentliche Akzeptanz ist wichtig, so wie es Bundespräsident Roman Herzog im November 1995 gesagt hat:

„Die Aufklärung über die Beherrschbarkeit der Risiken und den verantwortungsvollen Umgang mit den Techniken ist Voraussetzung für ihre Anerkennung.“

Das ist ein gutes und ein richtiges Zitat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht doch nicht um die Akzeptanz!)

Das wollen wir, und dazu dient unser Antrag. Das ist aber etwas ganz anderes als das Schüren von Ängsten, das Sie auch mit Ihren Zwischenrufen hier wieder betreiben.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie Angst vor unseren Zwischenrufen?)

Dafür bedarf es keiner Enquetekommission, die nur als Vorwand dient, um zwei Jahre lang nicht zu entscheiden und alles verzögern zu können. Das ist der falsche Weg. Deshalb lehnen wir Ihre Enquetekommission ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Meinhard Füllner [CDU]: Ihre Brille ist ja wieder heil!)

- Es ist eine alte Brille.

Wie wir alle wissen, hat die **Diskussion über die Gentechnik** in der Bevölkerung bereits einen breiten Raum eingenommen. Bisher ging es allerdings fast ausschließlich nur um genmanipulierte Nahrungsmittel. Die Einstellung reicht von absolutem Nein - bei Nahrungsmitteln immerhin 80 % der Bevölkerung - bis hin zum absoluten Ja. Absolutes Nein bedeutet, daß das Setzen von Grenzen überflüssig ist. Das gleiche gilt allerdings auch für das absolute Ja. Eine der zu klärenden Fragen lautet daher: Gibt es eine Position zwischen ja und nein, wo liegen die Grenzen, wer muß sie ziehen, und was ist ethisch vertretbar? Die Politik hat die Aufgabe, Wissen zu fördern und durch Wissen Bewußtsein zu fördern. Bewußtsein muß aber dann mit Verantwortung vereint werden.

Scheinbar und auch tatsächlich zu erzielende Vorteile dürfen nicht isoliert betrachtet

werden. Sie müssen vor dem Hintergrund möglicher ökologischer, gesundheitlicher und volkswirtschaftlicher Folgen, die sich unter Umständen erst nach Jahrzehnten, bei genmanipulierten Bäumen sogar erst nach Jahrhunderten zeigen könnten, gesehen werden. Im Zweifel muß die absolute Sicherheit Vorrang vor kurzfristigem **Profit** haben. Absolute **Sicherheit** bedeutet unter Umständen: Hände weg von gefährlichen Experimenten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir sind nicht Gott. Schon eher sind wir Zauberlehrlinge, die sich an Dinge heranwagen, die sie nicht beherrschen können. Vergessen wir niemals: Wir haben keinen Meister, der uns die Zauberformel „in die Ecke Besen, Besen, sei's gewesen“ im richtigen Augenblick zuruft. Freigesetzte genmanipulierte Organismen sind nicht rückholbar. Ihre weitere spontane Veränderung ist nicht kontrollierbar und noch weniger steuerbar. Erkennen wir nicht mehr beherrschbare Risiken erst nach der Freisetzung, ist es zu spät.

Hierzu nur einige wenige Beispiele aus dem Bereich der **Gesundheit**: Es wurden bereits Allergiker erwähnt und die nicht beherrschbaren Probleme durch artfremde Eiweiße. Durch sogenannte Positionseffekte können als unbeabsichtigte Nebenprodukte toxische oder auch erbgutschädigende Substanzen entstehen. Die zwar bequeme und billige Produktion weiblicher Hormone für die Pille mit Hilfe von Bakterien könnte ungeahnte Folgen haben, wenn diese freigesetzt und die ebenfalls eingebauten Selbstzerstörungsgene nicht funktionieren würden. Meine Herren, dann könnten Sie sich in Zukunft das Rasieren und manche andere Tätigkeit sparen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Schon jetzt stehen die Menschen durch neue Krankheiten wie AIDS und BSE vor unlösbaren Problemen. Ohne Not riskieren wir weitere, vielleicht viel schwerwiegendere Probleme. So könnten zum Beispiel durch **Pannen bei der Genmanipulation** bisher harmlose Organismen zu Killern werden. Eine Reihe denkbarer Pannen ist bereits geschehen. Es könnten noch einige bisher undenkbbare Pannen hinzukommen. Diverse, zunächst für unmöglich erklärte Pannen hat es gegeben, zum Beispiel das Auskreuzen auf Wildpflanzen oder das Entstehen völlig unbeabsichtigter Eigenschaften zum Beispiel bei einer herpizidresistenten Bohne, die plötzlich östrogenverwandte Substanzen enthielt.

All die **Risiken** und **Gefahren** sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß der Gesetzgeber bis heute keine umfassende **Haftungsregelung** getroffen hat. Versicherungen decken derartige Risiken natürlich nicht ab. Die Versicherungen wissen sehr genau, welche Risiken so hoch sind, daß sie nicht abzusichern sind. Nennen Sie mir zum Beispiel eine Versicherung, die die Risiken, die sich aus der Kernenergienutzung ergeben, abdeckt. Für meine Partei steht das absolute Nein zur grünen Gentechnologie sowohl im Forst- als auch im Landwirtschaftsbereich fest.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Weshalb brauchen wir dann die
Enquetekommission?)

Nebenbei bemerkt: Der Begriff „grüne Gentechnologie“ ist eigentlich eine Kombination, die man verbieten sollte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In diesem Bereich ist die Gentechnologie absolut überflüssig. Ein Ökobauer - nur diese Form der Bodenbewirtschaftung wird in

Zukunft nur noch vertretbar sein - braucht kein bastaresistentes Saatgut.

Auch beim Einsatz der Gentechnik im **Umweltbereich** - ich nenne das Stichwort Bodensanierung - stehen nach unserer Einschätzung unabsehbare Risiken beispielsweise durch die Verselbständigung manipulierter Mikroorganismen in keinem vertretbaren Verhältnis zu dem möglichen Nutzen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Füllner?

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich habe die Zeit sehr knapp kalkuliert. Es wäre mir lieb, wenn dann vielleicht eine 3-Minuten-Sache angehängt würde.

(Thorsten Geißler [CDU]: Was
meinen Sie mit einer 3-Minuten-
Sache?)

- Ich möchte gern meine Zeit nutzen. Wenn jemand reden möchte, kann er vielleicht hinterher einen kurzen Beitrag leisten.

Sehr viel schwieriger ist die Frage zu beantworten, ob **Gentechnik** in der **Medizin** grundsätzlich abzulehnen ist.

(Unruhe bei der CDU)

- Vielleicht hören Sie mir auch einmal zu.

Viele Menschen lehnen auch die Gentechnik in der Medizin kategorisch ab. Dies auch und ganz besonders in meiner Partei.

Theoretisch folge ich diesen Argumenten und kann mich ihnen anschließen. Wenn ich mir

allerdings vorstelle, ich stünde einem hoffnungslos tumorkranken Menschen gegenüber, der nach dem Versagen klassischer Behandlungsmethoden in der Gentechnik seine letzte Chance sieht, hätte ich erhebliche Probleme, die mögliche Hilfe zu verweigern. Zugespißt gesagt: Ich lehne die Gentechnik grundsätzlich als unvertretbar ab, würde aber auch nach diesem Mittel greifen, wenn es das Leben meines Kindes retten könnte. Dabei weiß ich, wovon ich rede.

Es soll an dieser Stelle allerdings nicht unerwähnt bleiben - Herr Dr. Hennig, ich glaube, Ihre Schönfärberei macht das dringend geboten -, daß bisher alle groß angekündigten Erfolge in der Medizin,

(Zuruf des Abgeordneten
Meinhard Füllner [CDU])

zum Beispiel bei der Tumorbehandlung, ein Flop gewesen sind. Dieser Flop hat unter anderem auch erhebliche volkswirtschaftliche Folgen. Darauf werde ich später noch eingehen.

Unabhängig davon kann es nicht unser vordringliches Ziel sein, neue Heilverfahren zu entwickeln, sondern wir müssen die Prophylaxe stärken. Das heißt, wir brauchen eine gesündere Umwelt und nicht Techniken,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Unsinn! Das ist wirklich
verantwortungsloses Gerede! -
Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

um Schäden zu beseitigen, die - man verzeihe mir den Ausdruck - unsere versaute Umwelt verursacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Dies gilt in der Medizin ebenso wie in der **Pflanzenzucht**, egal ob herkömmlich oder genmanipuliert. Unser Ziel kann es also nicht

sein, Verschmutzungen für Lebewesen ertragbar und die Folgen heilbar zu machen, sondern es geht darum, die Verschmutzung zu beseitigen beziehungsweise durch verantwortliches Wirtschaften gar nicht erst zu verursachen.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Anders als bei unserem Koalitionspartner setzen bei meiner Partei die Bedenken gegenüber der Gentechnik zu einem deutlich früheren Zeitpunkt ein. Für uns beginnt das unkalkulierbare **Risiko** bereits bei der **Forschung**. Nicht ohne Grund ist in diesem Bereich neben der A 20 der zweite nicht auflösbare Dissens im Koalitionsvertrag klar zum Ausdruck gebracht worden.

Welchen Sinn macht es beispielsweise, gengestylte Zuckerrüben unter Glas zu züchten, wenn sie nicht auf dem Acker in großen Mengen angebaut werden dürfen? Wer ist schon an einigen wenigen Löffeln Gensirup pro Jahr interessiert? Für uns gilt: Wer nicht B sagen will, braucht auch nicht A zu sagen -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

dies ebenso wie eine Frau nicht nur ein bißchen schwanger sein kann nach dem Motto: Im sicheren Bauch ja, nur ein Kind darf dabei auf keinen Fall herauskommen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das
ist wirklich unter Ihrem Niveau!)

Das bedeutet, wer B zu gefährlich hält, sollte die Finger von A lassen. Dies vor allem dann, wenn bereits die Forschung faktisch nicht kontrollierbar ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Allein der Vergleich ist wirklich
schlimm!)

Zwar gibt es in Schleswig-Holstein nur Forschung der Gefahrenstufen 1 und 2, aber auch das ist, wie das Wort sehr deutlich macht, eine Gefahr. Zwar steht Schleswig-Holstein bei den selbstauferlegten Kontrollen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt noch vergleichsweise gut da, aber wenn drei Mitarbeiter des MUNF circa 55 Versuchsanlagen im Land kontrollieren sollen, wird jede Anlage bestenfalls einmal im Jahr kontrolliert. Das ist keine Kontrolle, sondern ein Witz.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da können Sie noch ein paar Parteifreunde unterbringen!)

Im Gegensatz zur Freisetzung, auf die das betroffene Bundesland keinen Einfluß nehmen kann, könnte das im Bereich Forschung - Genehmigung und Überprüfung sind Ländersache - sehr wohl geschehen. Statt dessen möchte man Schleswig-Holstein stolz als Genstandort bezeichnen und bewirbt sich für BioRegio. Wir sind sehr froh, daß das grüne Umweltministerium seinen Einfluß dahin gehend geltend gemacht hat, daß von Schleswig-Holstein ausschließlich medizinische Vorhaben für diesen Wettbewerb angemeldet wurden. Für uns gilt: Wehret den Anfängen, aber nicht nur mit Worten.

(Unruhe bei der SPD)

Natürlich haben wir insbesondere den Aufschrei von der CDU erwartet, daß wir den **Standort Schleswig-Holstein** gefährden.

(Ursula Röper [CDU]: So ist es ja auch!)

- Hören Sie bitte zu. - Nach Angaben der angesehenen Zeitschrift „Biotechnologie“ belaufen sich die Verluste bei der sogenannten grünen Gentechnologie in den USA bisher auf 3,2 Milliarden Dollar und bei

der sogenannten roten Gentechnologie allein für 1994 auf 1,3 Milliarden Dollar.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Und für 2,4 Milliarden verkaufen sie an uns!)

Nach einer Marktstudie aus dem Jahre 1995 warfen nur zehn von 1311 Gentechnikfirmen Gewinne ab. Für diese mußten allerdings pro Firma im Durchschnitt 450 Millionen aufgewandt werden, damit sie in die schwarzen Zahlen kamen. Aber in Schleswig-Holstein wird es natürlich alles besser verlaufen, und zur Not haben wir auch genug Geld, um es dort hineinzupumpen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie sind ein wandelndes Investitionshindernis!)

Angesichts dieser Fakten frage ich mich, wer hier den Standort Schleswig-Holstein wirklich gefährdet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Grünen! Ganz eindeutig Sie!)

Wir erhoffen uns von der Kommission einen sachlichen Diskurs, eine solide fachliche Grundlage. Wir erhoffen uns auch ein Signal an die Öffentlichkeit, sich stärker einzubringen.

Es wird Sie sicherlich nicht verwundern, daß der Text des Antrages in Abstimmung und mit Ergänzungen von uns entstanden ist. Dennoch haben wir uns nicht als Antragsteller an diesem Antrag beteiligt. Für uns ist nämlich der Faktor Chancen noch immer zu sehr und fast hoffnungsvoll betont. Trotzdem stimmen wir dem Antrag natürlich zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eine schizophrene Grundhaltung, generell dagegen

zu sein, aber trotzdem
zuzustimmen!)

andere werden auch im Ausland
produziert?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten
Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und
Herren! Wir haben soeben das absolute Nein
von Frau Winking-Nikolay zur
Gentechnologie gehört.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie haben nicht zugehört!)

Aber wenn es denn ein **Medikament** gäbe,
das besonders toll wäre, dann würde auch sie
zustimmen. Ich frage Sie, Frau Winking-
Nikolay: Wo kommt es denn her, wenn man
vorher ein absolutes Nein formuliert?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wo sollen denn die Medikamente
herkommen, wenn man vorher verbietet, daß
auf diesem Gebiet geforscht wird und daß
diese Medikamente produziert werden?

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Aus den Zuckerrüben!)

Wir kennen die Folgen des absoluten Nein
grüner Politik. Wir haben sie in den letzten
20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland
erleben können. Wir wissen - Herr Hennig
hat darauf hingewiesen -, daß in Deutschland
22 Medikamente, die gentechnologisch
hergestellt werden, zugelassen sind. In Japan
sind es 21, in den USA 15. Produziert
werden diese Medikamente nicht bei uns. Sie
werden fast ausschließlich im Ausland
produziert.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Wie viele

Dies ist die Folge einer Politik, die sich nicht
dem Erfordernis stellt, in der Bevölkerung
um Akzeptanz für neue Technologien zu
werben, sondern statt dessen, wie die Grünen
das vorbildlich machen, Ängste schürt, noch
und noch.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Weil die Grünen an der
Regierung waren, ja?)

Dies ist die Folge. Deswegen müssen wir uns
der Diskussion stellen, die neue
Technologien bewertet, die nicht nur ihre
Risiken beredet, sondern sie differenziert
betrachtet, so wie dies Herr Weber heute
morgen in einem - wie ich meine - sehr
bemerkenswerten Beitrag gemacht hat. Er
hätte es verdient, daß Sie, Frau Winking-
Nikolay, ein bißchen näher auf das eingehen,
was er gesagt hat, nämlich auf eine
differenzierte Risikobetrachtung. Es reicht
nicht, immer nur von Risiken zu sprechen.
Wir müssen auch sagen, daß es Methoden
gibt, sie zu beherrschen.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Da überschätzen Sie diese
Methoden aber gewaltig!
Deswegen können Sie so etwas
sagen, weil Sie es später nicht
beherrschen müssen!)

- Frau Winking-Nikolay, Sie haben Ihren
Redebeitrag bereits geleistet. Wenn Sie dabei
nicht alles gesagt haben, tut es mir leid für
Sie.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Konrad Nabel [SPD]: Eine
schreckliche Wissenschaftlerin
sind Sie! Echt schrecklich! -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie
hatten noch nie von etwas
Ahnung! Das einzige, was Sie

machen können, ist grundsätzlich herumrotzen! - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan!

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Danke, Frau Präsidentin. - Ich bin sehr froh, daß sich das Land Schleswig-Holstein für eine Bioregion einsetzt. Und wenn Sie, Frau Winking-Nikolay, es begrüßen, daß die grüne Gentechnik aus der Aufgabenstellung herausgenommen worden ist, so ist dies zutiefst zu bedauern. Denn Schleswig-Holstein ist ein Land, in dem Agrar - -

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Konrad Nabel [SPD]: Merken Sie, wie Herr Kubicki Sie stört? - Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Aber Sie können das besser, Herr Nabel. Das muß man sehen.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich möchte wiederholen: Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan! - Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich bin sehr froh, daß sich **Schleswig-Holstein** für eine **Bioregion** eingesetzt hat. Aber ich finde, es ist ein Armutszeugnis für dieses Land - und Sie belobigen dies auch noch -, wenn die grüne Gentechnik dabei ausgespart bleibt. Denn wir haben in unserem Land Forschungseinrichtungen, in unserem Land werden Agrarzüchtungen angewandt,

die es gerade interessant machen würden, wenn der Standort Hamburg durch grüne Gentechnik im Lande Schleswig-Holstein ergänzt würde. Es ist ein Armutszeugnis, daß dies nicht so ist.

Aber, Herr Hennig, wenn wir diese Bioregion wollen, dann müssen wir auch den **gesellschaftlichen Diskurs** wollen. Ich meine schon, daß die Enquetekommission, wie sie von Herrn Weber hier vorgestellt wurde, eine Chance für den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs bietet. Von daher werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Als die F.D.P. vor mehreren Monaten im Landtag ihren Antrag vorstellte, eine Anhörung zu den Chancen und Risiken der Gentechnik in der Landwirtschaft zu veranstalten, fiel der Regierungskoalition leider nichts Besseres ein, als ihn abzulehnen. Ich hatte damals den Eindruck, sie seien wohl auf dem falschen Fuß erwischt worden und hätten es nicht geschafft, so schnell einen Änderungsantrag zu erarbeiten. So muß es wohl gewesen sein.

Die **F.D.P.-Fraktion** hat inzwischen eine solche **Anhörung** organisiert. Zehn namhafte Wissenschaftler aus Schleswig-Holstein und den umliegenden Ländern werden auf unsere Einladung hin zu den Fragen der Rahmenbedingungen, der Anwendung der **Gentechnik** und der Beherrschung der Risiken Stellung nehmen. Die Einladungen werden in den nächsten Tagen verschickt werden. Ich hoffe, daß es auch eine Resonanz aus diesem Hause gibt. Von daher meinen wir, daß der CDU-Antrag vielleicht ein bißchen verspätet kommt.

Nun, vier Monate nach der ersten, von uns initiierten Gentechnikdebatte beantragt die SPD-Fraktion, eine Enquetekommission

einzurichten. Ich begrüße es, daß damit deutlich wird, daß sich die SPD-Fraktion der Tatsache bewußt ist, daß die Politik die Aufgabe hat, den **gesellschaftlichen Dialog** über die **Chancen** und **Risiken** einer nun nicht mehr ganz so neuen Technologie zu organisieren. Die Politik, die die Rahmenbedingungen formuliert, hat sich als Mittler zwischen Wissenschaft und Bürger einzuschalten und dort, wo es erforderlich erscheint, auch für Akzeptanz zu werben. Es ist nicht unsere Aufgabe, Ängste zu schüren und sie zu mobilisieren, sondern es ist unsere Aufgabe, zum Abbau von Angst beizutragen. Denn nur Menschen, die keine Angst haben, sind frei, sich zu entscheiden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir als Liberale wollen den Menschen ihre Entscheidungsfreiheit erhalten, und wir wollen sie nicht durch Ängste lähmen.

(Konrad Nabel [SPD]:
Unglaublich!)

Die Grünen haben ihr Glaubensbekenntnis der totalen Ablehnung einer Technologie, die in den Labors längst angewandt wird, bereits abgegeben. Sie sind daher für den anzustrebenden gesellschaftlichen Diskurs nur noch von untergeordneter Bedeutung.

(Zuruf des Abgeordneten
Matthias Böttcher [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Ich bedanke mich bei Herrn Weber, daß er die Beispiele, um die es in einer solchen Enquetekommission gehen muß, sehr differenziert genannt hat. Ich meine, daß er Beispiele genannt hat, die die Diskussion tatsächlich wert sind. Wir sollten uns intensiv damit auseinandersetzen. Wir haben als F.D.P.-Fraktion allerdings einige Änderungswünsche zu diesem Antrag, und ich hoffe, daß wir zu einer Einigung kommen werden.

Der Antrag der SPD-Fraktion will der einzurichtenden Enquetekommission die Frage stellen, ob gentechnologische **Forschung** überhaupt sinnvoll ist. Ich meine, daß diese Frage längst beantwortet ist. Keines der unzähligen Institute, die sich mit Gentechnik beschäftigen, wird diese Frage mit nein beantworten.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist klar!)

Zu fragen ist doch vielmehr nach den erforderlichen **Rahmenbedingungen**, wie wir dies in unserem Änderungsantrag vorschlagen.

Auch die Möglichkeit eines einzelnen Bundeslandes, in dieser Frage eine eigene Position zu beziehen, sind sehr begrenzt. Die Auswirkungen sind auch begrenzt. Ich meine, dies muß in irgendeiner Weise in dem Antrag zur Enquetekommission deutlich werden. Wir haben eine Modifizierung vorgeschlagen, die dieser Tatsache Rechnung trägt. Insbesondere meinen wir, daß sich eine Enquetekommission mit der jetzigen Gesetzespraxis befassen muß. Ich glaube, daß eine solche Ergänzung notwendig ist.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß Herr Weber an einem offenen Dialog interessiert ist. Von daher meine ich, daß eine solche **Enquetekommission** nicht schlichtweg Verzögerung bedeutet. Was kann sie verzögern? Sie bedeutet Diskurs, und diesen **Diskurs** brauchen wir.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der
Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave
[SPD], Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
und Dr. Adelheid Winking-
Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Jeder, der sich mit den Menschen darüber unterhält, weiß, daß wir diesen Diskurs brauchen, und er weiß auch, daß vielfach

Unkenntnis Ängste bestimmt, die absolut unbegründet sind.

Ich meine, daß die Liste der aufgeführten Einzelpunkte sehr umfassend ist, und das ist auch gut so. Wir sollten die Fragen in einer möglichst breiten Diskussion angehen. Allerdings ist die Frage nach dem Bedarf, die Sie am Anfang stellen, längst beantwortet. Auch wenn die Ablehnungsfront gegen die Gentechnik einen **Bedarf** generell nicht sieht, so ist die Frage des Bedarfs nicht politisch zu entscheiden, sondern wird vom **Markt** entschieden.

Herr Hentschel, Sie haben immer wieder auf den Markt verwiesen. Auch in dieser Frage sollten wir dem Markt vertrauen. Ich meine daher, daß dieser Punkt in der Auflistung gestrichen werden sollte. Ich hoffe, daß wir in einer solchen Enquetekommission zu einem fruchtbaren Dialog kommen, der dem Land - wie ich meine - nützen wird.

(Beifall bei F.D.P. und der
Abgeordneten Ursula Röper
[CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Hennig, ich muß sagen, ich habe Ihren Beitrag mit ein wenig Verwunderung aufgenommen. Auch wenn man der Meinung ist, daß **Gentechnik** nur etwas mit Wirtschaft zu tun hat und nur wirtschaftlich gesehen werden muß, muß man sich doch mit der Frage auseinandersetzen, ob alles das, was möglich ist, auch wünschenswert ist. Damit haben Sie sich doch überhaupt nicht befaßt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Jetzt zum Thema! Es ist noch gar nicht so lange her, da war die Welt viel einfacher und unproblematischer. Ärztinnen und Ärzte hatten die Aufgabe, Leben zu retten und im Dialog mit Patienten Not und Schmerzen zu lindern. Landwirte haben im Dialog mit dem Boden und ihren Geräten den bestmöglichen Ertrag gesucht. Diese Dinge standen fest. Nichts und niemand hat daran gerüttelt und konnte daran rütteln.

Das hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend geändert. Heute können wir durch die **Gentechnik** menschliche Embryonen klonen. Heute können wir bei Tieren und Menschen Artengrenzen überschreiten, die in der **Natur** unüberwindbar sind. Wir haben heute Wahlmöglichkeiten, die der Natur versagt worden sind. Wir müssen Entscheidungen fällen, die uns bisher die Natur oder das Schicksal abgenommen haben. Selbst die Wahl, diese Möglichkeiten nicht zu wählen, müssen wir treffen.

Es gibt Menschen, die sich die unschuldige Natur zurückwünschen. Aber dieser fromme Wunsch wird nicht in Erfüllung gehen. Andere verschließen die Augen vor dieser unglaublich schwierigen Entscheidung - wie Kinder, die sich die Realität wegwünschen. Aber wie bei dem Sündenfall in der Bibel wird es nichts nützen. Die Option ist da, und sie verlangt nach einer Wahl.

Dritte begegnen dieser Herausforderung, indem sie die Augen zwar nicht verschließen, sich aber eine verengte ökonomische Sichtweise aneignen. Dieses ist ebenso kindlich. Wir können auch nicht so handeln, als hätten wir es mit kalkulierbaren Größen zu tun, wie es das Wort Risiko vorgaukelt. Es geht hier nicht um Eintrittswahrscheinlichkeiten, sondern um **Gefahren**, deren Konsequenzen für das komplexe **Ökosystem** nicht berechenbar sind.

Gentechnik geht viel weiter als alle Entscheidungen, die die Menschheit bisher treffen mußte. Sie verwischt endgültig die ursprünglich enge Beziehung von Ursache und Wirkung. Der Bauer von früher hat die Konsequenzen seines Handelns hautnah erfahren und konnte aus seinen Fehlern lernen. Diese Überschaubarkeit und Kontrolle gilt heute nicht mehr. Der Dialog ist gebrochen, und die Rückmeldung geht ins Leere.

Die Wahlen, die wir in Verbindung mit der Gentechnik zu treffen haben, gehen weit über das hinaus, wovor wir bisher gestanden haben. Sie stellen uns vor ein Dilemma. Einerseits sind vorschnelle Entscheidungen in Anbetracht der Komplexität der Materie unverantwortlich. Andererseits droht der **Markt** jegliche politische Steuerung zu verhindern, wenn wir ihn weiter gewähren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts der einschneidenden Bedeutung der Gentechnik ist eine Steuerung der Technik notwendig. Angesichts der tiefgreifenden Operationen an der Natur und der nichtkalkulierbaren Konsequenzen stellt sich die Frage der **Ethik**. Die Ethik gehört nicht zu jenen Bereichen, die durch den Markt erfaßt werden, und die Zahl jener Institutionen, die sich dieser Frage annehmen, ist rar.

(Beifall bei der SPD)

Die Kirche zum Beispiel - das las ich in einem Artikel über Gentechnik - hat schon im Jahre 1277 bei einem Streit an der Pariser Universität ihr Gottesbild von der Natur getrennt - und sich so weitgehend aus der Verantwortung gezogen. Die Forscher selbst ziehen sich - auch schon seit 500 Jahren - in die vermeintliche Unschuld der objektiven Naturwissenschaften zurück. Ihrem Selbstverständnis nach sind sie eben nur da, um grundlegende Informationen zu

beschaffen. Die Ethik bleibt Sache der Gesellschaft.

In einer solchen Situation ist es an der **Politik**, Fragen zu stellen und Entscheidungen zu fällen - eine Pflicht, um die keiner sie beneidet. Manchmal mutet es wie ein Kampf gegen Windmühlen an, denn der Markt dominiert - das haben wir heute auch vor Augen geführt bekommen -, und er wünscht keine politisch-ethische Steuerung einer so kapitalträchtigen Technologie. Aber die Wahl muß getroffen werden, und es erscheint völlig vermessen - ja nahezu wahnsinnig -, so folgenschwere Entscheidungen allein der Logik des Geldes zu überlassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Um die für diese Wahl notwendige Wissensbasis zu schaffen, sollen wir heute eine Enquetekommission einrichten. Auch wenn die Bewegungsfreiheit des Landes in puncto Gentechnik wesentlich eingeengt ist, so bleiben dem **Land** doch **Gestaltungsspielräume**. Die Ergebnisse einer Kommissionsarbeit können auch jenen Bürgerinnen und Bürgern helfen, die vor die Entscheidung gestellt werden, Gentechnik zu nutzen oder nicht. Zum Beispiel müssen in der medizinischen Forschung Patientinnen und Patienten nach den Helsinki-Deklarationen selbst entscheiden, ob sie an gentechnischen Versuchen teilnehmen wollen.

Voraussetzung für eine solche breite **Verwendbarkeit** **der Kommissionsergebnisse** ist allerdings, daß ein differenzierter Bericht vorgelegt wird, der nicht durch simple Schwarz-Weiß-Schemen und vorschnelle Urteile als Entscheidungsgrundlage unbrauchbar gemacht wird. Wenn der Bericht der Enquetekommission am Ende nur die Machtverhältnisse des Landtages wiedergibt, dann war der Aufwand umsonst. Aus diesen Gründen lehnen wir auch den Antrag der

CDU ab, nur eine Anhörung durchzuführen. Auf diesem Wege würde ein Meinungsbildungsprozeß von vornherein unterbunden. Die Fraktionen würden lediglich mit neuen Argumenten für die bestehenden Standpunkte versorgt werden. Es bleibt also der Appell an die künftigen Kommissionsmitglieder, möglichst unvoreingenommen an die Arbeit zu gehen, damit wir am Ende eine vielseitig verwendbare Dokumentation über Ethik in der Gentechnik haben.

Wie Sie schon festgestellt haben, hat der SSW einen Änderungsantrag gestellt. Wir würden ebenfalls gern an der Kommissionsarbeit teilnehmen, um die Grundlage für so wichtige Entscheidungen zu erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Storjohann.

Gero Storjohann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Redebeitrag von Frau Winking-Nikolay hat noch einmal meine Auffassung bestätigt, daß die Enquetekommission einen wichtigen Beitrag zur Verzögerung leisten soll. Es tut mir leid, diesen Eindruck habe ich.

(Beifall bei der CDU)

Dem Bereich der **Biotechnologie** wird in den Vereinigten Staaten ein Vorsprung von zehn Jahren eingeräumt. Bei der Beantwortung der Frage, wie wir diesen Vorsprung aufholen können, leisten wir uns die Antwort: mit einer Enquetekommission.

Wenn in **Deutschland** Gegner der Gentechnik um Versuchsflächen kämpfen und Politaktionismus betreiben, während die SPD das Geld ihrer Mitglieder zur Stützung von Klagen gegen Versuchsfelder einsetzt, geht die Entwicklung in der Welt doch tatsächlich weiter. In den **USA** und **Kanada** werden genveränderte Kulturpflanzen ohne großes Aufsehen großflächig angebaut.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schlimm genug!)

So wurde in Kanada zur Ernte 1996 - die Zahlen sind jetzt neu eingetroffen - auf rund 140 000 ha genveränderter Sommerraps ausgesät. Es war die Sorte Innovator. Ein Jahr zuvor waren es 16 000 ha bei rund 300 Farmern. Interessant dabei ist, daß Innovator auch bei uns in Deutschland längst kommerziell angebaut wird, und zwar zur Saatguterzeugung - zur Vermehrung der Gensorte -, die von der EU-Verordnung nicht erfaßt wird.

Wir haben in Deutschland die Situation, daß von Gentechnikgegnern Versuchsfelder belagert werden. Ein Steinwurf entfernt, wird ungestört der kommerzielle Anbau akzeptiert. Die Entwicklung ist meiner Auffassung nach nicht mehr aufzuhalten. Woher kommt nun der Erfolg? Warum werden sich Genpflanzen durchsetzen?

Die kanadischen Farmer berichten von flexiblen Anwendungszeitpunkten und geringer Bodenbearbeitung, was der Bodenerosion entscheidend entgegenwirkt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu braucht es keine Gentechnik! Das kann man in jedem Garten!)

Die Ölerzeuger kommen statt mit zwei bis drei mit nur noch einer Herbizidspritzung aus. Das heißt: Höherer Ertrag und

geringerer Mitteleinsatz schlagen sich im Ergebnis nieder.

Im kommerziellen Anbau erzielt ein kanadischer Farmer einen Deckungsbeitrag von 233 DM pro Hekta; unter gleichen Bedingungen mit der Sorte Innovator einen Deckungsbeitrag von 568 DM. Aus diesen Zahlen läßt sich die Entwicklung leicht ablesen.

(Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Insgesamt ergibt sich der Eindruck, daß mit Hilfe der Gentechnik veränderte Kulturpflanzen auf den Farmen in USA und Kanada zwar noch kein Standard, aber auf dem besten Wege dazu sind. Deshalb sollten wir uns nicht mit uns selbst beschäftigen. Fragestellungen, die Schleswig-Holstein betreffen, können wir sinnvoll und schnell mittels einer Anhörung durchaus ausleuchten. Wer Anhörungen schon einmal mitgemacht hat, weiß, daß sie ein wertvolles Hilfsmittel für unsere Debatten, für Beiträge und auch für Diskussionen in der Öffentlichkeit sind.

(Beifall bei der CDU)

Für uns ist es wichtig, alles in einem vertretbaren Zeitraum stattfinden zu lassen. Angesichts unserer Haushaltslage ist eine solche **Anhörung** im Vergleich zur **Einrichtung einer Enquetekommission** wesentlich günstiger und somit auch vernünftig.

Zum Änderungsantrag der F.D.P., der durchaus eine sinnvolle Ergänzung darstellt, wenn man denn eine Enquetekommission möchte, werden wir uns der Stimme enthalten. Dem Antrag des SSW werden wir nicht zustimmen können. Wir stimmen zwar überein, daß man mit 13 Mitgliedern arbeiten kann, neun werden jedoch laut Geschäftsordnung empfohlen. Deshalb keine weitergehende Zustimmung zum Antrag des SSW!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung begrüßt den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion. Ich glaube hinzufügen zu können, daß die von der F.D.P. in ihrem Antrag dargestellte Diskussionsfähigkeit des Parlaments beziehungsweise der politischen Verantwortlichen in diesem Lande von der Landesregierung positiv gesehen wird. Ich persönlich tue es.

Ich meine, daß Fragen der **Gentechnik** und der Biotechnologie sehr differenziert zu behandeln sind und daß man sich den **Chancen** und **Risiken** sehr ernsthaft zuwenden muß. Es sind dies Zukunftsfragen unserer Gesellschaft.

Aber ich sage auch ganz deutlich: Wer sich diesen Fragen mit einer solchen Platttheit zuwendet, daß er glaubt, sie lediglich auf eine ökonomische Dimension reduzieren zu können, der wird den Anforderungen, die an die Politik gestellt werden, nicht gerecht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Ich weiß nicht, ob ich die Naivität, mit der die Technikgläubigkeit hier im Hohen Hause vorgetragen wurde, bewundern soll

(Frauke Walhorn [SPD]: Man muß erschreckt sein!)

oder ob ich verärgert sein soll über die Unverfrorenheit, mit der ökonomische

Interessen hier zu Lasten der Bedenken der Bevölkerung vertreten werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen mal den Artikel zu Fischer im heutigen „Stern“ lesen!)

- Ich sage ja: Ich bin für eine sehr differenzierte Betrachtungsweise, und jeder, der sich in der ökonomischen Debatte um die Gentechnik und die Biotechnologie auskennt, weiß mittlerweile, wie skeptisch auch die Industrie die Arbeitsplatzeffekte beurteilt. Ich habe kein Interesse daran, hier für die Zukunft Märkte aufzubauen, die einen ähnlichen Subventionsbedarf haben werden wie die Steinkohle.

(Widerspruch bei der CDU)

In eine solche Situation könnten wir geraten. Ich sage zwar nicht, daß es so sein muß, aber ich sage immerhin, daß wir uns dieser Frage differenziert zuwenden müssen.

(Herlich Marie Todsen [CDU]: Andere können auch differenziert denken!)

- Ja, genau. Das habe ich bei den Bemerkungen, die die Kollegin Dr. Happach-Kasan gemacht hat, gemerkt.

Ich sehe die Zukunftsfähigkeit dieses Landes nicht in erster Linie darin, ob es gelingt, die Gentechnik möglichst schnell oder langsamer einzuführen, sondern die **Zukunftsfähigkeit** dieser Gesellschaft und dieses Landes wird davon abhängen, daß es uns gelingt, eine **Diskursfähigkeit** in diesem Hohen Hause und in dieser Gesellschaft zu installieren, die der Sache angemessen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mir leuchtet es nicht ein, daß in diesem Lande bestimmte Gruppierungen unbedingt kleinwüchsige Pappeln mit dem Gefährdungspotential, das dahintersteckt, in der freien Natur ausprobieren müssen. Das macht keinen ökonomischen Sinn. Die Gefährdungen sind riesengroß; jeder weiß das. Es geht um eine Machtfrage, die von Teilen der Industrie hier demonstriert werden soll.

(Zurufe von der CDU)

Es wird in solchen Debatten immer - auch heute wieder - vom Schüren von Ängsten gesprochen. Lassen Sie mich dazu zwei Bemerkungen machen, Herr Dr. Hennig.

Die erste Bemerkung, die ich mir nicht verkneifen kann, steht in Verbindung zu der Wissenschaft, aus der ich komme. Die Fähigkeit, **Angst** zu empfinden, hat sich evolutionär und individuell - auch das unterstreiche ich - gleichzeitig mit der Fähigkeit zum intelligenten Handeln entwickelt.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Die Fähigkeit, Angst zu haben, hat auch etwas mit Intelligenz zu tun, weil man dann nämlich die Gefahren sehen kann. Wenn man nicht intelligent genug ist, Gefahren zu sehen, dann stolpert man blind in entsprechende Situationen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es gibt auch die Fähigkeit, Angst zu überwinden!)

- Ja, Herr Kubicki. Wer landauf, landab durch Schleswig-Holstein zieht und die Angst vor dem rot-grünen Chaos schürt, hat das Recht verwirkt, so über das Schüren von Ängsten in der Bevölkerung zu reden, wie Sie es tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer glaubt, die Probleme der **Welternährung** durch **Gentechnik** und dadurch lösen zu können, daß er die Bauern und Landwirte in diesem Lande zu Hilfsarbeitern der Chemieindustrie degradiert, hat nicht verstanden, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen in der Frage der Welternährung andere Lösungsmöglichkeiten als die Gentechnik.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]:
Wollen Sie die Leute verhungern lassen?)

Wir brauchen Gerechtigkeit und dürfen nicht hier in diesem Teil der Welt das verfüttern, was an Ressourcen auf diesem Planeten insgesamt vorhanden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In dieser Frage geht es schlicht um Gerechtigkeit.

Die Landesregierung hat sehr deutlich gemacht, daß sie zu dem BioRegio-Wettbewerb steht und daß wir die Chancen der Gentechnik nutzen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich stehe dazu. Ich habe das mit dem Kollegen Steinbrück auch öffentlich so vertreten.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deshalb geht diese plumpe Agitation, die Sie hier versuchen, völlig ins Leere. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Wir werden das Land

Schleswig-Holstein in der Verantwortung, in der wir stehen, weiterentwickeln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da werden Sie sehr lange stehen müssen, Herr Steenblock!)

Ich sehe gerade im Bereich der **Biomedizin** Chancen. Ich sage das auch ganz deutlich, auch wenn ich in meiner Partei dafür Prügel bekomme. Ich sehe **Chancen**, ich sehe, daß wir hier Möglichkeiten haben, die wir entwickeln müssen. Aber die Platttheit, die Dumpfheit, mit der Sie zum Teil in diese Argumentation hineingehen, ist nicht die Position der Landesregierung.

Wir unterstützen den Antrag der Sozialdemokraten und hoffen auf Diskursfähigkeit und eine politisch verantwortungsvolle Beschäftigung mit diesem Thema.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordneten Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Hennig, es geht immer schwer mit dem Begreifen. Ich habe das gestern schon bei Herrn Sager festgestellt, als es um das Einsparen von CO₂ ging. Das hat er nicht begriffen, obwohl wir darüber breit diskutiert haben. Und dann hat er auch das mit den Arbeitsplätzen und den Atomkraftwerken nicht kapiert.

(Reinhard Sager [CDU]: Schön, daß wir Sie haben!)

Im übrigen wollte ich nur noch feststellen, daß man von Marx, wenn man ihn denn

studiert, durchaus Marktwirtschaft lernen kann.

(Reinhard Sager [CDU]: Doch wohl mehr Murks! - Anhaltende Zurufe von der CDU)

Was tun wir hier im Grunde denn anderes durch die kritische Auseinandersetzung mit der **Gentechnologie** als ein Stück **Qualitätssicherung** wirtschaftlicher Prozesse? Die gesellschaftlichen Diskurse, die gerade von den Grünen über lange Zeiträume kritisch eingebracht wurden, münden letztlich in Qualität und Fehlervermeidung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich sage Ihnen nur folgendes: Verdiente das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das die Union und die F.D.P. in Bonn auf den Weg gebracht haben, diesen Namen wirklich, wäre das ein gutes Ergebnis eines solchen langen gesellschaftlichen Diskurses. Genau so etwas wollen wir für das hochkomplizierte Gebiet der Gentechnologie einleiten. Die Kollegin Winking-Nikolay hat das angedeutet.

Das war auch Gegenstand einer Großen Anfrage unserer Partei im Bundestag zur Wirtschaftlichkeit der Gentechnologie im Oktober letzten Jahres. Das Ergebnis war ziemlich eindeutig, nämlich daß sämtliche Arbeitsplätze - es sind zur Zeit zwischen 20 000 und 40 000 - in der Bundesrepublik am Tropf der **Subventionen**, die in die Entwicklung der Gentechnologie hineingepumpt werden, hängen.

(Konrad Nabel [SPD]: Wie bei der Kernenergie!)

Von den 2000 gentechnologischen Anlagen, die wir hier bei uns haben, sind lediglich 36 gewerblich. Der Rest ist subventionierte Forschung. Außer diesen sogenannten, von mir immer so bezeichneten virulenten - weil

an der Staatsknete hängenden - Arbeitsplätzen nach meiner Kenntnis ist bisher nichts Nennenswertes entstanden. In den USA - auch das hat Frau Winking-Nikolay aufgezeigt - ist die Entwicklung so, daß sich das Risikokapital schon längst aus dem Markt herausgezogen hat.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Hans-Werner Arens:

Kommen Sie zum Schluß, bitte.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Der Landwirtschaftsminister hat sehr gut aufgeführt, daß das Vermeiden einer Technologie zu wirtschaftlich positiven Effekten zumindest in diesem Lande für die Landwirtschaft führen könnte.

Ich sage Ihnen nur eines: Hätten wir die lückenlose Rindererfassung bis zum letzten Kalb hier in Schleswig-Holstein zum Zeitpunkt der BSE-Problematik gehabt - und nicht erst seit letztem Oktober -, wie hätten wir unser Fleisch aus unserem Lande mit „Made in Schleswig-Holstein“ verkaufen können!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]:
Das ist Quatsch!)

Dasselbe erwarte ich mir auch von der Vermeidung von Gentechnologien in der Landwirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das hätte an der Hysterie überhaupt nichts geändert!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben zu Recht gesagt, es sei die Machtfrage. Das macht deutlich, daß es auch Ihnen als grüner Partei nicht um Sicherheit geht, nicht um Besorgnisse der Bevölkerung, sondern es geht Ihnen um Macht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Genau das haben Sie hier gesagt. Ich bin Ihnen dafür dankbar.

Weiter haben Sie die Fähigkeit zur Angst als Zeichen von Intelligenz erwähnt. Wir alle müssen uns doch darüber im klaren sein: Wir alle saßen noch in einer Steinzeithöhle, wenn der Mensch nicht seine Angst vor dem Feuer überwunden hätte

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und wenn er nicht gelernt hätte, die Risiken des Feuers zu beherrschen.

(Wortmeldung der Abgeordneten
Dr. Adelheid Winking-Nikolay
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lasse jetzt keine Zwischenfrage zu.

Herr Matthiessen, es ist schon der Gipfel an Heuchelei zu beklagen, daß wir keine **Arbeitsplätze** in der **Gentechnologie** in Deutschland hätten - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

Es ist schon der Gipfel an Heuchelei zu beklagen, daß es hier keine nichtsubventionierten Arbeitsplätze in Deutschland gibt, wenn man gleichzeitig in den vergangenen Jahrzehnten dafür gesorgt hat, daß in Deutschland keine Produktion stattfinden darf, daß gentechnische Anlagen hier nicht gebaut werden dürfen. Diese stehen woanders. Dort bringen sie Profit. Dort wird geforscht, und zwar frei. Dort findet privat finanzierte Forschung statt. Sie haben dies hier verdrängt.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Welche
Parteien stellen die
Bundesregierung, Frau
Kollegin?)

- Sie sind im Augenblick nicht dran.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich finde es sehr seltsam, von Naivität und Technikgläubigkeit zu reden. Herr Minister, warum reden Sie nicht einmal von Ihrer eigenen Naivität zu glauben, daß das kleine Dorf Schleswig-Holstein bestimmen kann, was global passiert?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er
sollte einmal Joschka Fischer
lesen!)

Ich bitte Sie, einmal genau darzulegen, wie Sie dazu kommen zu sagen, daß **Subventionsbedarf** wie bei der Steinkohle bestehe. Differenzieren Sie das doch bitte einmal. Dann sagen Sie mir bitte auch, welche **Diskursfähigkeit** der Sache angemessen ist, wenn man es, wie die Grünen das machen, sowieso ablehnt.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie haben nicht zugehört! - Zuruf
des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

Welche Diskursfähigkeit wollen Sie dann? Das Schlimmste, was passieren konnte, ist - Sie müssen auch einmal zuhören. Ich bin jetzt dran. Es geht nicht anders.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Rossmann ist ein alt gewordener 68er! Er kann sich das leisten! - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Arroganz!)

Ich halte es für den Gipfel, den Versuch des Forstgenetischen Institutes, gentechnisch veränderte Pappeln freizusetzen, hier anzuführen und so zu tun, als komme es auf die Kleinwüchsigkeit an, und nicht zu erwähnen, daß es darauf ankommt, in diesem Versuch Rahmenbedingungen dafür zu setzen, welche Kennzeichnung Forstpflanzen brauchen, die gentechnisch verändert worden sind. Es geht um die Setzung von **Rahmenbedingungen**. Wenn wir eine solche **Technologie** ablehnen, werden wir bei der Diskussion um Rahmenbedingungen überhaupt nicht mehr ernstgenommen. Wir fallen absolut hinten runter. Dies müssen wir doch verhindern. Wir müssen versuchen, die Bedenken, die es bei uns gibt, in Rahmenbedingungen umzuformulieren, um an der Diskussion über Gentechnik überhaupt noch verantwortungsvoll

(Glocke des Präsidenten)

teilnehmen zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich mache es auch kürzer! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Happach-Kasan, irgendwo läuft das immer auf die

gleiche Sache hinaus: Sie verharmlosen und verniedlichen die ganze Geschichte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh Gott, oh Gott, Frau Winking-Nikolay!)

Das Beispiel vom Steinzeitmenschen klingt wunderbar. Können Sie sich vorstellen, daß ein Steinzeitmensch jederzeit in der Lage war, das Feuer, das er angemacht hatte, auszutreten?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie soll der einen Waldbrand austreten?)

Ich sage Ihnen: Wir werden nicht in der Lage sein, die gentechnisch veränderten freigesetzten Organismen zurückzuholen.

Zum Beispiel Großhansdorf! Das alles hatten wir doch schon einmal.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Glauben Sie, daß man **Rahmenbedingungen** für Freisetzungen erarbeiten kann, wenn die ganzen Blütenstände entfernt werden, weil man sehr wohl Gefahren sieht? Wie machen Sie Rahmenbedingungen, wenn Sie den ganzen Versuch von vornherein aus Sicherheitsgründen schon so einschränken müssen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Winking-Morgentau!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann wenden wir uns dem Abstimmungsverfahren zu.

(Wortmeldung der Abgeordneten
Anke Spoorendonk [SSW])

- Sie haben sich zu Wort gemeldet? - Wir befinden uns also noch nicht in der Abstimmung. Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz! Herr Storjohann, Sie sagten in Ihrem Beitrag, die Entwicklung sei nicht mehr aufzuhalten. Da muß ich doch die Frage stellen: Warum sitzen wir hier eigentlich? Sitzen wir hier, um der Entwicklung hinterherzulaufen? Oder sitzen wir, um zu steuern, weil wir aus unterschiedlichen Positionen heraus uns als Politiker und Politikerinnen die Fragen stellen: Was wollen wir Politikerinnen und Politiker? Wohin wollen wir, daß diese Gesellschaft hingeht?

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war das Grundsätzliche.

Ich hatte mich eigentlich zu Wort gemeldet, weil Sie weiter sagten, daß Sie unserem Änderungsantrag nicht zustimmen könnten. Ich muß mich ein bißchen wundern. In der Geschäftsordnung dieses Hauses steht: Der SSW hat den Status einer Fraktion. Ich erwarte dann natürlich von den anderen Mitgliedern dieses Hauses, daß sie diese Formulierung ernst nehmen und umsetzen, auch in diesem Fall.

(Meinhard Füllner [CDU]: Was hat das damit zu tun? - Ursula Röper [CDU]: Wenn wir die Kommission ablehnen, lehnen wir auch ihren Änderungsantrag dazu ab!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Im übrigen war das kein Kurzbeitrag, sondern noch Bestandteil des Redebeitrags des SSW.

Wir befinden uns jetzt in der Abstimmung.

Als erstes rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/267, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag der CDU folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zum Antrag der SPD auf Einsetzung einer Enquetekommission. Dazu sind zunächst verschiedene Änderungsanträge zur Abstimmung zu stellen.

Ich rufe zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/266, auf. Hier wurden unterschiedlich inhaltliche Einlassungen zu den einzelnen Abschnitten bekundet. Daher stelle ich diesen Antrag abschnittsweise zur Abstimmung.

(Holger Astrup [SPD]: Als
Ergänzungsantrag! - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Als
Ergänzungsantrag!)

- Ich habe das so verstanden - mir liegt kein schriftlicher Antrag vor -, daß aus dem Abschnitt 1 die Absätze 2 und 3 als Ergänzung aufgenommen werden sollen. Wenn dies so sein soll, bedürfen sie eines positiven Votums.

Wer aus diesem Antrag unter Abschnitt 1 dem ersten Absatz - mit den Worten „Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich ...“ bis zu den Worten „...dieser Methode sein?“ - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! -

Stimmenthaltungen? - Dieser erste Absatz des Abschnitts 1 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der F.D.P. und bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

Wer dem zweiten und dritten Absatz unter Abschnitt 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Teil des Antrages ist dann mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und F.D.P. bei wenigen Gegenstimmen der CDU und Enthaltung der übrigen Stimmen der CDU angenommen.

Dann stelle ich den Abschnitt 2 dieses Antrags zur Abstimmung. Wer der Streichung der Worte „der Bedarf ... zu produzieren“ in dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung der CDU ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich stelle deshalb fest, daß damit die Absätze 2 und 3 unter Abschnitt 1 als Ergänzungen in den Antrag der SPD-Fraktion aufgenommen worden sind.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, sehr gut!)

Dann gibt es einen weiteren Antrag des SSW auf Beteiligung an der Enquetekommission. Nach meinem Rechtsverständnis brauchte dieser Antrag nicht gestellt zu werden, weil alle Fraktionen in der Enquetekommission einen Sitz erhalten müssen und der SSW die Rechte einer Fraktion hat. Das scheint mir jedoch für die Abstimmung nicht klar zu sein; deswegen ist es sicherer, wenn wir über diesen Antrag inhaltlich abstimmen. Dementsprechend müßten die Zahlen in dem Ursprungsantrag dann natürlich geändert werden.

Wer also zustimmt, daß auch der SSW einen Sitz in der Enquetekommission erhält, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW bei wenigen Gegenstimmen der CDU und Enthaltung der übrigen Stimmen der CDU angenommen. - Habe ich das so richtig formuliert? -

Dann komme ich zur Abstimmung über den Ursprungsantrag in der nunmehr abgeänderten Form zurück.

(Anhaltende Unruhe)

- Herr Kollege Neugebauer, wenn alle zuhören, geht das besser. - Den so abgeänderten Antrag - das heißt also die entsprechend ergänzte Drucksache 14/223 - stelle ich jetzt zur Abstimmung. Ich weise darauf hin, daß die Einsetzung der Enquetekommission ein Pflichtbeschluß des Landtages ist, da das erforderliche Quorum von einem Viertel der Mitglieder durch die Antragstellung bereits erfüllt ist. Darauf wollte ich nur der Korrektheit halber hingewiesen haben.

Wer also dem Antrag Drucksache 14/223 in der ergänzten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, daß der Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU eine Enquetekommission eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen damit zur gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 21 und 12:

(Unruhe)

Gemeinsame Beratung

a) Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen

Antrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/242

b) Beratungsangebote im Bereich des sexuellen Kindesmißbrauchs

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/225

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie uns verlassen müssen, dann tun Sie dies bitte leise, damit die übrigen konzentriert arbeiten können.

Ich frage, ob das Wort zur Begründung gewünscht wird oder ob wir gleich in die Sachdebatte eintreten können - Ich sehe, daß wir gleich mit der Sachdebatte beginnen können. Dann erteile ich dem Herrn Abgeordneten Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über **sexuelle Kindesmißhandlung** zu sprechen, ist mittlerweile kein Tabu mehr. Dazu hat der Stockholmer Weltkongreß gegen kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern, der kürzlich stattgefunden hat, ebenso beigetragen, wie es auch die vielen Diskussionen getan haben, die seit Mitte der achtziger Jahre diese Problematik in die Öffentlichkeit gebracht haben. Natürlich tragen auch die schrecklichen und nahezu unfaßbaren Fälle der letzten Zeit dazu bei, die Diskussion über die Problematik sexueller Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Es gibt in der Diskussion über sexuelle Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen aber auch heute noch Grauzonen wie die Mißhandlung behinderter Kinder und Jugendlicher. Diese Grauzonen gilt es aufzuhellen.

Der **Weltkongreß von Stockholm** hat als Themenbereich eine wirksame internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen alle Formen des Kindesmißbrauchs deutlich festgeschrieben. Dieser Zusammenarbeit und diesen Inhalten sollten wir uns in unserer zukünftigen Diskussion widmen.

Wir wollen mit unserer Initiative diese Diskussion aufgreifen und eine Intensivierung und Verbesserung der Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen erreichen. Insbesondere die präventive Ebene gilt es zu stärken, ebenso wie den Schutz und die Therapie von Opfern und deren Familien. Dies ist zu verbessern.

Gerade aber auch angesichts der erschreckenden Fälle, die in den letzten Wochen in großem Maße und berechtigt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erfahren haben, gilt festzuhalten: Auch diese Diskussion muß mit Sachlichkeit geführt werden. Wir brauchen dringend eine eindeutige **Ächtung jeder Form von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dies darf aber nicht zu einem Klima führen, in dem bei Fehlverhalten keine Zusammenhänge mehr gesehen werden. Eine allgemeine Aufspaltung in **Opfer** und **Täter** kann leicht dazu führen, daß viele, die **Hilfe** und **Therapie** benötigen, isoliert und ausgegrenzt werden. Es gibt einen Zusammenhang von sozialer Isolation, gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit und zunehmender Armut und Gewalt gegen Kinder, der aufzuzeigen ist.

In der Regel sind sexuelle Mißhandlungen von Kindern und Jugendlichen nicht einmalige Vorkommnisse. Bei vielen Kindern beginnt die Mißhandlung bereits im Kindergarten- oder Grundschulalter und zieht sich über einen sehr langen Zeitraum hin. Als sexueller Mißbrauch gilt in diesem Zusammenhang jeder sexuelle Kontakt zwischen Erwachsenen und Kindern, der von den beteiligten Erwachsenen zur Befriedigung eigener Bedürfnisse hergestellt wird.

Im Jahre 1995 wurden in Schleswig-Holstein 600 Ermittlungsverfahren wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern eingeleitet. Etwa 70 % der Opfer waren Mädchen. Aber alles Zahlenmaterial ist mit großem Vorbehalt zu betrachten, denn wirklich verlässliche Zahlen gibt es nicht. Wir können von einer großen oder doch höheren **Dunkelziffer** hinsichtlich des sexuellen Mißbrauchs ausgehen.

In unserer Initiative geht es uns nicht um die Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen, sondern um eine Verbesserung der Möglichkeiten zur **Aufklärung von Taten** sowie zur **Überführung von Tätern**. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang neben der Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften die Gründung entsprechender Schwerpunktkommissariate bei der Polizei, die eng miteinander und mit den übrigen Einrichtungen, die auf diesem Gebiet tätig sind, kooperieren.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Initiative ist die **Bekämpfung** der nationalen und internationalen **Kinderprostitution** und **Kinderpornographie**. Erschreckend sind die Zahlen im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen zu Prostitutionszwecken in Urlaubsländern. Von den 200 000 bis 400 000 deutschen Touristen, die jährlich in die vom Sextourismus betroffenen Gebiete reisen, sind etwa 10 000 Pädophile. Etwa 200 000 bis 800 000 Kinder - an dieser Spanne zeigt

sich schon, welch große Dunkelziffer sich dahinter verbirgt - ab sechs Jahren werden allein in Thailand auf dem illegalen Sexmarkt mißbraucht. Nach einer Schätzung von Terres des Hommes sind dort bereits 50 % bis 70 % der minderjährigen Prostituierten Aids-infiziert.

Trotz erster Erfolge wächst die Kinderprostitution dramatisch an. Dies gilt auch und gerade für die Länder, die sich dem **Massentourismus** öffnen. Da die Kinderprostitution in diesen Staaten häufig eine Einnahmequelle für die Familien darstellt, ist eine Verbesserung der Lebenssituation für diese Menschen herbeizuführen, wenn sie nicht mehr auf die Einnahmen aus der Kinderprostitution angewiesen sein sollen.

Das Problem der Kinderprostitution ist jedoch nicht auf die Urlaubsländer der Dritten Welt beschränkt. In Osteuropa ist ein neuer Sexmarkt mit einem florierenden Menschenhandel entstanden. Allein in England - so schätzte die Stockholmer Weltkonferenz - arbeiten 5000 Kinder als Prostituierte. Auch in Deutschland werden Kinder kommerziell sexuell ausgebeutet. Kinderprostitution gilt mittlerweile als eines der lukrativsten Geschäfte im Bereich der organisierten Kriminalität. Weltweit werden jährlich mehr als 1 Million Kinder in die Prostitution gezwungen. Damit steht fest, daß Kinderprostitution keinesfalls eine Ausnahmesituation ist, sondern bereits ein Massenphänomen darstellt.

Die Verbreitung von Kinderpornographie und die Vermittlung von Kindern zu Prostitutionszwecken geschieht aber auch in den modernen Kommunikationsmitteln, in nationalen und internationalen **Datennetzen**, Magazinen und über Video. Durch die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornographie wird der Prostitution von Kindern und Jugendlichen weiter Vorschub geleistet.

In nationalen und internationalen Datennetzen werden kinderpornographische Bilder, Magazine und Filme gehandelt. Zum anderen werden Kontakte zwischen Anbietern und potentiellen Kunden von Kinderprostitution hergestellt. Während die Netzbetreiber den Anteil von erotisch-pornographischen Inhalten auf lediglich 1 bis 2 % beziffern, werden nach journalistischen Recherchen jedoch mindestens 30 % der Umsätze mit diesen Angeboten gemacht.

Nach Aussage der Leiterin der **Bundesprüfstelle** für jugendgefährdende Schriften ist Jugendschutz im Internet gegenwärtig nicht möglich. Die Bekämpfung und Verfolgung von Kinderpornographie wird zudem dadurch erschwert, daß innerhalb Europas keine einheitliche Rechtsgrundlage besteht.

Zu fordern wäre hier die Aufhebung der Anonymität bei der Nutzung von Datennetzen. Freie Meinungsäußerung kann nicht das Recht auf Anonymität bedeuten. Die kommerzielle sexuelle Ausbeutung und der sexuelle Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen muß sowohl auf der Nachfrageseite als auch auf der Angebotsseite entschieden bekämpft werden.

Wir wollen mit unserer Initiative erreichen, daß sich die Einstellung zu Kindern in unserer Gesellschaft verändert. Kinder sind niemandes Eigentum; sie sind eigene Persönlichkeiten.

(Beifall bei SPD, CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und F.D.P.)

Diese Feststellung muß Auswirkungen nicht nur auf Erziehungsverhalten, sondern auch auf gesellschaftliches Verhalten haben.

Zu unserem Antrag will ich nur ergänzend sagen, daß wir dem CDU-Antrag in der vorliegenden Form ebenfalls zustimmen werden. Zwar sind wir der Meinung, daß das im wesentlichen auch in unserem Antrag

enthalten ist. Aber ich denke, eine Ergänzung hilft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und
vereinzelter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider braucht unsere Gesellschaft immer erst große Schockerlebnisse, ehe vorhandene Probleme in das Bewußtsein der gesamten Bevölkerung dringen. Die schrecklichen Berichte aus Belgien haben zu einer großen Sensibilisierung beigetragen. Trotzdem leben wir in dem Irrglauben weiter, daß der sexuelle Mißbrauch als eine Form der Gewalt gegen Kinder in unserer eigenen Gemeinde, in unserem eigenen Stadtteil doch wohl überhaupt nicht vorkommen kann.

Seit vielen Jahren kämpft der **Kinderschutzbund** in vielen Kreisen und kreisfreien Städten um eine bessere finanzielle und auch personelle Ausstattung. Lediglich zwei Kinderschutzzentren leisten wir uns derzeit für das ganze Land Schleswig-Holstein. 300 Fälle von mißhandelten Kindern wurden allein vom Kinderschutzzentrum in Kiel im vergangenen Jahr betreut. 60 % der Mißhandlungen fielen in den Bereich des sexuellen Mißbrauchs. In ganz Schleswig-Holstein wurden im vergangenen Jahr insgesamt um die 600 Fälle zur Anzeige gebracht. Wenn man sich vor Augen hält, daß nur 10 % der Mißhandlungen bekannt und strafrechtlich verfolgt werden, dann kann man sich das Ausmaß der Gewalt gegen Kinder in unserer Gesellschaft wirklich nur ganz schwer vorstellen; man kann es nur erahnen.

Irene Johns, die Leiterin des Kinderschutzzentrums in Kiel, hat natürlich

recht, wenn sie sagt, sexuelle Mißhandlung ist eine der tiefsten Verletzungen, die ein Kind erleiden kann. Das Kind macht die Erfahrung, ungeschützt zu sein, hilflos und verwirrt.

Wenn Kinderschützer davon ausgehen, daß die Mißhandlungen in vielen Fällen bereits im Kindergarten- und Grundschulalter beginnen, über mehrere Jahre andauern, daß Kinder jeden Alters, Jungen und Mädchen betroffen sind, dann ist es für uns in der Politik an der Zeit, die Frage zu stellen, ob die bisher ergriffenen Maßnahmen in finanzieller und personeller Hinsicht überhaupt ausreichend waren.

Für mich wäre der Gedanke unerträglich, daß Opfer und Täter Beratungsstellen aufsuchen und eventuell auf Wartelisten vertröstet werden müßten. Ich weiß, daß es in den Kommunen ein differenziertes Beratungsangebot gibt. Es ist die Aufgabe der Politik, die Institution besonders zu fördern, bei der die Hemmschwelle zur Beratung, Vermittlung und Einleitung einer Therapie besonders niedrig ist. Ich bin der Überzeugung, daß sich die betroffenen Kinder, der Partner oder die Partnerin eines mißhandelnden Elternteils eher an eine Anlaufstelle außerhalb der Verwaltung wenden wollen.

Mit unserem Berichtsantrag wollen wir von der Landesregierung wissen, wie sich die Angebote, aber auch die Inanspruchnahme solcher Beratungsstellen in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Wir wollen auch wissen, in welchem Maße der finanzielle Aufwand gesteigert werden konnte.

Aus unserer Sicht ist das, was wir derzeit leisten, unzureichend. Wir begrüßen daher die Aussage der neuen Jugendministerin vom vergangenen Freitag, daß an der Westküste ein **Kinderschutzzentrum** eingerichtet werden soll. Die Notwendigkeit wurde allerdings schon in dem Bericht der

Landesregierung aus dem Jahre 1991 über Maßnahmen gegen Kindesmißhandlung und sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen unterstrichen. Wir müssen leider feststellen, daß sich bis zum heutigen Tage im konkreten nichts getan hat. Vielmehr war von Zeit zu Zeit auch das Argument zu hören, daß die beiden bestehenden Kinderschutzzentren in Kiel und Lübeck doch wohl ausreichend seien. Man könne die Einrichtung in Kiel oder in Lübeck auch dann aufsuchen, wenn man weit weg wohne. Glaubt irgend jemand ernsthaft, daß die Eltern, die ihr Kind körperlich und seelisch mißhandeln, das Verantwortungsbewußtsein aufbringen, um es von der Westküste nach Kiel zur Beratung oder zur Therapie zu fahren?

Die CDU-Landtagsfraktion hält ein drittes Kinderschutzzentrum - dies haben wir bereits damals in den Beratungen gesagt - für notwendig. Wir werden die Landesregierung bei einer möglichst schnellen Realisierung dieses Projektes daher unterstützen.

Aber machen wir uns an dieser Stelle nichts vor: Mißhandelte Kinder finden nur selten selbst den Weg zur Behandlung und zur Therapie. Es sind die Elternteile, andere Angehörige, Freunde, Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, die in den häufigsten Fällen den Kontakt zu den Kinderschutzzentren und anderen Beratungsstellen im Lande herstellen. Beim Erreichen von Kindern und Jugendlichen muß die Hemmschwelle eben noch niedriger sein. Als erfolgreicher Weg, um Kindern und Jugendlichen Hilfestellungen zukommen zu lassen, hat sich das Kinder- und Jugendtelefon in Schleswig-Holstein herausgestellt. Es ist für uns alle, glaube ich, ein gutes Zeichen, daß die Parteitage von CDU, F.D.P., SPD und des SSW das vergangene Wochenende auch genutzt haben, um eine Sammlung für den Erhalt der Nummer gegen Kummer durchzuführen. Ich wünsche mir, daß die Grünen dies noch nachholen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Aber machen wir uns nichts vor: Dies hilft im Moment konkret, aber es hilft - dies müssen wir feststellen, wenn wir ehrlich miteinander sind - nur kurzfristig. Es sollte unser gemeinsames Ziel hier im Hause sein, daß sich alle Landkreise und kreisfreien Städte an der Finanzierung dieses Kinder- und Jugendtelefons in Zukunft beteiligen.

(Beifall bei der CDU und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur diese Beteiligung kann den Fortbestand auf Dauer sichern.

Für die CDU-Fraktion gehört allerdings auch dazu, daß die Aufklärung über dieses Thema deutlich verstärkt werden muß. Hier kommt aus unserer Sicht auf die Schulen eine ganz große Aufgabe zu. Die Kinder selbst müssen für diese Thematik mehr sensibilisiert werden. Alles, was die Landesregierung in diesen Bereichen in den vergangenen Jahren unternommen hat, geht am Grundschulbereich völlig vorbei. Dies ist ein erheblicher Mangel. Wenn wir doch wissen, daß die Mißhandlungen schon in sehr frühem Alter beginnen, dann muß eine schonende und behutsame Behandlung dieses Themas auch im Grundschulunterricht möglich sein.

(Beifall bei der CDU)

Das Bildungsministerium ist weiterhin aufgerufen, auch für die Lehrkräfte an unseren Schulen ein System zu entwickeln, wie bei Auftreten eines solchen Problems mit den Kindern, mit den Eltern und mit dem übrigen sozialen Umfeld umgegangen werden sollte. Auch das ist eine Forderung, die bereits in dem Bericht von 1991 enthalten ist.

Es macht uns alle betroffen, daß uns immer häufiger geschildert wird, daß es

längerfristige **Therapien** für mißhandelte Kinder nicht gibt. Die entstandenen Schäden - auch das sollten wir eingestehen - sind doch nicht im Schnelldurchlauf - bei allem Engagement der dort Tätigen - zu beseitigen. Die betroffenen Kinder müssen erst einmal wieder lernen, Vertrauen zu Erwachsenen zu entwickeln, obwohl sie so sehr mißbraucht worden sind. Sie müssen intensiv therapeutisch begleitet werden, damit keine Schäden auf Lebenszeit nachbleiben, obwohl ich meine Zweifel habe, daß die Schäden überhaupt irgendwann beseitigt werden können. Aber es muß eine langfristige therapeutische Begleitung möglich sein. Sie müssen irgendwann wieder im Vertrauen begreifen, daß Zuneigung und Liebe die wichtigsten Grundlagen für das menschliche Miteinander sind.

Eine solche Therapie kann überhaupt nicht nach Wochen und Monaten abgeschlossen sein. Wir wissen alle, daß es gerade in solchen Fällen Finanzierungsstreitigkeiten zwischen der Jugendhilfe und auch den Krankenkassen gibt. Auch hier muß Abhilfe zum Wohle der Kinder geschaffen werden, und die Streitigkeiten sollten möglichst schnell beigelegt werden.

Auch der Bereich der Mißhandlertherapie muß aus unserer Sicht gestärkt werden. Wir müssen damit die Ursachen bekämpfen, die zu solchen Tragödien geführt haben. Wir machen es uns an vielen Stellen zu einfach, immer nur nach härteren Strafen zu rufen. Damit hier kein Zweifel entsteht: Als CDU-Fraktion wollen wir, daß das bisherige Strafrecht auch konsequent angewandt wird.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich glaube allerdings, mit einer Stärkung von Beratung und Therapie leisten wir für die betroffenen Kinder und die Jugendlichen die wirklich entscheidenden Hilfen.

(Beifall bei CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß es trotz der Gewalt und des Mißbrauchs in den Familien in ihnen noch lange nach Auftreten der ersten Übergriffe eine gewisse Solidarität untereinander gibt. Das Schamgefühl ist ein weiterer Grund dafür, daß der Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen oft weiter geht und zum Teil erst sehr spät, wenn überhaupt, aufgedeckt wird.

Ich gehe davon aus, daß wir in dieser Frage über alle Parteigrenzen hinweg eine wirkliche Verbesserung für Kinder und Jugendliche im Land wollen. Es sind zwei Anträge mit unterschiedlichen Zielrichtungen vorgelegt worden. Die CDU-Fraktion kann beide Anträge mittragen, weil uns die aufgezeigten Fragen in beiden Fällen auch brennend interessieren. Daher schlage ich vor, daß wir beide Anträge in großer Einmütigkeit heute beschließen, schnell handeln. Wir können uns hier keinen Zeitverzug leisten.

(Beifall bei CDU, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich möchte an dieser Stelle gern darauf hinweisen - ich sage das, damit Sie sich darauf einstellen können -, daß wir nach diesem Punkt möglichst noch vor der Mittagspause den Denkmalschutzbericht behandeln wollen. Die Beratung des Tagesordnungspunktes zur Sozialhilfe ist vor der Mittagspause zeitlich nicht mehr möglich.

Ich freue mich, jetzt auf der Tribüne Gäste begrüßen zu dürfen; es sind Schülerinnen und Schüler der Deutschen Nachschule in Tinglev. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Auf der Tribüne sitzt nur der erste Teil der Gruppe; sie ist so groß, daß erst die erste zur Hälfte hier Platz nehmen konnte.

(Heiterkeit)

Jetzt hat die Frau Abgeordnete Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD legen dem Landtag einen Antrag vor, in dem Sie den Begriff „sexueller Mißbrauch“ nicht finden werden. Kindesmißbrauch - das Wort setzt voraus, daß es auch einen richtigen Gebrauch von Kindern geben kann. Unsere Gesellschaft braucht Kinder, aber gebrauchen, benutzen - egal zu welchem Zweck - darf sie sie nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und der Abgeordneten
Holger Astrup [SPD] und Dr.
Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Jedes Kind hat ein Recht auf allumfassende Fürsorge, auf Entwicklung und auf Individualität. Kinder zu benutzen, heißt dieses Recht in hohem Maß zu verletzen.

Gewalt, sexuelle Gewalt ist eine aktive Handlung, eine Mißhandlung aus Sicht des Opfers. Deshalb wünsche ich mir, daß wir in dieser Debatte auch von sexueller Mißhandlung sprechen, um dem Thema sprachlich annähernd gerecht zu werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD und CDU)

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD versucht, der Komplexität des Themas sexuelle Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden, indem er auf den verschiedenen Ebenen Forderungen an die

Landesregierung stellt: Ausbau der **Fachberatungs- und Hilfsangebote** für Opfer und für deren Familien - ich freue mich außerordentlich, daß auch die CDU das noch einmal hervorgehoben und betont hat -, Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kinder- und Jugendbetreuung, in der ärztlichen Betreuung, in der Betreuung in den Schulen, aber auch zusätzliche Aus- und Fortbildung in Polizei und Justiz stehen an. Wir brauchen einen umfangreichen Opferschutz, aber wir brauchen auch den Ausbau der Therapie- und Beratungsangebote für Täter und Täterinnen. - In diesem Zusammenhang muß ja gesagt werden, daß es durchaus auch Täterinnen gibt.

Wir müssen die Kinderprostitution und die Verbreitung der Vermarktung von Kinderpornographie bekämpfen. Es gehört auch die Notwendigkeit dazu, zu beleuchten, welche Hilfsangebote es jetzt schon in Schleswig-Holstein gibt und wie die Nachfrage und die finanzielle Ausstattung aussehen - so wie es die CDU-Fraktion fordert. Deshalb werden wir den Antrag selbstverständlich auch mit unterstützen.

Aber ein alleiniger Berichtsantrag reicht in der Situation, in der wir uns befinden, nicht aus. Vielmehr spiegelt der Antrag - ich will Sie nicht kritisieren, aber ich will mich schon kritisch mit diesem Antrag auseinandersetzen - etwas wider, was in der Gesellschaft tatsächlich stattfindet: Es gibt einen Bedarf an ernsthafter Diskussion, der allein durch einen Berichtsantrag nicht aufgegriffen wird. Wir müssen Stellung beziehen, und wir müssen sehr deutlich machen, daß wir eine gesetzgeberische Initiative zum Opferschutz einfordern.

Wir alle sind als Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgefordert, in breiter Öffentlichkeit Akzente zu setzen. Diese Akzente müssen an die Stelle von gegenseitiger Schuldzuweisung von Justiz- und Jugendämtern - so wie es geschehen ist - treten, sie müssen aber auch an die Stelle von

reißerischen Schlagzeilen mit der Aufforderung nach höheren **Täterstrafen** und härteren Bewährungsproben treten. Ich freue mich, daß auch hier die CDU noch einmal deutlich gemacht hat, daß sie das, was jetzt in Bayern geschieht, nicht für die richtige und einzige Lösung hält, sondern daß durchaus andere Wege beschritten werden können und müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Es kann nicht sein, daß Täter statt nach fünf oder sieben Jahren Haft erst nach zehn Jahren Haft entlassen werden, dann aber wie vorher weiterleben, und es darf nicht passieren, daß Täter, die sich allein im Strafvollzug durch gutes Verhalten bewährt haben, ohne Therapie und ohne abschließendes Gutachten entlassen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU)

Wir sind aufgefordert, diesen unhaltbaren Zustand durch die Entwicklung von **Konzepten** zu beenden unter Einbeziehung wissenschaftlicher Untersuchungen und vor allem unter Einbeziehung von denjenigen, die in der Notrufberatung, in den Frauenhäusern, in den Kinderschutzzentren und in den Fachberatungsstellen Erfahrungen haben. Wir sind aufgefordert, sexuelle Mißhandlung als solche wahrzunehmen und dafür Sorge zu tragen, daß dies auch in Institutionen wie Kindergarten, Schule, Jugendeinrichtung, Sportverein und so weiter geschieht und dort auch richtig eingeordnet wird. Wir sind aufgefordert, das Stillschweigen zu brechen und über die stumme Duldung und Hilflosigkeit hinauszuschauen, ohne zu hetzen.

Auch wenn es inzwischen kein Tabu mehr ist - das wurde ja gesagt -, über sexuelle Mißhandlung zu sprechen, so ist doch diese stumme Duldung oft in unserer Gesellschaft

noch vorhanden. Jede Art der sexuellen Mißhandlung und der sexuellen Vermarktung von Kindern und Jugendlichen muß klar und deutlich verurteilt werden.

Wir sind aufgefordert, einen Opferschutz anzumahnen, der minderjährigen Opfern eine mehrfache Vernehmung erspart und der es ermöglicht, eine angemessene Therapie für sexuell mißhandelte Kinder und Jugendliche schnellstens beginnen zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU)

Warum die jetzige Situation in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren derart kinderfeindlich und menschenverachtlich ist, ist mir nicht bekannt. Ich fordere uns alle hier und heute auf, sich für eine sofortige Verbesserung dieser unhaltbaren Situation einzusetzen.

Eigentlich sind die Fakten bekannt, dennoch gibt es immer wieder scheinbares erstauntes Nichtwissen, wenn aktuelle Fälle auftreten. Das hängt oft damit zusammen, daß viele Betroffene Kindheitserfahrungen verdrängt haben und/oder sich selbst an Geschehenem schuldig fühlen, weil sie bis heute nicht ihre Scham, ihr Schuldgefühl und ihre eigenen Verletzungen überwunden haben. Jedes Kind hat ein Recht darauf, seine Sexualität, seinen Wunsch nach Nähe und Intimität selbst zu bestimmen. Das muß immer wieder laut, deutlich und vernehmlich gesagt werden. Onkel zu küssen, darf kein Zwang sein; nein heißt nein. Das zu äußern, auch und gerade gegenüber den eigenen Eltern und Verwandten, muß gelernt, vermittelt und zugelassen werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier setzt die gesellschaftliche Aufgabe an, dem Kind sein **Recht** auf eigene Gefühle durchschaubar und lebbar zu machen. Es ist - ich benutze ruhig dieses Wort - ignorant,

Pädagogin, Therapeutin, Juristin und Kriminalistin in erster Reihe arbeiten zu lassen, ohne ihnen Hilfestellung zu geben und ohne ernsthaft eine offensive öffentliche Diskussion zu diesem Thema zu führen.

Es ist bekannt, daß auch Jungen sexuell mißhandelt werden, und doch wurde ich gerade kürzlich mit der Frage konfrontiert, wie dies überhaupt möglich sei. Das zeigt, daß sexuelle Mißhandlung meist erst als solche wahrgenommen wird, wenn es zur tatsächlichen Vergewaltigung von Mädchen gekommen ist, oder aber andere Formen der sexuellen Mißhandlung werden als weniger schlimm, vielleicht sogar als unbedeutend eingestuft.

Es ist bekannt, daß Mütter wie Väter, Nachbarn und Großeltern immer wieder an sexuellen Mißhandlungen beteiligt sind, und dennoch hält sich das Klischee vom bösen, unbekannten Mann, der eine Gefahr für kleine Mädchen darstellt. Es ist bekannt, daß es zuwenig Hilfsangebote für Betroffene gibt, daß Pädagogin, Kriminalistin und Juristin unzureichend informiert sind und daß **Fachberatungsstellen** fehlen. Es ist bekannt, daß Täterarbeit unabdingbar notwendig ist, weil allein das Einsperren der Täter keine Heilung bringt. Vor allem jugendliche Täter - die Zahl ist relativ groß - sind offen für Therapien; eine Wiederholung der Tat kann so eventuell eingedämmt werden. Die Möglichkeit der Hoffnung allein sollte uns motivieren, das Therapieangebot massiv einzufordern und es an die erste Stelle vor die Bestrafung zu stellen.

Unsere heutige Debatte muß deutlich machen, daß Gewalt und Mißhandlung an Kindern kein Kavaliersdelikt sind, sondern ein Verbrechen an Menschen, die ihr Leben lang mit Ängsten und Depressionen zu kämpfen haben, die dadurch ihr Leben lang in Gefahr von Selbsterstörung leben, möglicherweise durch Alkohol und Drogen, oder sogar in Gefahr der Selbsttötung. Überlebende - der Begriff ist angebracht für

Opfer massiver Gewalt in dem Abschnitt ihres Lebens, der begrenzt sein sollte mit Liebe, Vertrauen und Begleitung zum Erwachsenwerden -, Überlebende, die beschränkt arbeitsfähig sein können, in Frührente gehen müssen oder von Sozialhilfe leben, Überlebende, die immer beschränkt beziehungsfähig sein werden mit ihren Partnerinnen, mit ihren Kindern.

Es ist bekannt, daß viele der heutigen Täter auch Opfer waren und daß Opfer dringend der Hilfe bedürfen, um später nicht selbst zum Täter oder zur Täterin zu werden. Dennoch ist die Bereitschaft in den betroffenen Familien und in der Gesellschaft groß, Gewesenes unter den Tisch zu kehren und im stillen Kämmerlein zu hoffen, daß sich die Mißhandlungen nicht wiederholen, daß niemand von ihnen erfährt, daß die Opfer möglichst schnell alles verdrängen, um es dann möglichst zu vergessen.

Geschehenes kann nicht ungeschehen gemacht werden, nur die offene und ehrliche Diskussion mit allen Beteiligten kann Opfern und Tätern helfen, Geschehenes zu verarbeiten, um den schrecklichen Kreislauf zu durchbrechen.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die widerwärtigen Fälle in Belgien waren ein Schock. Was aber noch viel schlimmer ist, spricht June Kane vom UNO-Kinderhilfswerk UNICEF offen aus: Der belgische Fall ist nur einer von einer Million Fällen, in denen Kinder sexuell mißbraucht werden.

Es sind Kinder, die gedemütigt und verletzt, mit dem HIV-Virus und

Geschlechtskrankheiten infiziert und bestialisch ermordet werden.

Die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger drückt ihre Wut hierüber folgendermaßen aus: „Die Betroffenheitsbekundungen aus allen Gesellschaftsbereichen nehmen zu, die tatenlosen Ankündigungen der Verantwortlichen ebenfalls.“

Die Grausamkeiten der vergangenen Wochen haben uns alle aufgeschreckt. Sie haben Wut und Trauer in uns hervorgerufen. Vor allem aber lösten sie Entsetzen darüber aus, daß sich solche Verbrechen jeden Tag vor unserer eigenen Haustür abspielen.

Ist der Mißbrauch von Kindern also tatsächlich eine sich stetig ausdehnende Seuche, wie es der schwedische Ministerpräsident zum Auftakt des Weltkongresses gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern bezeichnete? - Nein, der Mißbrauch, die Ausbeutung und das Quälen von Kindern ist keine Seuche! Der Mißbrauch von Kindern ist ein Verbrechen.

(Beifall im ganzen Haus)

Es ist ein Verbrechen, wenn 10 000 deutsche **Sextouristen** jährlich die Armut und das Elend von Kindern in Brasilien, Thailand, Burma, Laos oder auf den Philippinen ausnutzen, um ihre sexuellen Bedürfnisse zu befriedigen. Es ist ein Verbrechen, wenn Eltern das besondere Vertrauensverhältnis zu ihren Kindern auf die schlimmste Art und Weise, die überhaupt vorstellbar ist, mißbrauchen, um sich an ihnen zu vergehen. Es ist ein Verbrechen, wenn Eltern ihre Kinder wie eine Handelsware an Pornoproduzenten verschachern.

In diesem Zusammenhang mag der Ruf nach härteren Strafen nur allzu verständlich sein. Dennoch warne ich vor der Illusion, das Übel Kindesmißhandlung sei mit der Androhung drakonischer Strafen auszurotten. Selbst die

Todesstrafe, die in manchen Ländern auf den sexuellen Mißbrauch von Kindern steht, hält Sextouristen nicht davon ab, dort ihr Unwesen zu treiben. Triebtäter lassen sich auch von noch so harten Strafen nicht abschrecken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Im übrigen setzen Strafen immer erst dann ein, wenn es für die Kinder bereits zu spät ist.

Sind wir also machtlos? Müssen wir weiterhin zusehen, wie weltweit kleine Mädchen und Jungen auf grausame Art und Weise gequält und mißhandelt werden? - Nein! Wir müssen die Strukturen aufbrechen, die Kinderprostitution zu einem lohnenden Geschäft machen. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die Fluggesellschaften hin, die wissen, daß sie diese Touristen befördern. Ich weise auf die Reiseunternehmen hin, die entsprechende Absteigen vermitteln und vermieten. Ich weise auf die örtlichen Behörden hin, die Kinderprostitution zulassen oder sogar an ihr mitverdienen.

Der Markt für **Kinderpornographie** muß ausgetrocknet werden. Dabei darf es keine Tabuthemen geben.

(Beifall im ganzen Haus)

Eltern vermarkten zu Hunderten ihre eigenen Kinder. Sie bieten ihre Kinder wie eine Ware in einschlägigen Magazinen an. Skrupellosen **Verlegern** und Druckern dieser Schundhefte ist das Handwerk zu legen. Das gilt auch für jene, die Kinderpornographie unter der Ladentheke vertreiben. Das gilt auch für jene, die neue Kommunikationsmedien für ihre Zwecke mißbrauchen. Die Verbreitung von Kinderpornographie über Magazine, Videokassetten oder über Datennetze leisten der Kinderprostitution weiteren Vorschub.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, auf eine Entwicklung hinzuweisen, die ich für außerordentlich bedenklich halte. Mich widert die teilweise detailversessene Berichterstattung der jüngsten Ereignisse in bestimmten Boulevardmagazinen an. Hat es noch etwas mit seriöser Information zu tun, wenn angeblich darüber aufgeklärt wird, in welchen Straßen und Ecken, zu welcher Uhrzeit und zu welchem Preis sich am besten die krankhaften Triebe befriedigen lassen? Muß jene Schmuddellektüre in Großaufnahme gezeigt werden? Muß darauf hingewiesen werden, wo man sie jederzeit bekommen kann? - In dem einen oder anderen Fall verkommt eine solche Berichterstattung sozusagen zum Stadtführer für potentielle Täter. Das muß und das darf nicht sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Im Kampf gegen Kindesmißbrauch und Kinderprostitution muß alles getan werden, um die Verhältnisse zu ändern, die die Kinderprostitution ermöglichen. Mit der Änderung des Strafrechts 1993 sind die rechtlichen Lücken geschlossen worden, die bis dahin verhindert haben, daß von Deutschen im Ausland begangene Straftaten dieser Art verfolgt werden konnten. Jetzt müssen diese rechtlichen Möglichkeiten aber auch in die Tat umgesetzt werden. Das bedeutet, es müssen Rechtshilfeabkommen mit den Ländern abgeschlossen werden, die häufig von deutschen Sextouristen besucht werden; denn nur so können die Regelungen auch angewendet werden.

Die bisherige Bilanz ist leider erschreckend mager. Nach Angaben des Bundesjustizministeriums sind seit 1993 lediglich zehn solcher Fälle überhaupt gemeldet worden. Auf europäischer Ebene müssen Polizei, Justiz, Ausländerämter und Einwanderungsbehörden eng zusammenarbeiten und in den Zielländern Verbindungsbeamte eingesetzt werden. Hierzu hat die F.D.P.-Bundestagsfraktion im

August einen Maßnahmenkatalog erarbeitet und schlägt konkret vor:

- die direkte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz unter Vermeidung bürokratischer Hierarchien,
- eine Übersicht nationaler strafrechtlicher Bestimmungen mit dem Ziel zu erstellen, bestehende rechtliche Lücken zu schließen,
- eine umfassende Statistik über Verurteilungen und Tatverdächtige,
- die Ratifizierung und wirksame Umsetzung bestehender internationaler Konventionen zum Menschenhandel,
- den Schutz der Opfer von Prostitution und Menschenhandel als moderne Form der Sklaverei zu verstärken sowie
- die Präsenz von Verbindungsbeamten in den Zielländern von Zwangsprostitution und Sextourismus zu erhöhen.

Vorschläge gibt es meiner Meinung nach in der Tat genug. Jetzt müssen Taten folgen.

Ich bin sicher, jeder von uns stimmt inhaltlich mit den beiden vorliegenden Anträgen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU völlig überein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gestatten Sie mir dennoch eine Bemerkung zur Nr. 3 Ihres Antrags: Auch ich will, daß den **Opfern** eine **mehrfache Vernehmung** erspart wird. Die mißhandelten Kinder dürfen nicht auch noch durch das Verfahren gequält werden. Darüber gibt es meiner Meinung nach Einigkeit. Ich halte in diesem Zusammenhang die Verwertung einer Videoaufzeichnung der ersten Vernehmung in der Gerichtsverhandlung für den richtigen Weg, den Kindern weitere Qualen zu ersparen. Die verständliche Wut, die Empörung und die Verabscheuung, die wir in Fällen von Kindesmißbrauch empfinden, darf uns aber

dennoch - so schwer uns das auch fallen mag - den Blick auf die Beschuldigtenrechte nicht verstellen. Bei der Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für verwertbare Videoaufzeichnungen unter der Beteiligung von Staatsanwaltschaft und Verteidigung muß das Frage- und Rückfragerecht daher gewährleistet bleiben.

Die Aussage des Kölner Kripoexperten Rainer Laschek zeigt, daß die Perversionen mittlerweile die Grenzen des Vorstellbaren überschreiten, wenn er im Zusammenhang mit dem **Markt für Kinderpornographie** angibt, Spitzenreiter mit 12 000 DM sei ein Streifen, der die Massenvergewaltigung junger bosnischer Mädchen zeige. Vor diesem Hintergrund hoffe ich, daß das momentane öffentliche Entsetzen über die Verbrechen in Belgien nicht ebenso schnell wieder abflaut, wie es aufgekommen ist. Das millionenfache, sich täglich auf der ganzen Welt wiederholende Schicksal der kleinen Julies und Melissas darf nicht einfach in Vergessenheit geraten.

(Beifall im ganzen Haus)

Mit dem Appell, die Opfer zu schützen, den Verbrechern das Handwerk zu legen und uns alle immer wieder zur Wachsamkeit in unserem eigenen sozialen Umfeld zu ermahnen, möchte ich meinen Beitrag beenden. Es ist meiner Meinung nach deutlich geworden, daß wir beide vorliegenden Anträge unterstützen werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Konferenz in Stockholm hat wenig konkrete Ergebnisse nach sich gezogen. Das ist von vielen Seiten sehr

bedauert worden, was schon angesprochen worden ist. Für mich persönlich ist das wichtigste Ergebnis dieser Konferenz gewesen, daß der **sexuelle Mißbrauch** in aller Munde ist. Das ist ganz entscheidend. Endlich wird das Thema wieder öffentlich erörtert. Die Medien haben täglich darüber berichtet und berichten aufgrund der entsetzlichen Ereignisse in Belgien und aufgrund der aktuellen Fälle in Deutschland weiter. Wir dürfen die Bedeutung dieser **Berichterstattung** für die öffentliche Meinungsbildung nicht unterschätzen. Gleichwohl teile ich die Auffassung von Frau Aschmoneit-Lücke, die sagte, daß eine Berichterstattung in diesem Fall auch problematisch sein kann.

Ich habe mich teilweise über die Forderungen gewundert, die jetzt in den Medien wiedergegeben werden. Frau Aschmoneit-Lücke hat das vorhin schon erwähnt. Der gestrigen Presse habe ich entnehmen können, daß die Forderungen nach chemischer und operativer Kastration von Sexualtätern wieder laut werden. Dies, obwohl zwischenzeitlich bekannt sein sollte, daß auch die Kastration Gewaltanwendung durch Täter nicht zu verhindern mag! Vielleicht sollte man eine solche Berichterstattung aber auch nur als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich eine weitere Dokumentation dafür, daß die Aufklärung nicht weit genug gediehen ist.

Es ist wichtig, daß die sexuelle Gewalt nach der Konferenz in Stockholm in aller Munde bleibt. Wir müssen die **Aufklärung** weiter vorantreiben. Wir müssen uns vor allem intensiver mit der Frage auseinandersetzen, was wir für die Täter tun können. Die ganz überwiegende Zahl der Täter von heute sind nun einmal die Opfer von gestern. Vorbeugen können wir sexueller Gewalt nur dann, wenn wir uns nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß die Täter nicht die Bösen sind. Mit den Worten „kreuzigt ihn“ kommen wir in diesem Fall nicht weiter. Mit Forderungen nach höheren Strafen

packen wir das Problem nicht an der Wurzel. Nur durch Therapien, die der individuellen Biographie des Täters gerecht werden, können wir einen Fortschritt erzielen. Die Wunden, die die meisten der Täter aufzeigen, sind nicht heilbar. Es kann aber dazu beigetragen werden, daß die Täter durch eine Behandlung die Verhaltensmuster nicht wiederholen, mit denen sie selbst aufgewachsen sind.

Wir haben heute zwei Anträge zu beraten. Daß die Anträge zum jetzigen Zeitpunkt gestellt werden, hat sicherlich mit der Stockholmer Konferenz zu tun. Sie sind vielleicht aber auch dadurch bedingt, daß die Wellen im Zuge der belgischen Fälle so hochgeschlagen sind.

Die CDU stellt einen Berichtsantrag, der über **Angebote und Nachfragen** sowie über die **Beratung im Bereich des Kindesmißbrauchs** aufklären soll. Angesichts der Tatsache, daß der letzte Bericht der Landesregierung über Maßnahmen gegen Kindesmißhandlung und sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen 1991 vorgelegt wurde, ist das aus unserer Sicht sehr vernünftig.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist wesentlich umfangreicher. Bei einigen Punkten - das muß ich sagen - habe ich Bedenken. Bei dem von der Landesregierung vorzulegenden Konzept soll eine Spezifizierung der unterschiedlichen Situation von Mädchen und Jungen vorgenommen werden. Hiermit werden verschiedene im Antrag näher angegebene Ziele verfolgt. So sollen zum Beispiel wissenschaftliche Untersuchungen als Grundlage für präventive und therapeutische Maßnahmen durchgeführt und vorhandene Ergebnisse ausgewertet werden. Bei diesem Punkt wird unserer Meinung nach verkannt, daß das Problem nicht im Mangel an wissenschaftlichen Untersuchungen liegt. Allein an der Umsetzung der Ergebnisse dieser Untersuchung hapert es. An dieser

Umsetzung gilt es zu arbeiten und nicht an der Schaffung weiterer wissenschaftlicher Erkenntnisse. Wenn wir mehr Kraft in die **Umsetzung der vorhandenen Erkenntnisse** investieren würden, wären wir wesentlich weiter.

(Beifall bei der F.D.P.)

Weitere mit dem Antrag verfolgte Ziele sind solche, die wir auf Landesebene nicht verwirklichen können. Ich wüßte jedenfalls nicht, wie wir von hieraus an ein **Rechtshilfeabkommen mit ausländischen Staaten** gelangen sollen.

Auch die **Bekämpfung der internationalen Kinderprostitution** scheint mir von hier aus nicht ohne weiteres machbar zu sein. Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Inhaltlich stehen wir zu den genannten Punkten. Um der Klarheit willen hätte man das aber vielleicht anders formulieren sollen.

Weiter gebe ich zu bedenken, daß die **Steigerungsrate**, die in dem Antrag genannt wird, auch damit zusammenhängen könnte, daß mehr Anzeigen erstattet werden. In diesem Falle könnte die Steigerungsrate als etwas Positives angesehen werden.

Wir treten für die Erstellung eines Berichtes ein. Das ist klar. Und wir werden dem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen, nicht zuletzt auch, weil hierin eine Anhörung vorgeschlagen wird. Das finden wir vernünftig. In einer **Anhörung** könnte uns am ehesten darüber berichtet werden, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Schließlich sollte es darauf ankommen, wie wir für Verbesserungen in unserem Bundesland sorgen können. Es muß insgesamt mehr Aufklärung geleistet werden. Das wissen wir. Wir müssen sehen, wie wir die Informationen und Erkenntnisse, die wir haben, besser umsetzen können.

Bei sexueller Gewalt geht es ja nicht nur um Gewalt im herkömmlichen Sinne, um

Angriffe, um körperliche Gewalt. Gewalt ist auch durch Sprache möglich. Gewalt hat viele Gesichter. Auch dies gilt es im Zusammenhang mit einer solchen Anhörung zu durchleuchten.

Wir werden also diesen Anträgen zustimmen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Kötschau.

Dr. Gabriele Kötschau [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Aufgrund aktueller Anlässe wird häufig der Ruf nach härteren Strafen laut, wie zur Zeit nach dem Tod und der vorherigen Mißhandlung von Kindern, zuletzt der kleinen Natalie in Bayern. Ich halte es für fraglich, ob schärfere Strafandrohungen tatsächlich die Sicherheit vor diesen Tätern und den Schutz vor solch perversen Taten erhöhen. Zum einen muß meiner Meinung nach zwischen abstrakter **Strafandrohung** und jeweils ausgeurteilter Strafe unterschieden werden. Was die sexuelle Mißhandlung von Kindern angeht, so halte ich allerdings die **Einstufung als Vergehen** für zumindest überdenkenswert. Die sexuelle Mißhandlung von Kindern - da fühle ich mich sehr einig mit meinen Vorrednerinnen und Vorrednern - ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Es ist erschreckend, wie und in welchem Umfang Mißbrauch mit Kindern getrieben wird. Daß dies zunehmend in die Öffentlichkeit gelangt, liegt zum einen daran, daß langsam das Tabu gebrochen wird, zum anderen - und machen wir uns da bitte nichts vor - auch daran, daß die Hemmschwelle gesunken ist. Dies ist ein gesellschaftliches Problem. Polizei und Justiz können hier nur reagieren. In erster Linie müssen wir, muß die Gesellschaft, sehr aktiv agieren.

Über 16 000 registrierte Fälle allein im letzten Jahr können nicht mehr als Einzelfälle

abgetan werden. Wichtig ist vor allem, daß wir Sensibilität in allen Bereichen der Gesellschaft entwickeln, um Fälle der Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und hierauf reagieren zu können. Es gibt bei diesen Straftaten nicht „den“ Täter, es gibt unterschiedliche Tätergruppen. Der Tätertyp, der Kinder triebhaft sexuell mißhandelt und benutzt und sie anschließend - häufig aus Angst vor Entdeckung - ermordet, ist in der Justizvollzugsanstalt nicht richtig untergebracht und erst recht nicht in der Freiheit. Es gibt immer noch - hierüber wird seit der Affäre Jürgen Bartsch Anfang der siebziger Jahre lebhaft diskutiert - keine effektiven Therapiemöglichkeiten für Triebtäter. Letztlich bleibt die Sicherungsverwahrung.

Bei der **Fortentwicklung von Täterberatung, Therapie und Ahndungsmaßnahmen** lohnt auch ein Blick in das Ausland. So schreibt der US-Bundesstaat Kalifornien künftig die chemisch-hormonelle Kastration für Mehrfachtäter vor, die auf Bewährung aus der Haft entlassen werden sollen. Auch unsere dänischen Nachbarn, Frau Spoorendonk, verfahren seit 1989 so. Auf freiwilliger Basis werden vorübergehend chemische Kastrationen vorgenommen. Auch Bundesministerin Nolte sprach sich kürzlich für eine solche Maßnahme aus. Ob dies ein Königsweg ist, kann ich nicht beurteilen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es kann auch nur freiwillig sein!)

Problematisch scheint mir hierbei einmal die Frage der Kontrollmöglichkeiten der Einnahme zu sein, zum anderen aber auch die Frage der Nebenwirkungen. Meines Erachtens müssen alle in Frage kommenden Möglichkeiten auf den Prüfstand, und zwar unter Einbeziehung entsprechender Erfahrungen aus dem Ausland. Von entscheidender Bedeutung sind verlässliche **psychiatrische Gutachten** vor der

Haftentlassung entsprechender Sexualtäter. Frau Heinold, Sie haben das eben auch schon angesprochen. Die Überprüfung der Persönlichkeit und der Entwicklung des Täters ist ein sehr wichtiger Anhaltspunkt dafür, ob dieser Täter in der Freiheit rückfällig werden wird oder ob die Perspektive für ihn positiv ist. Die Schlüsselrolle kommt hierbei den Gutachtern zu. Das letzte Wort haben die Gerichte, die aber - auch da machen wir uns bitte nichts vor - damit überfordert sind. Sie sind auf eine verlässliche psychiatrische Begutachtung angewiesen.

Nach Entdeckung der Tat darf - ich bin froh, daß wir uns auch hierin einig sind - den geschändeten und mißhandelten Kindern kein zweites Mal zugemutet werden, Opfer zu werden. Dies wäre dann der Fall, wenn sie dem Täter vor Gericht wiederbegegnen müßten, wenn sie möglicherweise sogar in seiner Gegenwart aussagen müßten. Ich schließe mich hier explizit der Forderung des Generalstaatsanwaltes an, daß wir die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen müssen, daß sexuell mißhandelte Kinder unverzüglich angehört werden, selbstverständlich - Frau Aschmoneit-Lücke - bei Wahrung des rechtsstaatlich Gebotenen. Daß diese **Aussage** aufgezeichnet werden kann und daß diese **Aufzeichnung** in der **Hauptverhandlung** benutzt werden darf, muß unser Ziel sein. Schützen wir die Kinder davor, das ihnen widerfahrene traumatische Geschehen wiederholt durchleben zu müssen. Eine unverzügliche anschließende Therapie - das brauche ich nicht auszuführen - ist das mindeste, was diese Kinder dann erwarten können.

Wenn ich eben von unterschiedlichen Tätertypen gesprochen habe, so ist ein anderer Typ derjenige, der seinen **Urlaub** damit verbringt - ich sage es einmal ganz platt -, **sexuelle Abenteuer mit Kindern** zu erleben. Bereits heute gibt es rechtliche Möglichkeiten, solche Täter zu ermitteln und auch zu bestrafen. Das Dunkelfeld bei uns ist

riesig. Wer die Angebote von Reiseveranstaltern liest, die „Kinderfreundlichkeit“ anbieten, der kann nicht immer unbedingt davon ausgehen, daß hiermit Spielplätze, Kinderbetreuung und familienfreundliche Unterkünfte gemeint sind. Mehr Aufmerksamkeit in diesem Bereich, mehr Sensibilität und auch mehr Verantwortungsbewußtsein bei den Reiseveranstaltern können helfen, unendliches Leid vieler Kinder zu mindern.

Die Schätzung, daß in den Entwicklungsländern jährlich bis zu 1 Million Kindern ab sechs Jahre auf dem illegalen Sexmarkt mißhandelt werden, muß uns aufschrecken.

In diesem Zusammenhang lohnt die Frage, ob unsere Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik immer dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Häufig bringt wirtschaftliches Elend Familien dazu, ihre **Kinder** in die **Prostitution** zu treiben. Es ist keine neue Erkenntnis, daß moralische Kategorien ökonomischen Zwängen nur schwer gewachsen sind und im täglichen Überlebenskampf häufig unterliegen.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich rechtfertige dies in keiner Weise. Ich bin nur der Meinung, daß wir an die Wurzeln gehen müssen, um auch im internationalen Bereich im Vorfeld agieren zu können, um nicht nur reagieren zu müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Seit 1993 nahmen Ermittler in Asien 80 Europäer wegen sexueller Vergehen an Minderjährigen fest, darunter auch etliche Deutsche. Derartige Festnahmen ermutigen uns in der Hoffnung, daß einige Länder inzwischen den Kampf gegen die sexuelle Ausbeutung ihrer Kinder aufgenommen haben. Teilweise reagieren sie mit drakonischen Strafen. So wurde im Frühjahr dieses Jahres ein Deutscher in Bangkok zu 43 Jahren Haft verurteilt, nachdem ihn

Polizisten mit vier Jungen unter 13 Jahren auf frischer Tat ertappt hatten.

Die **Bekämpfung der Kinderprostitution** erfordert eine enge **internationale Zusammenarbeit**. Hierfür müssen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, zum Beispiel durch den Abschluß entsprechender Rechtshilfeabkommen.

Der dritte Punkt ist die Kinderpornographie - auch über neue Kommunikationstechniken. Zunächst einmal hat die Gesetzesänderung, die die Strafbarkeit auf den bloßen Besitz kinderpornographischer Produkte ausgeweitet hat, erste Wirkungen gezeigt. Die Vermarktung von Kindern erfolgt zum Teil reell, zum Teil aber auch virtuell. Das gilt für **Kinderpornographie** in den **neuen Kommunikationstechniken** wie Internet ganz besonders. Da wird es am schwersten sein, an diese Art der Kinderpornographie heranzukommen. Es gibt noch keinen Weg, hier zu einer Lösung zu gelangen. Die rechtlichen und auch die technischen Möglichkeiten für eine Verfolgung von Straftaten im Internet müssen auf Bundes- wie auf internationaler Ebene geschaffen werden.

Auszuwerten sind hierbei sicherlich auch die Erfahrungen der bayerischen Ermittlungsgruppe im Landeskriminalamt, die im Internet - wie man heute so schön sagt - surft und durchaus fündig wird. Virtuelle - also computertechnisch erzeugte - Darstellungen von Kinderpornographie im Internet sind bisher strafrechtlich nicht erfaßt. Auch diese Lücke muß geschlossen werden. Denn einen Markt auszutrocknen, der durch neue Kommunikationstechniken angeheizt wird, wäre in der Tat eine Sisypusarbeit.

Erfolgversprechende Signale gegen die Mißhandlung von Kindern sind - auch das ist mehrfach angesprochen worden - von der **Stockholmer Weltkonferenz** ausgegangen. Es ist sehr deutlich gemacht worden, daß es sich hier um eine moderne Form der

Sklaverei handelt. Beginnen muß der Kampf gegen sexuelle Mißhandlung und auch sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen mit verstärkter Aufklärung in den Familien, in der Nachbarschaft, in den Kinderbetreuungseinrichtungen, in den Vereinen und Verbänden.

Es ist vieles zu dem Thema gesagt worden, so daß ich mich darauf beschränken möchte.

(Beifall des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ich bin sehr froh darüber, Herr Kollege Kubicki, daß sich die Fraktionen in diesem Punkt einig sind.

Wir erwarten von dem angeforderten Bericht, der zu einem Teil auf den ausführlichen **Bericht** der Landesregierung aus dem Jahre 1991 aufbauen kann, daß er eine **Ist-Analyse** über bestehende Beratungs- und Hilfsangebote für Opfer und auch für Täter und über Aus- und Fortbildung der mit diesem Problem betrauten Personen erstellt, und daß er uns den Weg weist, Änderungen dort einzuleiten, wo wir als Land Entscheidungsbefugnisse haben, gleichzeitig aber auch aufzeigt, wo Maßnahmen angeschoben werden müssen und wo die Möglichkeiten unseres Bundeslandes überschritten werden.

Was die **Anhörung** angeht, die wir gern im Sozialausschuß unter Einbeziehung des Innen- und Rechtsausschusses angesiedelt haben möchten, so möchten wir herausarbeiten, wo Handlungsbedarf besteht und was wir möglicherweise selbst noch nicht gesehen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Jetzt hat das Wort Frau Ministerin Birk.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben uns aufgefordert, zu handeln, zu berichten und das Thema regional, aber auch auf Bundesebene, aufzugreifen. Ich freue mich, daß gerade in dieser wichtigen Frage das Thema „sexuelle Gewalt“ zum zweiten Mal für eine Einigkeit hier im Hause sorgt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Darüber freuen wir uns nicht!)

Kurz bilanzierend nach dieser Debatte möchte ich vorab auf einige Dinge hinweisen: Ich unterstütze ausdrücklich die **Kritik** an der Art, in der einige **Medien** das Thema voyeuristisch aufgegriffen haben. Aus Gesprächen mit Müttern weiß ich, daß dies in Schulen und bei Eltern zu einer großen Verunsicherung geführt hat. Hier droht Aufklärung in Einschüchterung umzuschlagen.

Nachdem nun langsam das Schweigetabu um die sexuelle Mißhandlung an Kindern fällt, wird umgekehrt das Opfer zur Schau gestellt. Das darf so nicht sein.

Anders verläuft allerdings die Auseinandersetzung in diesem Hause. Vorab - da möchte ich einiges einschränken, was meine Vorrednerinnen gesagt haben -: Es ist immer noch so, daß wir bei **sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche** nicht von einem geschlechtsneutralen Phänomen ausgehen können. Es sind immer noch überwiegend die Mädchen von Gewalt betroffen, und es sind überwiegend **Männer**, die Mädchen und Jungen sexuell mißhandeln. Das soll uns nicht die Augen vor den Täterinnen verschließen. Trotzdem finde ich es wichtig, in der Analyse darauf hinzuweisen.

Sexuelle Mißhandlung zeigt sich vor allem in der eigenen Familie der Opfer. Sie zeigt sich darüber hinaus im Milliardengeschäft im

Rahmen des Sextourismus und des Vertriebs der Kinderpornographie - Sie gingen darauf ein -, insbesondere in den neuen elektronischen Medien. Sie zeigt sich im Rahmen von Kinderprostitution, Zwangsverheiratung und Zwangskinderarbeit sowie in der Werbung.

Vorab soviel als Ergänzung zur Analyse: Männer unterliegen immer noch rigideren Rollenvorstellungen als Frauen. Das Männlichkeitsbild ist zwar brüchig geworden; es fehlen jedoch für Jungen und Männer neue Vorbilder und Konzepte. Auf die eigene Verunsicherung reagieren viele Männer weltweit mit Gewalt, sexueller Gewalt.

In diesem Bereich greift die Pornographiedebatte um die Gesetzgebung zu kurz. Sie orientiert sich an der viktorianischen Auseinandersetzung um Sexualität. Deshalb halte ich es für dringend erforderlich - mein Kollege von der Justiz wird sicherlich auf Weiteres in dem Bereich eingehen -, daß wir zu einer **neuen strafrechtlichen Definition** kommen, damit es uns beispielsweise gelingt, ein auch in Schleswig-Holstein durchaus vertriebenes Magazin wie die „Sonnenfreunde“, das sich harmlos als FKK-Magazin tarnt, so zu analysieren, daß wir die Kinder, die dort abgebildet werden, vor dem Abgebildet-Werden beschützen können.

Ich werde mich also - das kann ich jetzt schon sagen - für eine effektivere Selbstkontrolle, weitergehende Schutzvorschriften für Kinder und Jugendliche und auch für eine Neudefinition der Kontrolle bei Einhaltung der Werbevorschriften und Werbebestimmungen einsetzen.

Sehr viel wichtiger ist es aber, bei der Fortbildung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren anzusetzen. Hier stehen wir in Schleswig-Holstein glücklicherweise nicht am Nullpunkt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich bitte, etwas aufmerksamer zuzuhören. Das betrifft auch die dort hinten stehenden Palaberer.

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau:

Seit dem Bericht 1991 ist viel geschehen. Die Initiative wurde federführend aus den Bereichen Jugend und Frauen ergriffen. Inzwischen sind aber auch weitere Häuser an Maßnahmen beteiligt, nämlich die Ministerien für Justiz, Inneres, Soziales, Schule, und Bildung, ja sogar Europa. Wir wollen künftig mehr Initiativen fördern, die im Nord-Süd-Dialog tätig sind und die beispielsweise Reiseveranstaltern kritisch auf die Finger schauen. Sie sollen dortige Vorkommnisse öffentlich machen und diese dadurch hoffentlich verhindern.

Was passiert nun in Schleswig-Holstein? Ich kann hier nur einen kurzen Überblick geben. Die Kinderschutzzentren wurden erwähnt, die wir in Kiel und Lübeck haben und die federführend für viele Einrichtungen eine wegweisende Arbeit leisten. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir auch an ein Kinderschutzzentrum an der Westküste denken. Ich hoffe, in dieser Angelegenheit mit den Kommunen und Kreisen zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Wir haben darüber hinaus 26 Arbeitskreise, die sich im Lande mit der sexuellen Ausbeutung und Mißhandlung von Kindern beschäftigen. Wir haben in der Vergangenheit mehrere **Modellprojekte** gefördert. Ich denke beispielsweise an Pro Familia, den Deutschen Kinderschutzbund und an das Mädchenhaus Lotta.

Diese Modelle bedürfen jetzt - insofern kommt Ihr Antrag genau zur richtigen Zeit; auch unabhängig von den internationalen Ereignissen - der systematischen

Betrachtung, Zusammenführung und Auswertung, damit wir das, was modellhaft erprobt ist, endlich landesweit zur Regel machen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund gilt es - gerade auch angesichts knapper finanzieller Ressourcen - genau hinzuschauen, um punktgenau handeln zu können.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zum Thema Frauenhäuser: Sie erwähnten sie ausdrücklich als zu Befragende. Das halte ich für unterstreichenswert. Seit der langen Zeit, in der **Frauenhäuser** mißhandelte traumatisierte Kinder in ihre Obhut nehmen, sind viele Erfahrungen gesammelt worden. Die Erfahrungen, wie es Kindern in Frauenhäusern geht und welche pädagogischen Konzepte dort entwickelt wurden, sind es wert, landesweit ausgewertet zu werden.

Ich möchte noch auf ein Modell hinweisen, das derzeit in Kooperation mit der Justiz läuft und das gerade in den letzten Wochen besonders wichtig geworden ist. Wir haben in den vier Gerichtsbezirken modellhaft **Prozeßbegleitung für Kinder** erprobt, damit sie an die Situation vor Gericht gewöhnt werden. Was auf Bundesebene getan wird, damit den Kindern mehr als bisher erspart bleibt, wird Herr Walter noch eingehen. Wir haben zusammen mit der Universität und dem Institut für Psychologie ein Prozeßbegleitprogramm entwickelt. Ich bin sehr froh darüber, daß der Justizminister an einer dauerhaften Prozeßbegleitung von Kindern interessiert ist und diese Arbeit, wenn wir die Ergebnisse ausgewertet haben, übernehmen wird.

Wir werden uns insbesondere auch der Frage des Umganges mit den Tätern und Täterinnen zu widmen haben. Insofern erhoffe ich mir von dem Programm auch

Ergebnisse dazu, wie die Täter-Opfer-Beziehung und die psychotherapeutische Versorgung gestaltet werden müssen, was konkret bei der Ausgestaltung der Hauptverhandlung vor Gericht zu beachten ist und welche Erleichterungen, die die Strafprozeßordnung bietet, wie beispielsweise der Ausschluß der Öffentlichkeit und ähnliches, besser genutzt werden können.

Zusammenfassend kann ich sagen: Es freut mich, wenn wir nach einem Jahr hier in diesem Hohen Hause all die Fragen, die Sie uns gestellt haben, mit erfolgreichen Antworten diskutieren und uns auf einer weiteren Stufe diesem Thema widmen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

(Zurufe: Der Herr Justizminister!)

- Entschuldigung, Herr Minister Walter. Es wäre gut, wenn das rechtzeitig angemeldet würde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Meinetwegen muß es nicht sein;
das wäre eine schöne Geste!)

- Herr Minister, bitte!

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man jeden Tag bei sich zu Hause das Glück angucken kann, das auf zwei kleinen Kinderbeinen daherkommt, dann fällt es einem vielleicht - ich will nicht sagen leichter - in den Diskussionen, die man

zu Hause führt, nicht ganz so schwer, nachzuvollziehen, was sich in den Köpfen und Herzen von Eltern abspielen muß, die von solchen Ereignissen betroffen sind. Was in den Kindern angerichtet wird, das können wir uns vermutlich ohnehin nicht ausmalen: der Körper verletzt, die Seele beschädigt. Ein kleiner Mensch wahrscheinlich für Jahre, für Jahrzehnte oder gar für ein ganzes Leben verstört. Und was es heißt, ein Kind zu verlieren, das Opfer eines solchen Gewaltverbrechens wurde, ist überhaupt nicht in Worte zu fassen.

Deswegen kommt niemand an den Ereignissen vorbei, die in den letzten Tagen und Wochen für öffentliche Diskussionen gesorgt haben, Diskussionen, die im übrigen zwiespältig zu beurteilen sind.

Bei „Report“ im Fernsehen hieß es zu dem bayerischen Verbrechen: Wieder einmal mußte ein Mensch sterben, weil ein rechtskräftig verurteilter Triebtäter zu früh entlassen wurde.

Als ob es so einfach wäre! Wenn es doch bloß so einfach wäre: keine Hafterleichterungen, keine vorzeitigen Haftentlassungen, Trieb besiegt, Rückfallquote null. Wenn es so einfach wäre, dann wäre die Debatte, die wir heute hier führen und auch in Zukunft sicherlich noch führen werden, nicht so schwer.

Es ist kein Zufall, daß sich die Stellungnahmen der Justizminister in diesen Tagen allenfalls in Nuancen unterscheiden. Sie müssen nämlich noch mehr als andere darauf achten, daß das Strafrecht und der auf ihm aufbauende Vollzug nicht im Zustand öffentlicher Erregung geschrieben oder umgeschrieben werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Deshalb müssen die Justizminister auch dort für Zwischentöne sorgen, wo schnelle Antworten gefragt sind.

Ich bin außerordentlich dankbar dafür, daß die gesamte Debatte heute im Sinne dieser Zwischentöne gelaufen ist. Ich finde, das ist ein vorzeigbares Stück Diskussion gemessen an anderen öffentlichen Debatten, die zur Zeit anderswo laufen.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich möchte gern deutlich machen, daß die Entscheidung über Hafterleichterungen oder vorzeitige Entlassungen die Gerichte, die Staatsanwälte und die Vollzugsbehörden treffen. Und ich möchte gern für die Landesregierung folgendes klarstellen:

Erstens. Strafe dient vor allem auch dem Schutz der Gesellschaft vor Straftätern. Die Allgemeinheit hat Anspruch auf diesen Schutz. Das gilt auch und vor allem natürlich für **Sexualstraftäter**.

Zweitens. Sexualstraftäter bedürfen der Therapie. Für Schleswig-Holstein galt und gilt deshalb: kein Vollzug ohne Therapieangebot.

Drittens. Daraus folgt: Sexualstraftäter gehören nicht etwa sofort nach ihrer Verurteilung in den offenen Vollzug, sondern erst Therapie und dann später Entscheidung über die Art des Vollzugs - das ist nach meiner Einschätzung die richtige Reihenfolge.

Viertens. Die rechtlichen Voraussetzungen für Hafterleichterungen wie auch für vorzeitige Haftentlassungen sind klar; bei solchen Entscheidungen darf nach dem Gesetz keine Gefahr für die Allgemeinheit gegeben sein. Darüber entscheiden Menschen, denen Sorgfalt unterstellt werden darf, die aber auch irren können. Das Mögliche tun, um Irrtümer zu vermeiden, heißt deshalb für uns und für mich: keine Entscheidungen über Hafterleichterungen oder vorzeitige Haftentlassungen zugunsten von Sexualstraftätern ohne vorheriges externes Gutachten.

Fünftens. Der Trieb, der diese Täter leitet, hält sich nicht an das Datum der Haftentlassung. Man schaltet ihn auch nicht dadurch aus, daß man den Hoden abschneidet. Er kann auch nach dem vollen Verbüßen einer noch so langen Haftstrafe verhängnisvolle Taten auslösen. Er kann, aber er muß nicht! Deshalb muß für die Zukunft erwogen werden, ob für die Zeit nach der Verbüßung der Haftstrafe nicht verstärkt von dem im Prinzip schon heute nach dem Gesetz möglichen Instrument der Führungsaufsicht für diese Delikte in schweren Fällen Gebrauch gemacht werden muß.

Die in diesem Zusammenhang diskutierte Sicherungsverwahrung bleibt - in den vom Bundesverfassungsgericht gesetzten sehr engen Grenzen - das letzte Mittel einer Gesellschaft, sich vor potentiellen **Wiederholungstätern** zu schützen. Ob sein Ansatz an das - für Opfer und deren Angehörige sicherlich kaum nachvollziehbare - Vorliegen mehrfach wiederholter Taten geknüpft bleiben muß - darüber wird ja diskutiert -, das bedarf natürlich einer sehr sorgfältigen Diskussion, übrigens auch deswegen, weil das dann auch nicht auf eine Tätergruppe beschränkt bleiben dürfte.

Ebenso besonnen sollten die Erfahrungen mit der sogenannten chemischen Kastration ausgewertet werden, die als freiwillige Maßnahme ihren Sinn haben kann und im übrigen heute bei uns bereits möglich ist. Ihre zwangsweise Durchführung wäre mit der Wertordnung des Grundgesetzes schlicht und einfach nicht vereinbar. Im übrigen erinnere ich daran: Die Aggression des Täters sitzt im Kopf und nicht in den Geschlechtsorganen.

Sechstens. Die Strafandrohung für den **sexuellen Mißbrauch von Kindern** beträgt sechs Monate bis zehn Jahre, bei Vergewaltigung von Mädchen zwei bis 15 Jahre, bei Vorfällen mit Todesfolge im Grundsatz bis zu lebenslänglich, und kann

daher als ausreichend angesehen werden. Die Mindeststrafe - darüber, denke ich, wird man diskutieren müssen - sollte allerdings möglicherweise ein Jahr betragen, um deutlich zu machen - es gibt ja immer diese feinen Unterschiede -: Die Tat, um die es dabei geht, ist kein Vergehen, sondern, wie hier mehrfach schon gesagt worden ist, ein Verbrechen.

Ich habe neulich den dummen Satz gelesen, jetzt müsse der Schutz der Allgemeinheit Vorrang haben vor der Resozialisierung. Deshalb möchte ich gern noch einmal folgendes sagen: Die **Resozialisierung**, also der Vollzug mit dem Ziel, Menschen auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten, dient dem Schutz der Allgemeinheit.

(Beifall im ganzen Haus)

Weil das in der öffentlichen Diskussion steht, sage ich: Es ist nicht liberaler Firlefanz aus alten Zeiten. Der Straftäter - ich sage es noch einmal deutlich -, der ohne Resozialisierungsbemühungen nach der Haft in die Gesellschaft entlassen wird, ist ein größeres Risiko für die Gesellschaft als der, der auf ein Leben in Freiheit wenigstens versuchsweise vorbereitet wurde. Das gilt in den genannten Grenzen auch für Sexualstraftäter. Oder, um es noch einmal zu sagen: Das größte Sicherheitsrisiko für die Gesellschaft wäre ein Vollzug des schlichten Wegsperrrens.

Aber auch der andere Weg, den unsere Gesellschaft gewählt hat - übrigens einer, der aus guten Gründen nicht das Produkt zufällig zusammengesetzter Parlamente und Regierungen ist -, hat Risiken - der Bundesjustizminister hat heute zu Recht erneut darauf hingewiesen -, schon deshalb, weil er von Menschen mitbestimmt wird, von Staatsanwälten, von Richtern, von Bewährungshelfern, von Vollzugsbeamten und Psychologen. Wir können ihnen Paragraphen an die Hand geben, aber die Entscheidung kann ihnen niemand abnehmen,

übrigens auch nicht die mit solchen Entscheidungen verbundenen Belastungen des Gewissens, wenn man in dem Bewußtsein entscheidet, es könne eine falsche Entscheidung sein, und wenn man manchmal auch erleben muß, daß es vielleicht die falsche Entscheidung war. Das können wir ihnen nicht abnehmen. Aber vielleicht fallen die Worte von Politikerinnen und Politikern in diesem Zusammenhang auch deswegen gelegentlich so stark aus, weil sie den Einzelfall eben nicht entscheiden müssen. Ich finde jedenfalls, Selbstgerechtigkeit in diesem Zusammenhang wäre das letzte, was hier angebracht ist, meine Damen und Herren.

(Beifall im ganzen Haus)

Es geht in der heutigen Debatte „nicht nur“ um den offen verbrecherischen Einzeltäter, sondern auch um die **sexuelle Mißhandlung** und sexuelle Vermarktung **von Kindern** und Jugendlichen überhaupt. Es geht um das, was unter der Decke der Gesellschaft geschieht, in Manila, in Bangkok, in Bombay ebenso wie in Kiel und in Flensburg oder in Segeberg. Die Gründe dafür sind sehr komplex, so komplex wie unverständlich, was das für Menschen sind, die Kindern und Jugendlichen derartiges zufügen, aber auch was das für eine Gesellschaft ist, die sich darüber - bis vor kurzem jedenfalls - weitgehend ausschweigt.

Ich möchte nicht wissen, wie viele Mithörer asiatischer Erlebnisgeschichten es an deutschen Stammtischen gibt. Ich möchte auch nicht wissen, wie viele den Handel unter dem Ladentisch eher für ein Kavaliersdelikt halten.

Unter diesem Gesichtspunkt war Stockholm ein gutes Signal. Die Debatte danach fand ich nur bedingt gut. Die Gesellschaft hatte nämlich sehr schnell den Adressaten für ihre Kritik gefunden, die schlaaffe Polizei, die milde Justiz, die laschen Gesetze, die fehlenden Abkommen. Im Grunde war es

überwiegend der Staat, der sein Versagen dokumentiert habe.

Es gab mir auch zu viele Repräsentanten des Staates, die diesen Eindruck bußfertig bestätigt haben, nämlich solche, die am ersten Tag auf der **Konferenz in Stockholm** vor allen Dingen über Strafmaße diskutierten, als wäre das die Lösung. Dabei sind doch nicht zu lasche Strafen in diesem Bereich das Problem; das Problem ist, wie ich überhaupt Menschen vor Gericht bekomme, die ihr Unwesen eben auch im Schutz der Gesellschaft betreiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Natürlich muß sich der Staat - das ist das Vorrecht der Bürgergesellschaft - kritisch befragen lassen: Was tust du? Aber wer befragt die Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger: Was tut ihr, oder - besser gesagt - was tun wir alle? Wer bewahrt die Gesellschaft davor, ihre Verantwortung für sich an den Staat und seine Organe abzutreten? Ist die Zahl der Sexreisen in der Zeit nach Stockholm drastisch zurückgegangen? Oder sind die Spenden für den Kinderschutzbund binnen weniger Wochen drastisch gestiegen?

Es ist zu befürchten, daß die Gesellschaft nach Stockholm zu ihren Gewohnheiten zurückkehrt. Wo inzwischen fast alles seinen Preis hat, erscheint auch der **Kindersex** als käufliche Ware. Wo Gewalt zumindest in den elektronischen Medien so präsent ist und auch toleriert wird, wird sie eben auch im Alltag leichter ausgeübt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo kaum noch jemand danach fragt, warum Eltern ihre Kinder der Prostitution preisgeben, hat der Kampf gegen Prostitution kaum eine Chance.

Es geht mir nicht darum, Verantwortung zu verschieben. Es geht darum, deutlich zu machen, daß der Staat und seine Organe die Regeln unseres Zusammenlebens nicht gegen die Gesellschaft durchsetzen können, auch nicht mit den Mitteln des Strafrechts. Das ist für den Einzelfall da, in dem der gesellschaftliche Konsens verletzt wird. Das **Strafrecht** kann den gesellschaftlichen Konsens weder ersetzen noch ihn gar erzwingen. Landauf, landab wird vieles gefordert. Aus dem großen Strauß der Forderungen will ich eine nennen. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns der Opfer anzunehmen.

Die Entscheidung - das will ich gern klarstellen -, ob und wann ein durch eine Sexualstraftat beschädigtes Kind einer therapeutischen Behandlung - wie das so schön im Amtsdeutsch heißt - zugeführt werden kann und soll - das steht hier sogar so; schrecklich! -, trifft einzig der für das Kindeswohl Verantwortliche. Es ist die Entscheidung der Eltern, gegebenenfalls die Entscheidung des Jugendamtes, des Vormundschaftsgerichts. Schutz und Therapie der Jugendlichen müssen im Vordergrund stehen. Anders ist es gesetzlich nicht zulässig. Anders war es übrigens auch nicht in dem Fall, der in Schleswig-Holstein öffentlich diskutiert worden ist.

Es kommt in der Praxis aber - das ist das Problem - immer wieder zu Konflikten zwischen den Interessen der Strafverfolgung, den legitimen Interessen des Beschuldigten und dem Therapieinteresse des Opfers. Deshalb unsere Gesetzesinitiative zum **Schutz kindlicher Opferzeugen**, die seit Frühjahr dieses Jahres dem Bundestag vorliegt! Da geht es zum einen um die direkte bild- und tonmäßige Übertragung von Vernehmungen des Kindes in den Gerichtssaal, damit dem Kind der Auftritt vor Gericht erspart bleibt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluß!

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Ja. - Es geht zum anderen um die Verwendbarkeit früherer, erster Aussagen in späteren Gerichtsverfahren. Das ist außerordentlich wichtig.

Im Land ist in Sachen Opferschutz einiges in Gang gekommen. Einiges ist hier schon genannt worden: Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften, Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeiter im Justizbereich, die sich schwerpunktmäßig diesen Themen widmen, die Einrichtung kindgerechter Vernehmungsräume in den Gerichten. All diese Projekte werden fortgesetzt.

In den Anhörungen, die Sie heute beschließen werden, wird zu erörtern sein, wo es Verbesserungen geben muß, was geändert werden muß. Sie werden dafür bei der Landesregierung ein offenes Ohr finden.

Gestatten Sie eine letzte kurze Bemerkung! Sie haben viel über **Sextourismus** geredet. Ich wiederhole das hier nicht. Sie haben vor allem über Internet geredet. Ich wiederhole auch das hier nicht. Gerade diese Beispiele zeigen bei allem guten Willen, internationalen Abkommen, Ermittlungen vor Ort, wie stumpf die Waffe der Justiz und des Rechts und des Staates bliebe, wenn sie die alleinige Waffe wäre. Ich wünsche mir mehr Prävention vor Ort, die auch mit der Erkenntnis zu tun hat, daß eine anständige Nord-Süd-Politik eben mehr ist als eine Spende für „Brot für die Welt“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir Reiseveranstalter, die massiver sagten, welche Gruppen sie haben wollen. Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die ihre Mitverantwortung großschreibt, weil die sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen zu ächten, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen, die sie umgibt, die Aufgabe ist, die uns alle angeht.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Erkennbar liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse in der Reihenfolge der Beratung abstimmen, zunächst über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/242. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/225, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen worden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal Gäste willkommen heißen. Die zweite Gruppe der Tinglev-Schule ist da. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich nun Tagesordnungspunkt 7 auf:

Bericht über den Denkmalschutz in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/210

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schwarz.

Caroline Schwarz [CDU]:

Es ist nach der Debatte eben nicht ganz einfach, wieder zum normalen politischen Geschehen zurückzukommen. - Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Jetzt geht es um den Denkmalschutz. Denkmale und der Umgang mit ihnen gehören zu unserem täglichen Leben. Sie prägen unser Land in den Städten, aber auch im ländlichen Raum. Sie schaffen Identität und Zugehörigkeitsgefühl, was wir in unserer immer globaler werdenden Welt dringend brauchen.

Jeder von uns hat mehrfach in seinem Leben Berührungen mit **Kulturdenkmälern**. Denken Sie zum Beispiel an die Verlängerung des Passes im historischen Rathaus, Trauung und Hochzeit in einem denkmalgeschützten Standesamt oder einer altherwürdigen Kirche, Briefmarkenkauf in einem Postamt aus dem 18. Jahrhundert - jedenfalls tue ich das in Schleswig -, Teilnahme an einem Musikfest des Schleswig-Holstein Musik Festival in einer alten Guttscheune! Oder man hat das Glück - wie ich - in einem Elternhaus in der Lübecker Altstadt aufgewachsen zu sein, dessen Grundmauern über 700 Jahre alt sind.

(Zuruf von der SPD: Fahren Sie mal nach Pinneberg!)

- Nach Pinneberg komme ich gern.

Vergessen darf man nicht die gezielten Begegnungen mit Kulturdenkmälern zum

Beispiel auf Reisen, also den touristischen Aspekt.

Von allergrößter Wichtigkeit ist auch die Wirkung von Denkmalschutz auf Standortentscheidungen von ansiedlungswilligen Firmen, nämlich Denkmalschutz als integraler Bestandteil von Kultur. In vielen wissenschaftlichen Untersuchungen wurde die Wichtigkeit von aktiver Kulturpolitik, zu der der Denkmalschutz ohne Zweifel gehört, bei Unternehmensentscheidungen bestätigt. Kulturdenkmale repräsentieren also ein Stück Lebensqualität für jeden einzelnen von uns, sowohl für uns, die wir uns dessen oftmals gar nicht so bewußt sind, als auch für die, die sich unser Land erst einmal genau angucken, bevor sie sich entscheiden, sich hier anzusiedeln.

Wir als CDU-Fraktion haben mittlerweile allerdings die allergrößten Befürchtungen, daß die Landesregierung ein anderes Bild vom Stellenwert des Denkmalschutzes hat als wir.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn Dr. von Hiemcrone dies vehement bestreitet, kann es ja durchaus sein, daß er sich in dieser Sache einsam auf verlorenem Posten befindet. Der Verweis im Bündnisvertrag auf Forderungen gegen die Bundesregierung zum Beispiel bezüglich Steuererleichterungen ist kein Ersatz für eigenes Regierungshandeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Richtig!)

Der Vorschlag, Gelder aus Töpfen zu nehmen, die für andere Zwecke gedacht sind, ist erst recht nicht der richtige Ansatz für Aktivitäten der Landesregierung auf diesem Gebiet.

Es bleiben drei magere Bemerkungen im Bündnisvertrag:

1. Das Sonderprogramm des Landes, aufgelegt von der damaligen CDU-Regierung, ist ausgelaufen. - Das ist außerordentlich bedauerlich, aber nichts Neues.

2. Für den Denkmalschutz stehen nur begrenzte Mittel zur Verfügung.

3. Die Sanierung des Schlosses Eutin soll zügig fortgesetzt werden.

Diese drei Punkte stehen da drin. Was sich die Landesregierung unter diesen drei Punkten konkret vorstellt, wie sie mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofs umzugehen gedenkt, der ja gerade bezüglich der Verwendung von Mitteln aus dem Regionalprogramm absolut kritische Worte ausspricht, wie sich die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes im ersten Halbjahr ausgewirkt hat, wo die Landesdenkmalschutzbehörde hin soll, wenn in das Kieler Schloß tatsächlich ein Spielcasino einzieht - das gleiche gilt übrigens auch für die Landesbibliothek -, und wie vor allem der **Denkmalschutz** zukünftig in Schleswig-Holstein aussieht, dies alles wollen und müssen wir wissen, und zwar vor den Haushaltsberatungen.

Die Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion zur kulturellen Entwicklung in Schleswig-Holstein - darin ist dies Punkt 3, Denkmalpflege - nützt uns überhaupt nichts, da sie auf die genannten Punkte in keiner Weise eingeht, nicht nach der Zukunft des Denkmalschutzes in unserem Land fragt und außerdem erst Anfang nächsten Jahres beantwortet werden soll. Da wir davon ausgehen, daß die regierungstragenden Fraktionen diesen Bericht für ihre Entscheidungsfindung genauso brauchen wie wir, gehen wir von Ihrer Zustimmung, meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, zu unserem Berichtsantrag aus.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der CDU in seinem ersten Teil nicht zustimmen; der zweite Teil kann mündlich beantwortet werden. Wir haben gute Gründe dafür.

Die SPD hat in ihrer Großen Anfrage zur Kulturpolitik - und zwar bereits vor der CDU - Auskunft über die Situation der Denkmalpflege in unserem Land erbeten, und es ist in der Tat nicht einzusehen, warum die Regierung immer wieder mit Anfragen in doppelter Ausführung überzogen werden soll;

(Beifall bei der SPD)

das ist ja vielleicht auch eine Art Arbeitsbeschaffungsprogramm.

In unsere Anfrage haben wir den Punkt „Denkmalpflege“ bewußt aufgenommen, weil wir durchaus wissen, daß es hier Probleme gibt, um die wir uns nicht drücken.

Der zweite Grund hängt mit dem ersten eng zusammen. Gerade weil wir vor einem Problem stehen, müssen wir intensiv und in Ruhe nachdenken und müssen auch tiefer schürfen, als es der Antrag der CDU möglich macht, und zwar schon deswegen, weil für eine gründliche Antwort Ihre Zeitvorgabe gar nicht ausreichend sein kann. Sie wirft vielmehr den Verdacht auf, daß es bei Ihrer Anfrage nicht so sehr um die Sache, sondern um das politische Tagesgeschäft geht. Dazu ist mir nun die Denkmalpflege in der Tat zu schade.

Was wirklich nötig ist, ist, darüber nachzudenken: Welchen Stellenwert soll in unserer Gesellschaft und in unserer Zeit die Denkmalpflege einnehmen? Oder grundsätzlicher: Was ist **Denkmalpflege** heute überhaupt? Was soll sie bewirken, und was braucht sie in diesem Zusammenhang zur Erfüllung ihrer Aufgabe? Soll also Denkmalpflege Solitärbauten archivmäßig erhalten, gleichsam als besondere dreidimensionale, sperrige, große - meist auch sehr schöne - Urkunden unserer Geschichte, unter Umständen durchaus im Gegensatz zu den Bauten unserer Zeit und herausgenommen aus dem täglichen Umfeld? Oder aber muß Denkmalpflege als Teil eines größeren Konzepts gesehen werden, das sich bewußt ganzheitlich versteht und unsere Stadt-, Orts- und Landschaftsbilder umfaßt?

Wenn wir davon ausgehen, daß wir unsere Städte, Dörfer und Landschaften erhalten und gestalten wollen - und zwar so, daß sie uns und unseren Kindern weiterhin gewohnte, geliebte Umhausungen und Behausungen sein sollen -, dann müssen wir über Denkmalpflege, Stadtbilderhaltung und Ortsbildgestaltung neu nachdenken; dann brauchen wir **integrierte Konzepte**, und zwar im Sinne der Verknüpfung dieser Punkte, zu denen übrigens auch die Verkehrsplanung gehört.

(Beifall bei der SPD)

In diese Konzepte sind die Kommunen einzubeziehen, an ihnen können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Dazu brauchen wir in einem stärkeren Maße als bisher beispielsweise Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen, brauchen wir die Stärke der Baupflegevereine, die es dankenswerterweise gibt.

(Caroline Schwarz [CDU]: Das hätte doch alles in dem Bericht drinstehen können, Herr Dr. von Hielmcrone!)

- Zwischenrufe ersetzen auch keine Argumente. - Wissen Sie, auch Sie sollten einmal lernen zuzuhören! Vielleicht ist ja doch noch etwas Interessantes in dem, was ich sage - überraschenderweise! Sie reden ja nur immer miteinander. Insofern wäre Zuhören vielleicht ein Vorteil, auch für Sie!

(Beifall bei der SPD)

Auch Dorferneuerungsprogramme sind unter diesen Aspekten zu sehen und zu koordinieren. Das bedeutet aber: Wir alle müßten uns dazu bekennen, wenn wir es denn wirklich wollen,

(Caroline Schwarz [CDU]: Wir ja!)

- auch in den Rathäusern -, daß Erhaltung und bewußte Gestaltung unserer gebauten Umwelt eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht allein den Investoren überlassen werden darf, die sich nicht am Markt orientieren kann. In diesem Zusammenhang müssen wir aber auch Konfliktpotentiale in Kauf nehmen. Es nützt ja nichts, wenn Sie hier das wunderschöne alte Rathaus in Schleswig anpreisen; die Probleme liegen anderswo. Da gilt es dann aber, Farbe zu bekennen, und zwar in einem viel stärkeren Maße als durch einen vergleichsweise wohlfeilen Antrag in diesem Hause.

Wir leben in einer Krisensituation - das ist wahr -, nicht nur in der Denkmalpflege - auch da! -, und zwar deshalb, weil hier die alten Mechanismen der letzten Jahre nicht mehr greifen. Bis vor kurzem konnten wir die Erhaltung alter Bauten einfach erkaufen. Denkmalpflege agierte auf dem Markt. Viele schöne Dinge konnten auf diese Weise gepflegt und erhalten werden. Das ist wahr. Das hat aber leider nicht zu einem **selbsttragenden Bewußtsein** geführt; es hat nicht dazu geführt, daß ein Hauseigentümer heute von sich aus sagt: Ich habe ein schönes Haus, ich möchte es erhalten, und dafür nehme ich Opfer in Kauf. Vielmehr sagt er

häufig genug: Was zahlt ihr mir für die Erhaltung? Was ist euch die Erhaltung meines Hauses wert? Das ist eine im Kern ungesunde Entwicklung, weil dadurch ein falscher Eindruck entsteht, nämlich der, daß Denkmalpflege ein Luxus ist

(Wortmeldung der Abgeordneten
Caroline Schwarz [CDU])

- nein, ich gestatte keine Zwischenfragen, weil ich nicht soviel Zeit habe -, ein Luxus, den man sich in guten Zeiten leisten kann. Die Zeiten des Luxus sind aber vorbei. Deswegen ist bei vielen Menschen das Verständnis für die Erhaltung ihrer alten Gebäude verschwunden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Sie sagten es, Herr Abgeordneter, die Zeit geht vorbei, und die Redezeit ist abgelaufen.

(Heiterkeit)

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Hier gilt es anzusetzen; hier gilt es, ein neues Bewußtsein zu schaffen, ein Bewußtsein zur Gestaltung unserer Umwelt. In diesen Prozeß des notwendigen Nachdenkens muß die staatliche Denkmalpflege eingeschaltet werden. Hier brauchen wir den Dialog, den aus fachlicher und den aus unserer Sicht. Dieser Dialog ist mit den Denkmalpflegern und mit all jenen Menschen zu führen, die sich um die **Erhaltung unserer gebauten Umwelt** kümmern.

Wir fordern diesen Dialog. Dieser Dialog zur Neubestimmung der Standorte ist unumgänglich, und er wird zu führen sein. Ich bin in der Tat der Überzeugung: Denkmalpflege braucht ein neues Haus, vielleicht auch im wörtlichen Sinne, vor allem aber im übertragenen Sinne; sie braucht ein Haus in unserem Bewußtsein, und das ist

nicht nur eine Frage des Geldes. An diesem Bewußtsein müssen wir arbeiten, hier müssen wir ansetzen, hier müssen wir Dialoge führen, um zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen. Da ist es nicht mit irgendeinem wohlfeilen Antrag getan.

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Schwarz, Sie sagten es: Jetzt gehen wir wieder zum normalen Geschäft über. Aus meiner Sicht ist das normale Geschäft nun wieder die unerträgliche Heuchelei, die uns hier dauernd zugemutet wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer hat denn in den sechziger und siebziger Jahren in unseren Dörfern und Städten alles plattgemacht, was auch nur irgendwie dem lukrativen Ausbau von Versicherungs- und Bankgebäuden im Wege stand?

(Anhaltender Widerspruch und Zurufe von CDU und F.D.P. - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Die Neue Heimat zum Beispiel!)

Ich kann mich sehr gut daran erinnern, wie ich gegen den Abriß von alten Häusern demonstriert habe, die in Nacht- und Nebelaktionen durch kommunale Mehrheiten beschlossen worden waren. Diese Mehrheiten - das muß ich hier auch sagen - bestanden manchmal leider auch aus großen Koalitionen; allerdings geschah dies immer unter Mitwirkung der CDU. Ich finde es unerträglich, was für eine Heuchelei hier an der Tagesordnung ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die CDU, die ständig die Verschlinkung des Staates fordert und die Ausuferung der Personalstärke in den Ministerien dieser Regierung beklagt, gleichzeitig aber eine Große Anfrage mit einer Vielzahl von Kleinen Anfragen konterkariert.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich finde das unerträglich. In einem gewissen Maße habe ich Verständnis dafür; denn das ist natürlich das Geschäft der Opposition. Aber sich hier heuchlerisch hinzustellen und die Denkmalpflege für eine Profilierung der CDU zu benutzen, finde ich so verlogen, daß es mich nur noch ärgerlich macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Angelika Volquartz [CDU]: Das zeigt, daß Sie null Ahnung haben!)

Denkmalschutz - das ist keine Frage - ist eine wichtige Aufgabe. Es geht hier um die aktive Bewahrung dessen, was in dieser Gesellschaft als **historisches Gedächtnis** bezeichnet werden muß. Mit dem, was ich in meinen Eingangsworten gesagt habe, habe ich auch schon deutlich gemacht, wie lebenswichtig aus unserer Sicht genau diese Verquickung und Verzahnung ist. Indem wir den Kontakt zu unseren Wurzeln in der Natur verloren haben, haben wir gleichzeitig auch den Kontakt zu unserer Geschichte verloren, oder vielleicht auch umgekehrt: Der **Verlust des Kontaktes zu unserer Geschichte** ist möglicherweise mit dem Verlust des Kontaktes zu den Wurzeln unserer Natur einhergegangen. Ich finde, das ist ein wichtiger Gedanke. Dies habe ich bedauerlicherweise in dieser Sensibilität zum Beispiel bei der Debatte um die Enquetekommission zur Gentechnik in keiner

Weise von Ihnen gehört. Jetzt soll es plötzlich um das Vergangene gehen. Genau damit aber wird man den Denkmalschutz nicht befördern. Wenn es nur darum geht, irgendwo Klinker oder Holztüren oder dieses oder jenes zu erhalten, dann wird es überhaupt nicht zu einer Pflege von Kultur und von Geschichte kommen können, wie wir sie brauchen, damit wir den Kontakt zu unseren Wurzeln behalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [SPD])

Im übrigen gibt es in Schleswig-Holstein eine lobenswerte Einrichtung, die sich „Tag des offenen Denkmals“ nennt. Ich glaube, darin ist auch ein Ansatz zu den Ausführungen meines Vorredners zu sehen, der etwas dazu gesagt hat, wie denn die Pflege des Denkmals in unserer Gesellschaft wirklich vorangetrieben werden kann.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß wir ein **verändertes gesellschaftliches Bewußtsein** brauchen. Wenn ich durch dänische Städte fahre, dann merke ich den deutlichen Unterschied: In Dänemark wird offenbar gern gewohnt und gern gelebt. In Deutschland wird Wohnen und Leben dermaßen auf das Allernotwendigste reduziert, daß man genau dies auch in den Städten wiederfindet.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Die Baukultur ist so was von untergebuttert worden und, wenn es die Mehrheiten denn ermöglichen, dem größeren Gewinn zum Opfer gefallen, daß ich das sehr problematisch finde. Angesichts dessen müssen wir uns andere Gedanken machen als das, was Sie hier populistisch vorführen.

Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß Denkmäler der allgemeinen

Erlebnisorientierung unterworfen werden. Auch das kann es nicht sein. So sehr wir der Meinung sind, daß Denkmäler natürlich begehbar sein müssen, daß sie Anschauungsmaterial für die heute lebenden Generationen sind und daß sie ein Erbgut sind, das wir vielleicht künftigen Generationen überliefern können, so sehr muß man sich aber auch klarmachen, daß man dem Denkmalschutz mit einer bloßen Vermarktung keinen guten Dienst erweist. Denkmalschutz - das soll mein Schlußsatz sein - sollte als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden werden, die gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel auch mit Privatmitteln unterstützt werden muß.

Wir bitten Sie, an dieser Stelle nicht in populistische Verfahren einzumünden, sondern mit uns dieses Anliegen zu unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug. Vielleicht können wir uns auf die Frage konzentrieren, ob es eine Berichterstattung geben soll oder nicht.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will wirklich versuchen, es kurzzumachen. Gestatten Sie mir aber vorab noch eine Anmerkung an die Adresse der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, Frau Fröhlich, daß zum Beispiel in der Landeshauptstadt Kiel, die sicherlich nicht zu den gelungensten Beispielen für eine gute kommunale Baupolitik gehört, seit Jahrzehnten sozialdemokratische Baudezernenten für diese Politik verantwortlich sind

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Zuruf der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

und daß im dortigen Kommunalparlament
jahrzehntelang sozialdemokratische
Mehrheiten beziehungsweise neuerdings rot-
grüne Mehrheiten für diese Politik
Verantwortung tragen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gucken Sie sich einmal um, wie das in
anderen Städten aussieht, und dann fragen
Sie sich einmal, ob nicht möglicherweise die
Aktivitäten der legendären Neuen Heimat zu
den grandiosesten baupolitischen Mißgriffen
der letzten Jahrzehnte beigetragen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dann sollten Sie wirklich mit solchen
dummen Sprüchen, wie Sie sie hier
vorgetragen haben, aufhören.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und
CDU - Zuruf der Abgeordneten
Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Frau Fröhlich, von jeder Sachkenntnis
ungetrübt, der Gipfel aller Einfalt!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte jetzt nichts mehr zu der
grundsätzlichen Bedeutung des
Denkmalschutzes sagen. Das haben die
Kollegin Caroline Schwarz und Herr von
Hielmcrone ausgeführt. Was den
Berichtsantrag der CDU-Fraktion betrifft, so
schlage ich vor, diesen, auch wenn Sie ihn
gerne wegpusten wollen, doch noch einmal
in den Ausschuß zu überweisen und sich zu
überlegen, ob man nicht eine gemeinsame
Lösung findet, um Ihre Große Anfrage als
Ausgangspunkt zu nehmen. Es gibt in der
Tat erhebliche Überschneidungen. Ich halte
es für falsch, hier Dubletten zu beschließen.

Sie fragen nach den
Denkmalschutzaktivitäten seit 1991. Da
frage ich mich allerdings auch, warum Sie
ausgerechnet 1991 - Ihre Regierungstätigkeit
hat 1988 begonnen - als Ausgangspunkt
nehmen.

Vielleicht kann man sich auch dahingehend
einigen, daß die Landesregierung bei der
Beantwortung Ihrer Großen Anfrage - dies
ist für Januar angekündigt - ergänzend
bestimmte zusätzliche Themenbereiche, die
aus dem Berichtsantrag der CDU
hervorgehen, mit beantwortet.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist
doch heiße Luft, Herr Kollege!)

Darauf könnte man sich doch vielleicht
einigen;

(Beifall bei der F.D.P.)

denn die Frage nach der Zukunft des
Landesamtes muß - das wollen Sie ja auch -
geklärt werden. Es ist sicherlich auch
sinnvoll, einmal abzuchecken, wie denn nun
die Erfahrungen mit dem neuen
Denkmalschutzgesetz aussehen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD]: Halbes Jahr!)

- Ein halbes Jahr - gut, der Zeitraum ist
natürlich recht knapp. Deshalb schlage ich
vor, daß, soweit es möglich ist, bestimmte
ergänzende Themen in der Januarsitzung als
Anhang zu der Beantwortung der Großen
Anfrage mit untergebracht werden. Das wäre
doch eine Möglichkeit, wie man sich hier
vernünftig einigen könnte, ohne daß man die
Vorlage eines kompletten neuen Berichts,
der zudem noch kurzfristig vorgelegt werden
sollte, beschließen muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe einmal davon aus, daß in diesem Hohen Hause noch allgemein bekannt ist, daß mein Vorgänger Karl Otto Meyer wohl einer der größten Gegner des im Februar beschlossenen Gesetzes zu Änderung des Denkmalschutzgesetzes war. Er konnte diesem Gesetz unter keinen Umständen seine Zustimmung erteilen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:
Die CDU war auch dagegen!)

Ich stimme mit Karl Ottos Einstellung überein, die, kurz und knapp gesagt, darauf hinausläuft, daß wir für den Denkmalschutz sind, aber nicht für einen **Denkmalschutz gegen die Bürger**. Darum will ich gleich hinzufügen: Ich will mich überhaupt nicht an der Diskussion beteiligen, die vorhin stattgefunden hat. Der Denkmalschutz kann nur gemeinsam mit den Bürgern umgesetzt werden. Sie müssen zum Denkmalschutz stehen können. Das kann man von ihnen nicht erwarten, wenn Denkmalschutz nur zu ihren Lasten und auf ihre Kosten betrieben wird.

Ein Gesetz zu verabschieden, mit dem die Aufgaben des Denkmalschutzes erweitert werden, das aber für dieses Mehr an Aufgaben keine größeren finanziellen Mittel zur Verfügung stellt, ist nicht mit gutem Gewissen zu vertreten - dies sagten wir damals, und dazu stehe ich auch heute noch - ; da muß man sich nicht wundern, wenn die Bürger aufmüpfig werden.

Eine Seite der Sache sind also die Rücksichten, die wir von denjenigen erwarten, die beispielsweise ein denkmalgeschütztes Haus kaufen. Sie sind in ihren Möglichkeiten von vornherein stark eingeschränkt. Das liegt in der Natur der

Sache. Bauliche Veränderungen können sie beispielsweise nicht ohne weiteres vornehmen. Hier sind Auflagen zu berücksichtigen.

Die Kehrseite der Medaille sind die finanziellen Hilfen, die ein Land, das Denkmalschutz will, zwangsläufig bereitstellen muß. Denkmalschutz zum Nulltarif gibt es nicht. Selbst der Landesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen auf den vorhandenen Widerspruch zwischen gesetzlichen Vorgaben und den zu geringen Zuwendungsmitteln aufmerksam gemacht.

Auch die CDU hat sich damals gegen die Verabschiedung des Denkmalschutzgesetzes ausgesprochen. Von daher ist es also konsequent, daß sie jetzt Aufklärung darüber verlangt, wie sich die Änderungen ausgewirkt haben. Natürlich glaube ich auch, daß man ein bißchen warten sollte, weil man nach der Novellierung noch nicht so sehr viel Zeit gehabt hat. Aber wir können dem Berichtsantrag zustimmen. Ich wäre aber auch gern dazu bereit, den von Herrn Klug unterbreiteten Kompromiß einzugehen. Wir hoffen natürlich, daß wir Informationen erhalten werden, die uns zu einem Denkmalschutz führen können, der von den Bürgern akzeptiert werden kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Kurt Schumacher, sicherlich der eindrucksvollste Oppositionspolitiker überhaupt, nannte das Wesen der Opposition einmal wie folgt. Er nannte es „den permanenten Versuch, an konkreten Tatbeständen mit konkreten Vorschlägen der

Regierung und ihren Parteien den positiven Gestaltungswillen der Opposition aufzuzwingen“.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Das müssen Sie einmal Herrn
Scharping mitteilen!)

Das wäre doch einmal etwas, wenn die Opposition der Regierung ihren Gestaltungswillen nahebrächte. Darauf müssen wir aber offensichtlich noch lange warten, denn das, was Sie bislang machen, ist, Berichte anzufordern, Anfragen zu stellen,

(Holger Astrup [SPD]: Aber
nicht zu lesen!)

und das nicht nur einmal, sondern mehrfach.

(Widerspruch der Abgeordneten
Caroline Schwarz [CDU])

Dazu will ich Ihnen folgendes sagen. Mit dem Datum vom 21. Juni wurde die Große Anfrage der SPD unter anderem auch zum Thema Denkmalschutz gestellt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Sechs Fragen! Wir können aber
noch zwei dazupacken!)

- Herr Kollege, Sie können davon ausgehen, daß wir die Fragen umfassend beantworten werden. Ich glaube, daß auch das, was in diesem Berichtsantrag erfragt wird, in die Antwort auf die Große Anfrage Eingang finden wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr.
Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Frau Schwarz hat ja zwei Versuche gemacht; sie hat nicht nur die Große Anfrage nicht gelesen oder nicht gründlich gelesen, sondern auch nicht die Große Anfrage der CDU zur Heimat- und Regionalkultur, die danach kam. Darin wurde dann auch noch einmal erfragt,

welche Vereine und Verbände im Denkmalschutz tätig sind.

(Holger Astrup [SPD]: Das
gleiche immer noch einmal! Das
langweilt!)

Dann kam das gleiche noch einmal, und es wurde gefragt, in welcher Höhe die Förderung gewährt wurde, wie die Zukunft aussieht. Das heißt, wir haben inzwischen eine Große Anfrage der SPD zu diesem Thema über die Vergangenheit und über die zukünftigen Konzepte und wir haben eine Große Anfrage der CDU zu diesem Thema, unterschrieben von Frau Caroline Schwarz, und nun haben wir drittens noch einen Berichtsantrag zu demselben Thema.

(Caroline Schwarz [CDU]:
Erteilen Sie jetzt Zensuren?)

Die Vorlagen unterscheiden sich nur darin, daß die Frist für den Bericht kürzer ist, als es die Fristen für die Großen Anfragen sind.

(Caroline Schwarz [CDU]: Die
Opposition soll wohl zu Hause
bleiben? Sie brauchen wohl keine
Opposition mehr?)

Den Sinn vermag ich also nicht einzusehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt folgendes sehr deutlich machen. Ich finde es erfreulich, daß seit den siebziger Jahren - darin hat Frau Fröhlich ja recht; vorher war das nicht der Fall - bedeutende Fortschritte im Bewußtsein für den Denkmalschutz zu verzeichnen sind. Dazu hat ganz wesentlich das Städtebauförderungsgesetz beigetragen. Ich will auch hinzufügen, daß wir seit dem 10. Mai ein hervorragendes Denkmalschutzgesetz haben. Heute schon Erfahrungen nach dem neuen Denkmalschutz abzufragen, wo wir gerade dabei sind, zum Beispiel für die Hansestadt Lübeck die

entsprechende Verordnung vorzubereiten, ist nicht gerade solide Oppositionsarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte dann gern darauf hinweisen, daß Denkmalschutz nicht die alleinige Aufgabe des Landes ist, obwohl er für das Land und für mich persönlich sehr bedeutsam ist. Denkmalschutz ist für die kulturelle Identität des Landes und jedes einzelnen von uns bedeutsam.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Aber wenn Sie sich vor Ort einmal umhören, hören, welchen Kahlschlag, welche verheerenden Folgen der Rückzug des Bundes aus der Städtebauförderung in den alten Bundesländern für den Denkmalschutz bedeutet,

(Beifall bei der SPD)

wäre es im Interesse einer Argumentation in Sachen Denkmalschutz und Denkmalpflege gut und vernünftig, wenn Sie auch das mit einbeziehen würden.

(Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Es geht also erstens darum: Denkmalschutz wird in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen nur dann eine Chance haben, wenn er eine **gesamtgesellschaftliche Aufgabe** ist. Das Gebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums wird ja nicht von jedem einzelnen befolgt. Herr von Hielmcrone hat darauf schon hingewiesen. Natürlich haben wir hervorragende Beispiele von Bürgerengagement und auch von Mäzenatentum. Aber wir finden genauso vor, daß sehr viele Eigentümer von denkmalgeschützten Liegenschaften fragen:

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es gibt auch staatliche Liegenschaften!)

Wenn ich das alles bestehen lasse und erhalte: Was bekomme ich dann dafür?

Zweitens! Wir brauchen ein Engagement des Landes, und zwar dergestalt, daß wir Denkmalschutz und Denkmalpflege - so wie es Herr von Hielmcrone angedeutet hat - nicht mehr als Unikatveranstaltung, als den Schutz einzelner solitärer Gebäude betrachten, sondern in ein **ganzheitliches Konzept** einbeziehen. Das bedeutet für mich, daß ich ganz konkret mit dem Landwirtschaftsminister die Vereinbarung getroffen habe, zu diesem Thema, um einen sehr genauen Konnex zwischen Denkmalschutz und Denkmalpflege und den Perspektiven für die ländliche Entwicklung, für Stadtentwicklung und für Tourismus hinzubekommen, eine **interministerielle Arbeitsgruppe** einzusetzen,

(Beifall bei der SPD)

um die gegenseitigen Effekte zu verbessern und um abgestimmte Konzepte, integrierte Konzepte für den Denkmalschutz zu entwickeln.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, kommen Sie bitte zum Schluß.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ja, ich werde gern zum Schluß kommen.

Es geht also darum, Bürgersinn zu aktivieren, um Denkmale zu erhalten, um Denkmalpflege in Gesamtkonzepte von Stadtentwicklung, Dorferneuerung und Tourismus zu integrieren.

Drittens geht es darum, daß wir uns gemeinsam die Zeit nehmen, das vorzubereiten. Das wird im Rahmen der Beantwortung der Großen Anfrage ausführlich geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt die Frau Abgeordnete Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, die jetzt leider nicht mehr im Saal ist, hat unter Beweis gestellt, daß sie tatsächlich überhaupt keine Kenntnis von der Parlamentsarbeit in den letzten Jahrzehnten hat. Das, was sie hier heute zum besten gegeben hat,

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

hat deutlich gemacht, daß sie noch viel lernen muß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Davon zu sprechen, daß in den siebziger und in den achtziger Jahren die Dörfer „plattgemacht“ worden seien und daß die CDU hier heute heuchlerisch diesen Antrag stelle, bedarf doch einer kleinen Korrektur;

(Holger Astrup [SPD]: Aber nur einer kleinen Korrektur!)

es bedarf nämlich der kleinen Korrektur - richtig! -, daß die CDU-Regierung 28 Millionen DM für ein Denkmalschutzprogramm für fünf Jahre aufgelegt hat, das in sieben Jahren abgearbeitet worden ist. - 28 Millionen DM!

Ich glaube, davon hat Frau Fröhlich absolut keine Kenntnis.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

- Richtig, Frau Böhrk wäre sehr zufrieden, wenn sie das heute noch für ihren Kulturetat dazu bekäme.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das stimmt!)

- Gut, einverstanden.

Es ist schon verwunderlich, daß sich Frau Fröhlich hier hinstellt und sagt, daß sie praktisch den Kontakt zu den Wurzeln der Schleswig-Holsteinerinnen und der Schleswig-Holsteiner verbürgt und symbolisiert.

Ich glaube, das wird draußen im Land sehr viel anders wahrgenommen; denn ich kann nicht feststellen, daß die Grünen bereit sind zu bewahren und innerhalb des Bewahrens zu Neuem zu kommen. Die Grünen wollen Neues

(Zurufe von der SPD)

- bis auf die Gentechnik -, und sie wollen das, was vorhanden ist, in der Tat plattmachen.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dem Antrag der CDU, den unsere Kollegin Caroline Schwarz hier sehr sorgfältig vorgestellt hat, sage ich noch einmal folgendes. Er geht erstens über das hinaus, was die SPD beantragt hat - das ist der Punkt, den der Kollege Klug schon angesprochen hat -, indem er nämlich auf das Jahr 1988 zurückgeht. Es ist schon wichtig, 1988 zu beginnen und nicht 1991.

Zweitens sind in dem Antrag der SPD nicht die Auswirkungen der Novellierung des

Denkmalschutzgesetzes enthalten. Wenn Herr von Hielmcrone ehrlich ist, dann wird er auch sehr deutlich machen, daß er mit Caroline Schwarz und dem Landeskonservator, Herrn Dr. Habich, gemeinsam eine Reise gemacht hat und feststellen konnte, daß vor Ort schon große Unruhe ob des neuen Denkmalschutzgesetzes herrscht. Es ist wichtig, daß hierüber Auskunft erteilt wird. Ich bitte Sie, hier nicht der Arroganz der Macht zu verfallen und den Berichtsantrag abzulehnen, sondern ihm nach gutem parlamentarischen Brauch zuzustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 14/210. Von Herrn Dr. von Hielmcrone ist für die SPD-Fraktion beantragt worden, abschnittsweise abzustimmen.

(Widerspruch bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Das ziehen wir zurück! Jetzt nicht mehr nach dem Redebeitrag! - Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]: Der Antrag kann insgesamt abgestimmt werden!)

- Wer der Drucksache 14/210 insgesamt seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist unglaublich!)

- Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und SSW bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Wir werden die Sitzung um 15.00 Uhr fortsetzen.

(Unterbrechung: 13.22 bis 15.01 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, die Nachmittagssitzung ist eröffnet. - Können bitte die Gespräche draußen fortgesetzt werden? Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 27 und 40 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung

Landtagsbeschluß vom 10. September 1992

Drucksache 13/306

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/132

b) Bericht des Landtagspräsidenten über die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum

Wir werden mit dem letzten Punkt beginnen. Ich erteile dazu dem Herrn Landtagspräsidenten Arens das Wort und möchte mein Bedauern darüber ausdrücken, daß wir leider noch nicht vollzählig sind. Ich hoffe aber, wir werden es in Kürze sein.

Sie haben das Wort, Herr Landtagspräsident.

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident :

Frau Präsidentin! Sehr geehrte interessierte Damen und Herren! Ich denke, die **Ostseekooperation** ist wie die europäische Zusammenarbeit keine Angelegenheit allein der Regierung - bei allem Respekt vor ihrer Leistung -, sondern sollte auch in den Händen des Parlamentes bleiben. Als unmittelbar gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter sind wir, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, das

Bindeglied zwischen der Exekutive und den Bürgerinnen und Bürgern, die Kontrolleure, die Auftraggeber der Regierung, die Mittlerinnen und Mittler zwischen internationaler Politik und den Bedürfnissen vor Ort. Die besondere Bedeutung und Rolle ist uns nicht nur angesichts vorhandener Skepsis gegenüber der Europäischen Union deutlich vor Augen geführt worden, sondern sie wird insbesondere auch angesichts der immensen Herausforderungen einer **Osterweiterung der EU**, die ich allerdings auch in unserem eigenen Interesse für unverzichtbar halte, zu einem konkreten Handlungsauftrag für uns alle.

Eine besondere Verpflichtung erwächst uns aus den schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit. Die durchlebten und durchlittenen Katastrophen und die jahrzehntelange Spaltung dieser Region sind eine, vielleicht die Gemeinsamkeit der Ostseeanrainer überhaupt. Sie sind uns Mahnung, den anstehenden Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

Rund um die Ostsee gibt es aber auch eine Jahrhunderte zurückreichende Gemeinsamkeit, die hauptsächlich auf wirtschaftlichem Austausch fußte. Sicherlich ist hierüber viel Verbundenheit entstanden. Aber ich bringe auch denjenigen viel Verständnis entgegen, die die alte **Hanse** eher kritisch sehen. Denn oft, zumeist, führen die berühmten Hansekoggen nur dürrtig beladen in den Osten, kamen aber voll beladen zurück. Den Ostseeraum als gemeinsame Zukunftsregion zu verstehen, heißt, dieses Ungleichgewicht der Handelsströme nicht zu wiederholen, heißt, das Wohlstandsgefälle innerhalb dieser Region nachhaltig abzubauen. Die Nutzung der gemeinsamen Entwicklungschancen im Ostseeraum heißt für uns, in besonderem Maße Verantwortung für die gesamte Region wahrzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben auf der **Konferenz in Riga**

unterstrichen, daß sie den Ostseeraum als gemeinsame Zukunftsregion verstehen. Die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit in der Ostseeregion stand wiederum im Zeichen der Öffnung des Ostens, des Beitritts Schwedens und Finnlands zur EU sowie der beantragten Osterweiterung der EU und der durch die EU neu gewonnenen Möglichkeit zum Informations- und Meinungsaustausch. Die Begegnung von Abgeordneten aus allen Parlamenten rund um die Ostsee hat einen Wert an sich und wird ihn sicherlich auch in Zukunft haben. Wie Sie aus der Resolution - und zwar insbesondere im Vergleich mit den Entschlüssen vergangener Jahre - ersehen können, besteht inzwischen ein großes Ausmaß an Übereinstimmung und eine sehr realistische Einschätzung der gemeinsamen Probleme. Die einstimmig verabschiedete **Resolution** dieser Konferenz bringt den grundsätzlichen Konsens in allen wesentlichen Politikfeldern zum Ausdruck. Sie können dem Wortlaut allerdings auch entnehmen, daß die Übereinstimmung zumeist in allgemeiner - manchmal sehr allgemeiner - Form gefunden wurde. Dies liegt zum einen in der Natur von internationalen Konferenzen, in denen das Konsensprinzip gilt, es liegt auch in stark divergierenden nationalen Interessen, die wir vor Ort insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik lebhaft erfahren haben.

In den Berichten und Diskussionsbeiträgen ist aber auch deutlich gemacht worden, daß wir bei allen Fortschritten, die in den vergangenen Jahren erreicht werden konnten, von dem gemeinsamen Ziel einer Region noch ziemlich weit entfernt sind. Dringende Aufgaben wie zum Beispiel die auch in der Resolution geforderten Maßnahmen zur Verringerung von Risiken bei der **Lagerung von atomarem Müll** können aufgrund fehlender Finanzmittel gerade dort nicht wahrgenommen werden, wo das Risiko am größten ist.

An einer Vielzahl von Beispielen wurde auf der Konferenz deutlich: Das gemeinsame

existentielle Interesse in der Ostseeregion bedarf engerer **internationaler Zusammenarbeit**. Das heißt erstens ein wirksames EU-Programm auch für die Ostseeanrainerstaaten, die noch nicht Mitglied der EU sind, zweitens mehr Hilfe vom Westen, damit der Osten seine Probleme lösen kann, und drittens heißt dies auch, daß wir im reichen Westen ein eigenes Interesse am Abbau des Wohlstandsgefälles haben müssen.

Schließlich habe ich mich auf der Konferenz auch für die Intensivierung der **Jugendbegegnung im Ostseeraum** ausgesprochen. Ich denke, damit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden und aus ihnen für die gemeinsame Zukunft gelernt wird, müssen wir die Verständigung insbesondere zwischen der jungen Generation in ganz besonderem Maße fördern.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich begrüße sehr, daß auch die Regierungen auf der letzten Sitzung des Ostseerates in Kalmar Anfang Juli ein eindeutiges Bekenntnis in dieser Richtung abgegeben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verlauf dieser Konferenz hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß durch ein Netzwerk von Kooperationen bereits ein beachtliches Maß an Gemeinsamkeiten geschaffen wurde, was sich einerseits sicherlich als Erfolg verbuchen läßt, andererseits aber auch dokumentiert, daß sich die parlamentarische Zusammenarbeit in einem **Übergangsstadium** befindet. Wir haben derzeit relativ stabile Verhältnisse in der internationalen Kooperation. Inzwischen haben sich aber auch die Realitäten geändert. Wir werden uns in Zukunft daran messen lassen müssen, inwiefern wir konkrete Antworten auf konkrete Fragen gemeinsamer Problemlösung geben können.

Dementsprechend wird sich auch die Arbeitsweise der Konferenz zu ändern haben.

Es ist darüber nachzudenken, sich frühzeitig auf zwei oder drei Schwerpunkte für die nächste Konferenz zu verständigen, so daß sich die Parlamente inhaltlich sorgfältig auf diese Konferenz vorbereiten können. In diesem Zusammenhang werde ich es als einen Erfolg, daß die Schlußresolution aufgrund einer schleswig-holsteinischen Initiative eine jährliche schriftliche und mündliche **Berichterstattung des Ostseerates** an die Parlamentarierkonferenz und an die einzelnen teilnehmenden Parlamente vorsieht. Im Sinne der parlamentarischen Arbeit müßte auch die Tagesordnung der 6. Konferenz inhaltlich und in ihrem äußeren Ablauf auf diese Schwerpunkte strukturell ausgerichtet werden, so daß auch im Plenum gezielter und konkreter diskutiert werden kann und Initiativen entwickelt beziehungsweise vorgeschlagen werden können, ohne damit gleich den Anschein zu erwecken, die Parlamentarierkonferenz könne die Vorstufe zu einem Ostseeparlament sein.

Dieser Änderungsbedarf ist bereits auf der Konferenz in Riga angesprochen worden, und ich habe in meinem Beitrag für unsere Gruppe auch darauf hingewiesen, daß in der Reference Group, dem ständigen Komitee der Konferenz, in dem Schleswig-Holstein alle an der Ostseekooperation beteiligten Parlamente vertritt, hierzu in der Nachbereitung Vorschläge erarbeitet werden müssen.

Grundsätzlich werden wir Wert darauf legen, daß für die Beschlüsse weiterhin das **Konsensprinzip** gilt. Ich gehe davon aus, daß eine Konferenz, die dem Mehrheitsprinzip verpflichtet wäre, aufgrund der schwierigen außenpolitischen Konstellation sehr schnell wieder auseinanderbröckeln würde. Gegenwärtig sehe ich diese Gefahr nicht, aber ich will betonen, daß es für Landesparlamente und für Parlamente autonomer Regionen schon

etwas Besonderes ist, in absoluter Gleichberechtigung mit den nationalen Parlamenten zu diskutieren und zu beschließen.

Einen Beschluß zur parlamentarischen Zusammenarbeit möchte ich abschließend hervorheben: Aus Anlaß der 1000-Jahrfeier von Danzig wird die 6. Konferenz im September 1997 in **Danzig** stattfinden. Ich gehe davon aus - wir sollten uns auch darum bewerben -, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag 1998 als erstes Parlament unterhalb der nationalstaatlichen Ebene Gastgeber sein kann.

Ich habe vor, die Delegation von Riga noch zu einer nachbereitenden Sitzung einzuladen. In ihr sind alle Fraktionen vertreten, so daß für alle politischen Kräfte im Landtag die Möglichkeit gestaltender Mitwirkung besteht. Selbstverständlich werde ich dem Europaausschuß, dem ich in der vergangenen Woche berichtet habe, dem Ältestenrat und auch den Fraktionen weiterhin Bericht erstatten.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist ein Stück fraktionsübergreifende Gemeinsamkeit, die wir pflegen und die wir im Interesse der von uns allen gewollten und unterstützten Zielsetzung mit den uns zu Gebote stehenden parlamentarischen Möglichkeiten auch voranbringen sollten. In diesem Zusammenhang habe ich Ihnen gern Bericht erstattet.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gariela Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Marinestützpunktkommandos Olpenitz und des 5. Minensuchgeschwaders SM-Boot „Überherrn“.

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort erteile ich nun dem Herrn Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten, Herrn Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Herr Landtagspräsident hat zu Recht auf die beeindruckende Bilanz hingewiesen, die die **Ostseekooperation** insgesamt zu verzeichnen hat. Ich darf noch einmal folgendes in Erinnerung zurückrufen: 1987 war das nur eine wiederbelebte Idee, drei Jahre später, 1990, ist daraus die politische Vision für die Region Ostsee nach der Wende geworden, in der sich beide, sowohl der alte Westen wie auch der alte Osten, wiederfinden konnten. Noch einmal drei Jahre später, 1993, waren die wesentlichen großen Ostseeorganisationen aufgebaut, mit denen wir es heute zu tun haben. Wiederum drei Jahre später, 1996, gab es in diesem Jahr in Visby den ersten **Ostseegipfel**.

Es mag ein Anzeichen für die gewachsene Bedeutung der Ostseeregion sein, daß beispielsweise beim Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten in Washington das Thema Ostseeregion ganz oben mit auf der Tagesordnung stand. Das ist unter dem Strich eine beeindruckende Entwicklung.

Ich halte die Feststellung des Landtagspräsidenten für wichtig, daß das, was Schleswig-Holstein dazu beitragen konnte, mit dem Rückenwind aller Fraktionen geschah. Das ist eine schleswig-holsteinische Gemeinschaftsleistung. Dabei sollte es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich will nicht den schriftlichen Ostseebericht wiederholen, sondern nur auf die drei Ereignisse hinweisen, die vor allen Dingen in diesem Jahr dazu geführt haben, daß die Ostseezusammenarbeit in eine neue Phase getreten ist. Das sind der Gipfel von Visby,

die Verabschiedung der Aktionsprogramme durch den Ostseerat der Außenminister in Kalmar und die Vorlage der sogenannten Baltic Sea Region Initiative durch die Europäische Kommission.

Der **Gipfel von Visby** war auch international das Signal, daß sich die Ostseeregion organisiert, daß sie beabsichtigt, auf der internationalen Bühne eine Rolle zu spielen und daß der **Ostseerat der Außenminister** - das ist für die Insider außerordentlich wichtig - auch nach Ansicht der Regierungschefs das autorisierte Leitungs- und Koordinierungsgremium ist. Darüber hinaus ist der schwedische Ministerpräsident beauftragt worden, Vorschläge für die weitere Zukunft zu machen. Damit übernimmt Schweden eine gewisse Führungsrolle. Wie wichtig dem schwedischen Ministerpräsidenten das ist, entnehmen Sie bitte daraus, daß es in Stockholm inzwischen einen eigenen Ostseeberaterstab mit Experten aus Finnland, Estland, aber auch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Holbroke gibt. Das zeigt, daß das ganze inzwischen die Dimension einer lebenswerten regionalpolitischen Veranstaltung - Gott sei Dank - gesprengt hat.

Themen unter schwedischer Stabführung werden vor allen Dingen die Sicherheitslage im Ostseeraum einschließlich besonderer Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung, die Probleme des Arbeitsmarkts, die Osterweiterung der EU und die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten aus dem Ostseeraum sein. Das ist das eine große Ereignis.

Das zweite große Ereignis sind die **Aktionsprogramme**, die in **Kalmar** von den Außenministern verabschiedet wurden. Sie geben zum ersten Mal so etwas wie einen gemeinschaftlichen Rahmen für Aktivitäten aller Akteure in der Ostseeregion vor. Da ist die Rede vom Schwerpunkt People to People Approach - das ist schwer ins Deutsche zu

übertragen, aber es ist damit das gemeint, was man im weiten Sinne mit menschlichen Kontakten bezeichnen könnte -, von der Zusammenarbeit in Wirtschaft und Infrastruktur, vor allem Integration der neuen Demokratien und der Zusammenarbeit im Umweltschutz. Das sind die drei Prioritäten dieser Aktionsprogramme. Das sind die Überschriften.

Jetzt wird es vor allen Dingen darauf ankommen, für alle Akteure auf allen Ebenen in der Ostseeregion dieses Aktionsprogramm umzusetzen. Das gilt auch für die Aktivitäten auf der Ebene der Regionen. Das gilt auch für das, was Schleswig-Holstein in Zukunft tun wird.

Das dritte große Ereignis, die Präsentation der **Baltic Sea Region Initiative** durch die EU, setzt zum ersten Mal Ostseepolitik fundiert auf die Tagesordnung der Europäischen Union. Die Schwerpunkte decken sich weitgehend mit denen der Aktionsprogramme. Das ist unter dem Strich ebenfalls ein Fortschritt.

Zwei wesentliche Wünsche sind offengeblieben. Es ist wichtig, daß sie erwähnt werden: Zum einen sind die Koordinierungsanstrengungen in der Region - wir haben mehrmals darüber gesprochen, aber es muß immer wieder gesagt werden - nach wie vor ungenügend. Über 70 Organisationen und Institutionen sind aktiv. Das zeigt die Vielfalt; das zeigt aber auch, daß in der Vielfalt eine Schwächung liegen kann. Wir brauchen ein Maximum an Aktivitäten, aber auch ein Minimum an Koordination als Akteur gegenüber Brüssel, als Koordinator vielfältiger Aktivitäten, als Kern für einen Austausch von Erfahrungen und Informationen. Das kann kein anderer als der Ostseerat der Außenminister übernehmen, dies besonders seit der Rückendeckung durch den Gipfel in Visby.

Man braucht aber dazu das, was wir das **Ständige Sekretariat** nennen. Die

Einrichtung einer sogenannten Support-Group durch die schwedische Regierung ist dazu möglicherweise ein erster Schritt. Ich füge hinzu: Es ist bedauerlich, daß weder in Visby noch in Kalmar wegen des Neins der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr erreicht werden konnte. Das ist ein Nein, das übrigens bis heute unseren Partnern in der Ostseeregion außerordentlich schwer zu erklären ist. Je eher dieses Nein überwunden werden kann, um so besser wäre das für die Ostseekooperation insgesamt.

Der andere Wunsch, der offengeblieben ist, ist die präzisere Ausgestaltung der **Ostseepolitik der Europäischen Union**. Wir reden nach wie vor von dem einheitlichen EU-Ostseeprogramm. Damit ist nicht notgedrungen zusätzliches Geld gemeint, sondern wir wünschen eine Zusammenlegung der wichtigsten bestehenden Programme für die Region mit klaren Verfahren und klarer Verantwortung. Wir streiten nach wie vor für die Öffnung des PHARE- und des TACIS-Programms, für eine internationale Kooperation über die Ostsee hinweg, und wir lehnen es ab, zu akzeptieren, daß die Gesamtinvestitionen in das PHARE- und des TACIS-Programm von Brüssel gewissermaßen der gesamten Ostseeregion zugute geschrieben werden. Diese Mittel kommen eben nicht der Ostseeregion als ganzes zugute.

Wir sind für eine flexiblere Anwendung des **Programms INTERREG II A**, um auch über die Ostsee hinweg flexibler kooperieren zu können. Wir hoffen, daß das neue Instrument, das Programm INTERREG II A, nicht zu bürokratisch wird, sondern wirklich der Unterstützung der Aktivitäten der lokalen und regionalen Ebene dienen wird. Wir warnen vor der getrennten Verwaltung getrennter EU-Programme durch separate Agenturen und Geschäftsstellen in unterschiedlichen Städten und Ländern. Wir glauben, daß auch in Brüssel selbst eine bessere Koordinierung erforderlich wäre.

Lassen Sie mich zum Schluß auf drei neue Entwicklungen hinweisen, die der Ostseekooperation in Zukunft eigene Akzente verleihen werden: Das eine ist die schon erwähnte neue Rolle **Schwedens** in diesem Zusammenhang, die ich begrüße, die aber auch vor Fehlinterpretationen geschützt werden muß.

Ostseekooperation - das steht bei den nordischen Staaten häufig im Vordergrund - ist ja auch Hilfe zur Transformation der ehemaligen Mitgliedstaaten des COMECON, aber eben nicht nur und nicht schwerpunktmäßig. Wir dürfen nicht die Entwicklung der Gesamtregion und ihre Selbstbehauptung im Wettbewerb mit anderen Großregionen aus dem Auge verlieren.

Ostseekooperation ist auch nicht eine innerskandinavische Angelegenheit oder ein Anliegen, das vor allem die Skandinavien betrifft. Ich sage noch einmal: Das Nein der Bundesregierung zum Ständigen Sekretariat wird bei unseren Partnern auch als ein nachlassendes Interesse der Deutschen an der Ostseekooperation gewertet - ein, wie ich finde, fataler, in der Sache wohl auch falscher Eindruck. Je eher deshalb in der Sekretariatsfrage aus dem Nein ein Ja wird, desto besser.

Für **Schleswig-Holstein** heißt das, daß wir jahrelang auch anstelle zögerlicher nationaler Regierungen agiert haben - erfolgreich, aber doch in den Grenzen, die einem Bundesland gesetzt sind. Diese Phase ist jetzt vorbei. Es gibt unter den Regierungen einen Motor auf nationaler Ebene. So muß das auch sein. Um so mehr müssen wir aber in Zukunft unsere Rolle im Wettbewerb der Regionen behaupten, Kapazitäten im grenzüberschreitenden Projektmanagement weiterentwickeln und den Standortwettbewerb - insbesondere innerhalb beziehungsweise mit der Region südliche Ostsee - aktiv bestreiten.

Die zweite neue Entwicklung ist das gewachsene Selbstbewußtsein der regionalen Gebietskörperschaften vor allem in Südschweden, aber auch in Finnland und in Polen, dort mit starken Diskussionen. Das ist deswegen wichtig, weil das natürlich zu dem Konzept, **Sicherheit und Stabilität durch Kooperation** über Grenzen hinweg produzieren zu wollen, gehört - das enge Netzwerk konkreter Kooperationsprojekte der Regionen.

Es wäre schön, wenn insbesondere die Regierungen mit stark zentralistischer Verwaltungstradition stärker als bisher akzeptieren würden, daß die Aktivitäten der Regionen eine positive Ergänzung der Außenpolitik der nationalen Regierungen darstellen, die es wert sind, gefördert und unterstützt zu werden. Ich glaube, daß sich dieser Gedanke langfristig durchsetzen wird.

Das letzte Neue, meine Damen und Herren, sind die neuen **Bündnisstrukturen**, die sich abzeichnen, mit wichtigen Entscheidungen, die uns bevorstehen, die jenseits der Kompetenz eines Landtages liegen, die gleichwohl wichtig genug sind, daß man zum Schluß noch einmal auf sie hinweist. Das gilt für die NATO, die im Frühjahr wichtige Entscheidungen treffen wird. Ich will nur soviel sagen: Es darf natürlich keine neue Blockkonfrontation in der Ostsee durch die **NATO-Erweiterung** geben. Mit Blick auf die baltischen Staaten füge ich aber hinzu: Es darf auch keine Grauzonen, keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Das gleiche Interesse, das wir bei der NATO-Erweiterung haben, müssen wir auch bei der EU-Erweiterung haben. Ich hoffe, daß sich die Osterweiterung der EU im Hinblick auf die Ostseeanliegerstaaten so vollzieht, daß über den Beitritt der baltischen Republiken zur Europäischen Union eben nicht in Moskau entschieden wird, sondern dort, wo es hingehört, nämlich in Brüssel.

Es zeichnen sich also neue Entwicklungen mit Einflüssen auf unsere Arbeit ab. Wie

auch immer sich diese weiterentwickeln werden: Die Ostseekooperation bleibt eine gemeinsame Leitidee für unser Land, auf der Linie, die wir in dem Bericht vorgezeichnet haben. Wir haben in der Ostseepolitik mehr bewegt, als von einem kleinen Bundesland zu erwarten war. Wir sind heute ein angesehenes Mitglied der Ostsee-Familie. Aber Stillstehen und sich darauf ausruhen würde einen Rückschritt bedeuten. Ich wäre daher dankbar, wenn wir diese Politik in bewährter Übereinstimmung fortsetzen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Döring.

Uwe Döring [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin zunächst etwas überrascht. Ich hatte angenommen, daß Herr de Jager zuerst das Wort ergreifen würde. Ich hätte ihm dann gern für die Übereinstimmung gedankt, die wir sicherlich in den wesentlichen Themen haben werden. Ich kann das vielleicht jetzt zum Teil schon vorwegnehmen.

Den Bericht des Landtagspräsidenten wie auch den Bericht der Landesregierung zur **Ostseekooperation** könnte man in der Tat, ohne zu übertreiben, unter die Überschrift stellen „Eine Vision wird Wirklichkeit“, nämlich die europäische Zukunftsvision Ostsee. Die Ostseeregion - wir haben es gehört - wächst zusammen. Sie organisiert sich und beginnt zu handeln, was die Reihe der Konferenzen in diesem Jahr ganz deutlich beweist. Der vorgelegte Regierungsbericht schreibt die bisherigen Berichte aus den Jahren 1993 und 1995 fort und zeigt noch einmal ganz deutlich die Rolle - Herr Minister Walter hat es beschrieben -, die Schleswig-Holstein verstärkt als Motor in dieser Zusammenarbeit gespielt hat. Welcher

Aufschwung und welche Dynamik daran beteiligt waren, wird auch an der Vielzahl der Netzwerke deutlich, die inzwischen entstanden sind. Zu Recht ist noch einmal darauf hingewiesen worden, daß wir, wenn wir den Begriff „Netzwerk“ hören, darauf aufpassen müssen, daß wir uns in diesen Netzen nicht verheddern. Deshalb ist die Forderung nach einem **Ständigen Ostseesekretariat** sehr vernünftig und wird von meiner Fraktion unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auf die neue Rolle **Schwedens** hingewiesen worden. Auch wir beurteilen es als Chance, daß sich jetzt auch eine nationale Regierung eines größeren EU-Landes dieses Themas annimmt. Wir müssen zugeben - auch das hat der Minister angedeutet -, daß unsere nationale Regierung hier leider einen Nachholbedarf hat. Insofern ist es wichtig, daß ein anderes großes Ostseeland dieses Thema auf EU-Ebene verstärkt zu seinem Thema macht.

Wir sollten aber auch gemeinsam darauf hinwirken - ich hoffe, daß wir diese Gemeinsamkeit heute noch dokumentiert bekommen -, daß **Schleswig-Holstein** seine Anstrengungen und sein Engagement in dieser Angelegenheit beibehält und nicht verringert. Wir müssen hier im Spiel bleiben. Das ist besonders wichtig, wenn man sich die weitere Entwicklung vor Augen führt. Auf wirtschaftlichem Gebiet könnte sich so etwas wie eine baltische Freihandelszone entwickeln, die mit Polen kooperiert. Langfristig könnten diese Reformstaaten dann Vollmitglieder der EU werden. Dies wird - davon bin ich fest überzeugt - die Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein im wirtschaftlichen Bereich genauso dramatisch wie der Ausbau von Verkehrswegen und Verkehrsstrukturen sowie die Zusammenarbeit in der Energieversorgung verändern. Wir müssen diese Veränderung nicht nur unterstützen und vorantreiben, sondern wir - damit meine ich Parlament und Regierung - sollten auch

dafür sorgen, daß Schleswig-Holstein für diese Veränderungen fit wird. Denn eine Entwicklung dahin gehend, daß wir im Ostseebereich kooperieren, bedeutet nicht nur Märkte an anderer Stelle, sondern das heißt auch, daß sich der Markt bei uns verändert. **Kooperation** bedeutet dann im guten Sinne auch **Wettbewerb**. Auf solche Situationen müssen wir uns vorbereiten und sollten dafür fit sein. Das Parlament muß deshalb einen Dialog mit den Organisationen und Verbänden führen, die von diesen Entwicklungen betroffen sind und die im Ostseebereich aktiv werden. Ich bin froh darüber, daß der **Europaausschuß** fraktionsübergreifend diesen Dialog mit der IHK und dem Landesjugendring begonnen hat und ihn auch fortsetzen wird. Die ersten Gespräche haben gezeigt, daß schon sehr viel Konkretes umgesetzt wird. Ich hoffe, wir können das in den nächsten Monaten verstärkt fortsetzen.

Ich halte es für ausgesprochen wichtig, daß sich auch dieses Parlament und die Ausschüsse verstärkt mit dem Bereich Europapolitik beschäftigen. Ich möchte das nicht - ich erlaube mir, das als Neuling zu sagen -, weil ich den Eindruck habe, daß wir uns mit mehr Themen beschäftigen müßten. Daran scheinen wir - lassen Sie mich diese spitze Bemerkung machen - keinen Mangel zu haben, wenn ich daran denke, wie heute morgen über die Einsetzung einer Enquetekommission diskutiert wurde. Es wurde nicht über die Einsetzung diskutiert, sondern es wurden überwiegend deren künftige Arbeit und die Inhalte vorweggenommen. Das ist für mich noch sehr gewöhnungsbedürftig. Ich habe also nicht den Eindruck, daß wir hier ein zusätzliches neues Thema brauchen, um ein Thema zu haben. Ich gebe zu: Wir sind für diesen Bereich nur bedingt zuständig, aber die Auswirkungen machen sich in unserem Land bemerkbar. Das gilt für die Währungsunion und für die drastischen Veränderungen in den Förderprogrammen ab dem Jahre 1999 ebenso wie für die Osterweiterung. Ich kann hier nur an ein

Wort von Ihnen, Herr Dr. Klug, bei der Europa-Union erinnern: Dieses Parlament muß sich mit diesen Themen intensiver beschäftigen und sich in stärkerem Umfange einmischen. - Ich kann das nur voll unterstützen.

Herr de Jager, insofern begrüße ich es - auch wenn wir heute aus zeitlichen Gründen vielleicht nicht mehr soweit kommen -, daß wir uns demnächst auch mit dem Thema Regierungskonferenz 1996 auseinandersetzen werden. Wir brauchen diese Auseinandersetzung - nicht um ein zusätzliches Thema zu haben, sondern wir brauchen sie, um mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes diskutieren zu können.

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Wir sollten uns hier nichts vormachen. Europa ist zur Zeit keine beliebte Veranstaltung.

(Ute Erdsiek Rave [SPD]:
Europa ja, aber die Union nicht!)

Europa wird mit Brüssel gleichgesetzt, und Brüssel wird als das Brüsseler „Bürokratiemonster“ empfunden, das viel Geld kostet, durch das Menschen und Organisationen in diesem Lande reglementiert und - so empfinden sie es - drangsaliert werden. Die Idee von Europa ist durch diese Entwicklung leider glanzlos geworden. Das können wir nur verändern, indem wir den Dialog offensiv führen, indem wir auch für die Menschen vor Ort Europa erfahrbar machen.

Dafür bieten sich eine Reihe von Dingen an. In dem Förderbericht ist zum Beispiel von dem Projekt INTERREG II die Rede. Dadurch haben wir die Möglichkeit, hier in Schleswig-Holstein in lokalen, in kleinen Projekten, praktisch an der gesamten

Ostseeküste von Flensburg bis hin zu Ostholstein, eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Regionen in Dänemark, mit Sønderjylland, mit Fyn und mit Storstrøm zu pflegen. Ich denke, wir brauchen solche konkreten Ansatzpunkte.

Ich komme dann zu der **Konferenz in Riga**, die wir ja auch mitberaten. Der Landtagspräsident hat die Ergebnisse der Beratung hier dargestellt. Wir meinen - das haben wir auch im Ausschuß so bestätigt -, daß der Konsens ein großartiges Ergebnis ist. Wir meinen aber auch, daß nicht allein Begegnungen wichtig sind. Die sind, wie Herr Kollege Arens das im Ausschuß so schön gesagt hat, der soziale Kitt dieser Veranstaltungen der Ostseekooperation. Es muß jetzt, nachdem die ersten Gründungssitzungen vorbei sind, noch etwas dazukommen. Wir sollten uns dieser Thematik im Ausschuß noch mehr öffnen und sagen, laßt uns Schwerpunktthemen bilden, die wir gemeinsam vorbereiten können, damit auch bei diesen Konferenzen Ergebnisse vorzuzeigen sind. Dieses soll insbesondere für Danzig gelten, das nächstes Jahr seine Tausendjahrfeier begeht, und wir sollten dabei sehr sorgfältig vorgehen.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

- Vielen Dank, Herr Geißler. Man freut sich immer, wenn man Beifall bekommt, und dann auch noch von der Seite, von der es eigentlich überraschend ist. Aber in diesem Fall nehme ich ihn gern an.

Ich möchte daran erinnern, daß in Schleswig-Holstein der Wunsch bestand, auch einmal Gastgeber einer solchen Konferenz zu sein. Vielleicht sollten wir uns überlegen, ob dies nicht bei der 7. Konferenz der Fall sein könnte.

Insgesamt danke ich im Namen der SPD-Fraktion dem Herrn Landtagspräsidenten für seinen Bericht, auch dafür, daß er so schnell

dem Europaausschuß berichtet hat - nur wenige Tage nach Beendigung der Konferenz. Ich danke der Landesregierung und Herrn Minister Walter und möchte sie im Namen der SPD-Fraktion ermutigen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen, auch wenn es ein langer und manchmal ein beschwerlicher Weg sein wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir debattieren heute in einem gemeinsamen Tagesordnungspunkt den Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten 1996 und den Bericht des Landtagspräsidenten über die 5. Parlamentarierkonferenz im Ostseeraum. Daß wir beide Berichte gemeinsam behandeln, ist gut so, weil in beiden die gleichen neuen Entwicklungen zum Tragen kommen, die hat der Minister ja auch schon angesprochen.

In der Resolution der Parlamentarierkonferenz in Riga scheinen mir zwei Punkte besonders bemerkenswert zu sein, die gleich am Anfang des Textes stehen.

Es ist bemerkenswert, daß die Teilnehmer das Zustandekommen und die Ergebnisse des Ostseegipfeltreffens von **Visby** und die Aktionsprogramme des Außenministertreffens von **Kalmar** würdigen. Bemerkenswert ist dies aus zweierlei Gründen. Zum einen, weil wir als Parlamentarier nicht sehr viel mehr tun können, als diese beiden Treffen im nachhinein zu würdigen - das weist ein Stück weit auf die strukturellen Probleme solcher Parlamentarierkonferenzen hin -, zum anderen, weil sich spätestens durch den Ostseegipfel und das Außenministertreffen

von Kalmar etwas qualitativ in der Ostseezusammenarbeit verändert hat. Auch das hat der Minister angesprochen.

Die Initiative in der Ostseekooperation ist auf die nationalen Regierungen und die Europäische Kommission übergegangen. Wir begrüßen dies, weil es große Chancen in sich birgt. Die **Ostseezusammenarbeit** liegt jetzt in den Händen derer, die tatsächlich am meisten bewegen können. Damit erhält die Ostseekooperation innerhalb der Europäischen Union den Stellenwert, den sie verdient. Diese Entwicklung spiegelt sich auch im diesjährigen Bericht der Landesregierung über die Ostseeaktivitäten wider, ohne daß jedoch - und das möchte ich kritisch anmerken, auch wenn ich die Harmonie damit vielleicht etwas trübe - daraus die Konsequenzen für die schleswig-holsteinische Landespolitik gezogen worden wären. Ein Beispiel sind die Aktionsprogramme von Kalmar.

Die lapidare Bemerkung in dem Bericht, daß die Landesregierung den Rahmen dieser Aktionsprogramme künftig berücksichtigen will, ist nicht sehr erkenntnisreich, wenn nicht gleichzeitig gesagt wird, wie das geschehen soll. Darüber finden wir nichts. Der Bericht ist deshalb zwar eine gelungene Darstellung dessen, was sich international im Ostseeraum getan hat, nicht aber eine umfassende Darlegung eines landespolitischen Konzeptes. Herr Minister Walter, wir hätten von dem Bericht erwartet, daß in ihm eine politische Auskunft darüber gegeben wird, welche Rolle Schleswig-Holstein als Bundesland künftig in der Ostseepolitik spielen will und was konkret von der Landesregierung getan werden soll. Diese Auskunft würde Ihnen bestimmt nicht schwerfallen, weil Sie als Vorsitzender der Subregionenkonferenz eine ganz wesentliche Position einnehmen. Ich glaube, es wäre gut gewesen, wenn das auch im schriftlichen Bericht festgehalten worden wäre.

Die Außenminister haben in Kalmar den **Subregionen**, und das ist ja die Liga, in der

wir spielen, eine wichtige Rolle zugewiesen und in ihrem Aktionsprogramm dem sogenannten „People to people-contact“ eine wichtige Priorität eingeräumt. Hier liegt unseres Erachtens in der Tat das klassische Betätigungsfeld eines Bundeslandes. Wenn wir mehr wollten, könnten wir uns schnell überheben. Es geht dabei um den Jugendaustausch, um die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen; es geht um Kultur, Umweltschutz und Verkehr. Es geht dabei auch - und hier kommen unsere eigenen Interessen zum Tragen - um Wirtschaftskontakte.

Wir erkennen deshalb an, daß sich viele Einrichtungen, Organisationen und Kommunen unseres Landes an dieser Zusammenarbeit beteiligen. Besonders erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang die Industrie- und Handelskammern, die sich in dem Zusammenschluß der Kammern im Ostseeraum, der BCCA, beteiligen. Wir freuen uns über den aktiven Part, den der Hauptgeschäftsführer der IHK zu Kiel, Herr Wolf-Rüdiger Janzen, dabei übernommen hat.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen es auch, daß einige Städte in der Union of the Baltic Cities mitarbeiten und einige Universitäten sich an der Conference of Baltic University Rectors beteiligen. Darüber hinaus engagieren sich viele andere Organisationen. Als Beispiel dafür möchte ich das Ostsee-Jugendbüro, die Kirchen und die Diakonie nennen.

Zugleich ist zu überlegen, ob nicht eine Bündelung der vielfältigen Aktivitäten wünschenswert wäre. Über 70 verschiedene Organisationen sind an der Ostseezusammenarbeit beteiligt. Rund 250 Projekte haben allein die Subregionen angestoßen, 60 Projekte mit schleswig-holsteinischer Beteiligung weist der Ostseebericht aus. Niemand wird bestreiten,

daß sich ein Bild der Unübersichtlichkeit ergibt. Wir meinen, daß eine Konzentration auf wesentliche Projekte geboten ist. Das würde dann auch Auswirkungen auf die finanzielle Ausstattung haben. Ein Nebeneinander von vielen Kleinprojekten birgt die Gefahr in sich, daß keines so richtig zu Potte kommt. Deshalb glauben wir, daß eine solche Bündelung bestimmt keine leichte, aber eine lohnende Aufgabe wäre.

(Beifall des Abgeordneten
Meinhard Füllner [CDU])

In diesem Zusammenhang wird zur Koordination der Ostseeaktivitäten ein **Ostseesekretariat** gefordert. Dafür sprechen in der Tat viele gute Gründe. Vieles spricht aber auch dagegen.

Zu klären wäre etwa die Frage, was denn dieses Ostseesekretariat genau leisten soll. Es ist auch zu überlegen, ob eine weitere Institution das Geflecht innerhalb der Europäischen Union nicht noch unüberschaubarer macht, ob die Entscheidungsstrukturen nochmal weiter kompliziert werden. Wir könnten die Einrichtung eines solchen Sekretariats jedoch unterstützen, wenn sichergestellt ist, daß das Sekretariat für die Trägerstaaten nicht erheblich kostenintensiv ist, daß es klein und effizient bleibt und daß es nicht zu einem Kompetenzgerangel mit anderen Organen und Dienststellen der Europäischen Union oder anderer Staaten kommt.

Die Parlamentarierkonferenz hat gezeigt, daß die Entwicklung in der Ostseekooperation vorangeschritten ist und im Begriff ist, sich neue Wege zu suchen. Die **Begegnung von Parlamentariern** mag am Beginn der Ostseekooperation ein Wert an sich gewesen sein, ist es heute aber nicht mehr im gleichen Maße. Wenn diese Konferenzen künftig wieder an Wert gewinnen sollen - und das wünschen wir -, muß es zu einer inhaltlichen Belebung kommen. Es muß auch zu einer Konkretisierung der Beratungsgegenstände

kommen. Wir unterstützen das, was der Präsident dazu gesagt hat.

Es bleibt zu hoffen und abzuwarten, ob der schriftliche Bericht der Außenminister, der jetzt eingefordert wird, künftig in der Parlamentarierkonferenz tatsächlich vorliegt und auf Resonanz trifft, ob er zu einer Belebung der Beratung führt und der Konferenz eine neue Bedeutung verleihen kann. Dies wäre meines Erachtens dringend erforderlich, damit die Parlamentarierkonferenzen vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Ostseeraum nicht auf der Strecke bleiben. Dies ist nämlich eine Gefahr, die sich nach dem Anschauungsunterricht auf der letzten Konferenz in Riga nicht von der Hand weisen läßt.

Parlamentarierkonferenzen müssen ihre spezifische Bedeutung und Notwendigkeit aus sich selbst heraus entwickeln, wenn sie Sinn machen sollen. Die Frage ist, was können Parlamentarierkonferenzen leisten, was Regierungskonferenzen oder Fachkommissionen nicht leisten können. Die Antwort auf diese Frage sind wir nicht nur uns selbst schuldig, sondern vor allem auch den Reformstaaten im Ostseeraum, die an solche Konferenzen wahrscheinlich größere Erwartungen hegen als wir.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen sie mich zu Beginn ein Wort zu der Rolle von Gerd Walter verlieren. Ich finde, er und seine Kollegen spielen bei diesem Thema eine sehr positive Rolle; denn Schleswig-Holstein hat tatsächlich die historische Stunde der

Initiative erkannt, Schleswig-Holstein hat die Initiative ergriffen, obwohl es damals noch keine grüne Regierungsbeteiligung gab.

(Heiterkeit - Ursula Röper [CDU]: Gerade deshalb! - Dr. Ekkehard Klug [-F.D.P.]: Ohne euch geht es immer besser! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, ich will versuchen, die Aspekte, die mir beim Bericht über die Ostseeaktivitäten der Landesregierung sowie beim Bericht über die Parlamentarierkonferenz in Riga bedeutsam erscheinen, zusammenzufassen. Was mir bei beiden Berichten etwas in den Hintergrund zu geraten schien, ist die Rolle Rußlands. Rußland ist nicht irgendein Staat, sondern vielmehr der weitaus größte Partner im ganzen Geschehen. Die Rolle Rußlands ist darüber hinaus außerordentlich schwierig.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ach was!)

- Ich will Ihnen das gern erläutern. Allein die Tatsachenfeststellung in Riga - das ist ein Papier, das Sie sicherlich alle mehr oder weniger gut studiert haben und in dem Sie lesen „Wir stellen fest“, „Wir sind in Übereinstimmung mit“ und „Wir fordern auf“ -, daß **Rußland** Mitglied im **Europarat** geworden ist, wurde durch eine erstmalige Abstimmungsentscheidung dort gecancelt, insbesondere von den baltischen Staaten, aber, wie ich glaube, auch von der polnischen Seite.

Das heißt, die historischen Erfahrungen mit Rußland vor der Wende haben in den Staaten, die im Herrschaftsbereich der Sowjetunion lagen, zu einer Stimmungslage geführt, die dort zu einer gewissen Blockade Anlaß gibt.

Wir hatten dort auch eine friedenspolitische Debatte, in der sich Norbert Gansel geäußert hat. Er war übrigens der einzige Vertreter des Bundestages auf dieser

Parlamentarierkonferenz, was vielleicht die Wertschätzung der Bemühungen, die wir in Schleswig-Holstein nicht hoch genug hängen können, seitens Bonn kennzeichnet.

Norbert Gansel hatte zu dem Thema Friedenspolitik als hauptsächliche Aussage gemeint, jeder Staat hätte das Recht auf die **Wahl** seines **Verteidigungsbündnisses**. Das meinte er vor dem Hintergrund eines ohnehin in diesem Konferenzrahmen aus meiner Sicht verunsicherten russischen Teilnehmers. Ich denke, das kann man so nicht machen. Gorbatschow hatte sicherlich das Szenario vor Augen, als er die Wende einleitete, sich mit einem Gürtel neutraler Staaten, die aus dem Warschauer Pakt entlassen worden sind, zu umgeben. Jetzt sieht sich Rußland plötzlich einer Situation ausgesetzt, in der dem Land die NATO direkt vor die Haustüre rückt, jedenfalls wenn es nach dem immer wieder heftig bekundeten Willen der baltischen Staaten und anderer geht. Das ist natürlich eine Situation, die angesichts der Kräfte, die dort politisch auch wirken, nämlich der nationalistischen Kräfte und anderer, ein brisantes Thema, das dort jederzeit innenpolitisch hochkochen kann, wenn wir es nicht mit äußerster Sensibilität anfassen.

Es war auf dieser Konferenz auch erstmalig der Fall - ich mußte mir das erst sagen lassen, weil ich zum ersten Mal dabei war -, daß sich die deutschen Teilnehmer an einem Tisch zusammengesetzt haben, um über die Resolution zu reden. Ich habe Norbert Gansel in dieser deutschen Runde heftig kritisiert, weil ich das Vortragen seiner Meinung als ein bißchen „Elefant im Porzellanladen-mäßig“ fand.

(Heiterkeit)

Nichtsdestoweniger spielte Rußland, vertreten durch den Parlamentspräsidenten Kareliens, Herrn Stepanow, eine äußerst konstruktive und sehr moderate Rolle. Unter anderem trug er hinsichtlich des häufig

gebrauchten Begriffs der nachhaltigen Entwicklung durch eine sehr selbstkritische Äußerung dem Kahlschlag von mehreren zehntausend Hektar in den borealen Wäldern Rechnung, indem er sagte, solche Fehler sollten sich nicht wiederholen, und es sollte in einem gemeinsamen Ost-West-Austausch vielleicht auch eine naturnahe Forstnutzung angestrebt werden. Vor dem Hintergrund dessen, was in früheren Zeiten dort stattgefunden hat, fand ich das ganz beachtlich.

Im übrigen fand ich es auch angemessen, daß Frau Erdsiek-Rave, die diese Konferenzen ja alle mitgemacht hat, aufgrund ihrer Erfahrungen gefordert hat, solche Konferenzen sollten sich nicht nur mit allgemeinen Papieren beschäftigen, sondern auch themenbezogen arbeiten und vielleicht sogar thematisch gegliederte Untergruppen bilden. Das hat sie auf der Konferenz geäußert, und sie hat in der deutschen Runde dafür nachhaltigen Beifall gefunden. So soll in Zukunft auch verfahren werden. Ich habe gehört, daß in Danzig unter anderem die Themen Jugendpolitik und Sicherheitspolitik weiterentwickelt werden sollen.

Aus meiner Sicht bedeutsam sind auch die Änderungen in der Resolution hinsichtlich der Umsetzung der Beschlüsse. Ich denke da zum einen an die friedenspolitischen Themen, die sich dort sehr allgemein niedergeschlagen haben, die aber einen friedenspolitischen Diskussionsprozeß überhaupt erst möglich machen. Diese Diskussion ist aus meiner Sicht aber äußerst sensibel zu führen.

Zum anderen fand ich es aus meiner Sicht bedeutsam, daß beim Thema Energiewirtschaft die Wörter „langfristige Perspektiven“ schlicht gestrichen wurden. Die Wirtschaftspolitik im baltischen Raum wird sicherlich auch wesentlich mitgeprägt von einer gemeinsamen Energiepolitik zumindest auf dem Gebiet der leitungsgebundenen Energien, und da ist es - wie hier auch; ich sagte das gestern schon zu

der Rexrodt-Novelle - notwendig, das Netz von den Energieproduzenten wegzunehmen und im Bereich der Lieferanten von Primärenergie zu deregulieren.

Nun ein Wort zur Landwirtschaft! Das Thema **Osterweiterung** wird sicherlich auch bei der Regierungskonferenz noch einmal eine Rolle spielen. Aber zur Osterweiterung der EU unter dem Teilaspekt Landwirtschaft möchte ich aus unserer Sicht davor warnen, unser agrarpolitisches Instrumentarium über diese Länder zu ergießen, in denen ein relativ hoher Anteil der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, und dann beim Thema sozialer Ausgleich das Subsidiaritätsprinzip anzumelden. Das wird - das ist jetzt schon absehbar - dort zur Massenverarmung führen; denn man wird letztlich dazu nicht in der Lage sein.

INTERREG II C! Das ist natürlich schön. Das, was Gerd Walter ausführte, teile ich. Wir haben ganz konkret die Möglichkeit, aus schleswig-holsteinischer Sicht auf die Ausgestaltung solcher EU-Förderprogramme Einfluß zu nehmen. Das fordere ich beim Europaministerium ein.

Handelskammern! Ich teile die Auffassung, daß die Handelskammern gute Ansätze haben. Das scheint nicht einfach zu sein. Was fehlt, sind Wirtschaftsdatenbanken, um die wirtschaftliche Entwicklung im Ostseeraum voranzubringen. Ich will Ihnen ein Beispiel erzählen. Mir hat ein Großhändler für Sanitär berichtet, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, in einer 6000-Einwohner-Stadt in Lettland einen Schlossereibetrieb zu ermitteln. Wenn so etwas nicht läuft, frage ich mich manchmal, was denn das Instrumentarium des Handelskammeraufbaus leisten soll.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der SPD)

- Das ist akustisch nicht zu verstehen. Anderenfalls würde ich gern darauf eingehen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Zum Verkehr! In einem maritimen Raum muß der Schiffsverkehr entwickelt werden; weiterer Autobahnbau ist nicht erforderlich.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

Der Subregionengedanke wird von Frau Wulf-Mathies, der Kommissarin der EU, in hervorragender Weise vorangetragen. Was uns bei der noch anstehenden Debatte um die Regierungskonferenz ins Haus stehen wird, ist die demokratische Legitimierung dieser Subregionenkonferenzen. Ich sehe eine erhebliche Problematik dann, wenn es um konfliktträchtige Entscheidungen geht.

Ich kann nicht alle Punkte, die in dem Bericht eine Rolle spielen, behandeln. Ich habe versucht, die aus meiner Sicht wichtigen Punkte zu erläutern, und bin damit am Schluß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Beitritt Schwedens und Finnlands zur Europäischen Union sowie mit der Assoziierung Polens und der baltischen Staaten hat sich die Ostsee sicherlich auch aus Brüsseler Perspektive von einem europäischen Randmeer zu einem europäischen Binnenmeer gewandelt. Das aus geographischen und geschichtlichen Gründen besondere schleswig-holsteinische Interesse an dieser Region steht ohnehin

außer Frage. Wir Schleswig-Holsteiner sind von allen positiven oder negativen Entwicklungen im Ostseeraum immer direkt betroffen.

Der heute erreichte Stand der **Ostseekooperation** wird im Bericht des Europaministers in vielfältiger Weise beleuchtet. Ich möchte auf diesen Bericht im einzelnen nicht eingehen. Die weit über unser kleines Bundesland hinausweisende Bedeutung der Ostsee-Zusammenarbeit ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß sich hier zwei Seiten der Ost-West-Zusammenarbeit verbinden lassen, nämlich einerseits die Heranführung Polens und der baltischen Staaten an die Europäische Union, verbunden mit einer inneren und äußeren Stabilisierung dieser Länder, andererseits aber auch die Beteiligung Rußlands an einer immer enger werdenden regionalen Zusammenarbeit. Nur, wenn beides weiterhin erfolgreich vorankommt, wird es künftig in der Ostseeregion für alle Beteiligten eine gute Entwicklung geben können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das gilt im übrigen nicht nur für den Bereich der Ostsee, sondern für das Ost-West-Verhältnis insgesamt. Nur dann, wenn es gelingt, sowohl die ostmitteleuropäischen Reformstaaten als auch Rußland in unterschiedlicher Weise in eine enger werdende Zusammenarbeit einzubeziehen, kann Europa vor einer Ära neuer Spannungen und Konfrontationen bewahrt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]): So ist es!)

Wir brauchen daher eine integrale Osteuropapolitik, die weder die neuen Demokratien in Osteuropa im Stich läßt noch den gemeinsamen Nachbarn Rußland ausgrenzt und ihn damit womöglich durch außenpolitische Einflüsse zu neuen Alleingängen veranlaßt, die aus der

innenpolitischen Entwicklung Rußlands zur Zeit leider angelegt sind oder zumindest drohen.

Noch einmal: Eine erfolgreiche Ostsee-Zusammenarbeit könnte hier Schrittmacherdienste und stabilisierende Wirkungen auf das gesamte Ost-West-Verhältnis ausüben. Dies rechtfertigt auch einen verhältnismäßig hohen Mitteleinsatz.

Die Europäische Union wird im Zeitraum von 1995 bis 1999 über die verschiedenen Gemeinschaftsprogramme knapp 1,8 Milliarden DM in Projekte im Ostseeraum stecken. Die an der Umsetzung beteiligten Instanzen müssen dafür sorgen, daß dieses Geld auch vernünftig ausgegeben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]): So ist es!)

Der Erfolg hängt jedoch nicht allein vom Mitteleinsatz für eine bessere Infrastruktur oder für eine intensivere wirtschaftliche, kulturelle oder auf Umweltschutz ausgerichtete Zusammenarbeit ab; von entscheidender Bedeutung wird die Bewältigung der Minderheitenproblematik in einer Reihe von ostmitteleuropäischen Staaten, osteuropäischen Staaten sein.

(Wolfgang Kubicki (F.D.P.): Vor allem in den baltischen Staaten!)

Auf der 5. Ttagung des Ostseerats der Außenminister, die hier schon angesprochen worden ist, die Anfang Juli dieses Jahres in **Kalmar** in Schweden stattgefunden hat, hat der russische Vize-Außenminister Krylov davon gesprochen, daß sich die Situation der russischsprachigen Bevölkerung in den baltischen Staaten zunehmend verschlechtere und daß in seinem Land viele Menschen den Eindruck hätten, Rußland werde nicht als gleichberechtigter Partner akzeptiert. In solchen Äußerungen wird gerade jene Tendenz zur fortschreitenden Isolierung Rußlands deutlich, von der ich vorhin gesagt

habe, daß sie am Ende zu einer neuen Ära von Spannungen und Konfrontation in Europa führen würde.

Ohne einseitig Partei zu ergreifen, muß die deutsche und damit auch die schleswig-holsteinische Rolle darin bestehen, als Mittler zu wirken, auszugleichen und die politisch auseinanderdriftenden Teile der Ostseeregion zusammenzuhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Von Schleswig-Holstein aus können wir dazu sicherlich nur kleine, aber durchaus sehenswerte Beiträge leisten. Ich erinnere etwa exemplarisch an das neue Europäische Zentrum für Minderheitenfragen in Flensburg. Ich verweise auch auf die Arbeit der Ostsee-Akademie in Travemünde, wo in diesen Tagen erstmals ein Treffen der verschiedenen russischen Minderheiten aus osteuropäischen Ländern stattfindet. Es ist das erste Mal, daß diese verschiedenen russischen Minderheitengruppen aus osteuropäischen Staaten an einem Ort zusammenkommen und über ihre Situation und ihre künftige Entwicklung miteinander sprechen. Das ist eine echte Premiere; so etwas hat es bisher noch nicht gegeben. Das Forum für sie ist hier in Schleswig-Holstein.

Die ostmitteleuropäischen Reformstaaten befinden sich wirtschaftlich und politisch in einer sicherlich nicht einfachen, mit Problemen behafteten, aber doch erkennbar positiven Entwicklung. Vom großen Nachbarn aller Nord-, Ost- und Mitteleuropäer, nämlich dem Nachbarn **Rußland**, läßt sich das leider nicht sagen. Seit dem Zusammenbruch des alten kommunistischen Systems sind die Realeinkommen in Rußland durchschnittlich um 60 bis 70 % geschrumpft. Die russische Industrieproduktion hat sich seit 1990 halbiert. Das Investitionsvolumen ist auf ein Drittel des Standes von 1990 gesunken. Mindestens ein Drittel der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum. Ich sage das

auch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir nachher über einen Landesarmutsbericht für unser Land diskutieren werden. Wenn man sich die Situation ein paar hundert Kilometer weiter östlich anguckt, hat man vielleicht andere Maßstäbe.

Im vergangenen Jahr wurden von der russischen Landwirtschaft 67 Millionen t Getreide geerntet - der schlechteste Ertrag seit 30 Jahren. So, wie es die UdSSR seit etwa 1970 tun mußte, ist Rußland, das vor dem ersten Weltkrieg weltweit noch der zweitgrößte Getreideexporteur gewesen ist, heute auf die Einfuhr von Getreide und anderen Lebensmitteln angewiesen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat wohl seine Ursachen! Das ist der sogenannte Weltmarkt!)

Diese wenigen Fakten mögen deutlich machen, welch ein enormer politischer und sozialer Sprengstoff im fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang Rußlands steckt.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin! - Die Ost-West-Zusammenarbeit und damit auch die Ostseekooperation muß auf allen Ebenen darauf ausgerichtet sein, den hieraus resultierenden Gefahren und Risiken entgegenzuwirken. Die Bürger unseres Landes müssen wissen, daß alle Mittel, die aus öffentlichen Kassen in sinnvoller Weise in diese Ostseekooperationen, in diese Ostpolitik gesteckt werden, zu ihrem Vorteil, zu unser aller Vorteil ausgegeben werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Gerckens das Wort.

Peter Gerckens [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Stimme ist immer noch angegriffen. Das liegt an der zunehmend schlechten Wetterlage - nicht am politisch schlechten Klima. Ich werde es dennoch versuchen.

Der SSW wird weiterhin die aktive Ostseepolitik dieser Regierung unterstützen. Wir warnen aber davor, daß sich diese Politik ausschließlich auf die Europäische Union ausrichtet.

Die Ostseezusammenarbeit sollte auch in Zukunft offen sein für alle Anrainerländer. Das Zusammenwachsen des Ostseeraums wird nicht nur von der Erweiterung der EU bestimmt, sondern ist auch von der Gesamtentwicklung in Europa abhängig. Ein Ostseesekretariat aller beteiligten Organisationen zur Stärkung der eigenständigen Aktivitäten in der Region können wir deshalb befürworten und unterstützen.

Im Zusammenhang mit dem erstmals abgehaltenen Gipfel aller Ostsee-Regierungschefs in Visby ist es wichtig hervorzuheben, daß die **Rolle der Parlamente** in der Zusammenarbeit der Ostseeanrainer gestärkt werden muß. Wir dürfen den Regierungen - das wurde hier von meinen Vorrednern ja auch schon unterstrichen - das Feld nicht allein überlassen. In Zukunft sollten die Parlamentsvertreter bei den parlamentarischen Treffen verstärkt gemeinsam zu den wichtigsten Zukunftsfragen der Ostseeregion Stellung nehmen und eigene Ideen zur Kooperation entwickeln.

(Vizepräsident Dr. Eberhard
Dall'Asta übernimmt den
Vorsitz)

Allerdings sollten diese Treffen - das möchte ich unterstreichen - zur Suche gemeinsamer Lösungsansätze genutzt und nicht zur Vertiefung von Parteipolitik mißbraucht werden.

In ihrem Bericht erwähnt die Landesregierung, daß eine angemessene **Minderheitenpolitik** in den neuen Demokratien gefördert werden müsse. Auch der SSW vertritt die Auffassung, daß in der zukünftigen Ostseezusammenarbeit dem Minderheitenschutz ein größerer Stellenwert als bisher eingeräumt werden muß. Zur Ostseezusammenarbeit gehören nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte, meine Damen und Herren, und auch nicht nur die Umweltpolitik, sondern auch die Vermittlung von Demokratieverständnis und Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehört nicht zuletzt der Schutz von Minderheiten.

Der aktuelle Report des Beauftragten für Menschenrechte in der Ostseeregion, Ole Espersen aus Dänemark, zeigt, daß es hier noch erhebliche Defizite gibt. Bei allem Verständnis für die spezifischen Probleme der Balten können wir es nicht hinnehmen, daß man beispielsweise in der Frage der Staatsbürgerschaft für russische Mitbürger Bürger zweiter Klasse schafft. Deshalb ist es unsere Aufgabe, im Dialog mit unseren baltischen Freunden immer wieder energisch gerade auf dieses Problem hinzuweisen.

Viel wichtiger als Regierungskonferenzen und Treffen von Politikern aller Art sind die realen Projekte im Wirtschafts-, Umwelt-, Kultur- und Technologietransferbereich, die zwischen den Ostseeanrainern entwickelt werden. Das wurde auch von meinen Vorrednern hier schon unterstrichen. Es gibt schon eine ganze Anzahl davon. Über 250 **Kooperationsprojekte der Subregionen** sprechen hier ihre deutliche Sprache. Hier können die Menschen unserer Region die ökonomischen, kulturellen und menschlichen Vorteile dieser Zusammenarbeit hautnah erleben.

Zum Schluß erlauben Sie mir doch bitte noch einige Worte gerade zu dem Parlamentariertreffen in Riga. Es ist für uns alle, die daran teilgenommen haben, beeindruckend, mit welcher Energie ein **Neuaufbau im Baltikum** stattfindet. Wir alle haben das Gefühl und sind davon überzeugt, daß gerade wir hier mit aller Kraft dazu beitragen sollten, daß dieser Aufbau weiterhin stattfindet, daß wir den Menschen dort helfen können - ideell, materiell, über Gespräche, über Austauschprogramme, über weitere Treffen, über Kooperation im Ostseeraum.

Es ist für mich ebenso verständlich - das möchte ich jetzt einmal als Teilnehmer an diesem Treffen sagen -, daß die Balten die **Sicherheitsfrage** ganz obenanstellen. Dies ist für die Balten nach den Erfahrungen, die sie in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, ein wichtiges Anliegen. Insofern begrüßen wir vom SSW, daß Dänemark gerade zum jetzigen Zeitpunkt die Sicherheitsfrage auf dem Treffen in Kopenhagen wieder ins Gespräch bringt. Das begrüßen wir, denn dies ist eine Frage, die nicht losgelöst von den Fragen im Ostseeraum gesehen werden darf.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden; damit sind die beiden Tagesordnungspunkte erledigt.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf:

Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Regierungskonferenz der Europäischen Union

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/245

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/270

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/278

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich dahin verständigt, daß wir diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache abhandeln und die Anträge unmittelbar an den Europaausschuß überweisen. Die Debatte darüber soll dann in der November-Tagung des Landtages stattfinden.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Umsetzung der Reform der Sozialhilfe

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/224

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/259

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nur mit der am 1. August in Kraft getretenen und von der SPD in Bonn

mitgetragenen Sozialhilfereform ist es möglich, einen weiteren Anstieg der Sozialhilfeausgaben zu verhindern. Die Verabschiedung in Bonn geschah in einem großen Konsens von Regierung und Opposition.

Um so erstaunter waren wir, als wir am 22. August aus einer Presseerklärung der Arbeitsministerin zur Kenntnis nehmen mußten, daß die Landesregierung beabsichtigt, diese Reform nicht in vollem Umfang umzusetzen. Sanktionen gegen Sozialhilfeempfänger, die eine zumutbare Arbeit nicht annähmen, werde es in Schleswig-Holstein nicht geben, erklärte Frau Moser sinngemäß.

In § 1 des Bundessozialhilfegesetzes heißt es:

„Aufgabe der Sozialhilfe ist es, dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.“

Es heißt dort allerdings auch weiter:

„Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von der Sozialhilfe zu leben.“

In den vergangenen 30 Jahren hat man sich im wesentlichen damit beschäftigt, den ersten Teil des Auftrags des § 1 zu erfüllen; die zweite Aufgabe wurde aus unserer Sicht ziemlich vernachlässigt. Dieser zweite Auftrag ist aber mindestens genauso wichtig wie der erste. Ich behaupte sogar, er ist der wichtigere.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es geht nämlich darum, dem Sozialhilfeempfänger nicht nur einen Lebensunterhalt zu zahlen, sondern es geht auch darum, ihn in die Lage zu versetzen, wieder leben zu können, ohne irgend jemandem dafür danke schön sagen zu müssen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muß er denn danke schön sagen? Ein Recht ist das!)

Es ist dieser **präventive Auftrag des Bundessozialhilfegesetzes**, der in das Zentrum der Sozialhilfereform gestellt worden ist. Das ist aus unserer Sicht auch gut so.

Bei der Beurteilung und Bewertung dieser Maßnahme unterscheiden sich anscheinend SPD und CDU in Schleswig-Holstein. Daher bitten wir um alternative Abstimmung über die beiden vorgelegten Anträge.

Es dient aus der Sicht der CDU-Landtagsfraktion der Würde des Menschen, wenn wir ihm einen angemessenen Lebensunterhalt zur Verfügung stellen. Es dient der Würde des Menschen aber am meisten, wenn wir ihn befähigen, wieder aus eigener Kraft zu leben. Alles andere ist aus der Sicht der CDU-Fraktion ein völlig falsch verstandener Begriff von Solidarität.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Gesetz wird aber Zwangsarbeit nicht erwähnt!)

Es ist gut so, daß die Hilfen zur Arbeit in dem neuen Bundessozialhilfegesetz nicht nur aufrechterhalten, sondern verstärkt und entbürokratisiert worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Es wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß diese Hilfen überall zum Zuge kommen können.

Die Sozialdemokraten halten diesen eben aufgeführten Ansatz für verfehlt, weil es nicht genügend Arbeitsplätze in Deutschland gibt. Eines will ich ganz offen sagen: Dem Mangel an Arbeitsplätzen werden wir im

Rahmen der Sozialhilfe mit Sicherheit nicht abhelfen können. Aber etwas ganz anderes können wir tun: Wir können den arbeitslosen **Sozialhilfeempfängern**, die bisher immer abgedrängt worden sind, wenn es um den Wettlauf um die knappen Arbeitsplätze ging, bessere Chancen einräumen, wieder im **ersten Arbeitsmarkt** Fuß zu fassen. Genau dies sind wir ihnen auch schuldig.

Arbeitslose Sozialhilfeempfänger sind - auch das will ich an dieser Stelle sagen - keine schlechteren Arbeitnehmer als andere. Faule gibt es hier und dort. Sozialhilfeempfänger hatten vielleicht mehr Pech in ihrem Leben, und gerade deshalb schulden wir ihnen eine neue, eine bessere Chance. Wir müssen Brücken bauen - raus aus der Sozialhilfe, raus aus dem zweiten Arbeitsmarkt, rein in den ersten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das mit Zwangsarbeit!)

Die CDU-Landtagsfraktion hält gerade diesen Punkt der Reform der Sozialhilfe für einen erheblichen Baustein, um eine Brücke für die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu bauen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die weit verbreitete Annahme, wer einmal in die Sozialhilfe abgerutscht ist, der kommt niemals wieder heraus, ist schlichtweg falsch. Die meisten Menschen sind nur einige Monate Sozialhilfeempfänger. Ein großer Teil dieser Sozialhilfeempfänger - auch dies will ich deutlich sagen - gibt sich alle erdenkliche Mühe, wieder auf eigene Füße zu kommen.

Die CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag trägt die Reform der Sozialhilfe, wie sie in Bonn beschlossen worden ist, voll und ganz mit. Wir steigen nicht an einem einzigen Punkt aus, wie es die Sozialdemokraten jetzt scheinbar vorhaben. Wer als Sozialhilfeempfänger eine zumutbare Arbeit

ablehnt, dem wollen wir die Sozialhilfe kürzen. Wir tun dies nicht, weil wir kaltherzig sind, wie es uns die Sozialdemokraten - allerdings nur noch hier in Schleswig-Holstein - unterstellen; ich verweise auch auf den Landesparteitag der SPD in Hamburg. Wir tun dies, weil das Vorurteil vom arbeitsunwilligen Sozialhilfeempfänger einfach falsch ist.

Gerade deshalb ist es notwendig, den arbeitslosen Sozialhilfeempfängern eine Chance zu geben, sich in der Gemeinde gemeinnützig zu betätigen. Dies ist eine hervorragende Chance, um den Absprung zu schaffen. Dagegen den Einwand zu erheben, es gebe nicht genügend Arbeitsplätze, empfinde ich als ziemlich phantasielos. Natürlich sind die Arbeitsplätze knapp. Aber was folgt denn daraus? Soll das heißen, daß sich die Sozialhilfeempfänger beim Kampf um die knappen Arbeitsplätze weiterhin ganz hinten in der Schlange einzureihen haben, wie es schon jetzt auf den Arbeitsämtern geschieht? Neue Arbeit zu schaffen ist eine große Herausforderung der gesamten Gesellschaft. Die Tarifvertragsparteien mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern sind hier aufgerufen. Die Politik muß die Rahmenbedingungen setzen. Aber es kann doch nicht angehen, daß eine so wichtige Institution wie die Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland einfach außen vor gelassen wird.

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, viele Gemeinden leisten in einem gewissen Umfang heute schon ihren Beitrag. Diesen Städten und Gemeinden danken wir dafür ganz herzlich.

SPD und Grüne behaupten in ihrem gemeinsamen Antrag, daß das für die Kommunen alles viel zu teuer wird. Untersuchungen haben ergeben - nehmen Sie bitte auch dies zur Kenntnis -, daß sich die Aufwendungen für die Kommunen je nach Typ der Beschäftigung und nach Art der Maßnahme schon nach drei bis spätestens nach 36 Monaten auszahlen können. Nutzen

wir also diese Möglichkeit, um die **Kommunen** vor Ausgaben in der Sozialhilfe zu bewahren. Dieser Teil der Sozialhilfereform ist auch ein Teil, der dazu beitragen kann, die Kommunen von erheblichen **Belastungen** zu befreien.

Wir bitten darum, daß über unseren Antrag - alternativ zu Ihrem - in der Sache abgestimmt wird. Für uns als CDU-Fraktion ist Arbeit ein Wert an sich. Daher wollen wir auch für die Sozialhilfeempfänger Betätigungsfelder vor Ort schaffen.

Denken Sie bitte gleich in der Debatte bei den Angriffen auf die CDU daran, daß die Sozialdemokraten dieses Reformwerk in Bonn mitgetragen haben. Die Kritik fällt also auf Ihre eigene Partei zurück. Die CDU fordert mit ihrem Antrag hier im Landtag die zuständige Ministerin auf, den eingeschlagenen Weg, den sie am 22. August angekündigt hat, zu korrigieren. Wir sollten uns geschlossen hinter die Bonner SPD und die Bonner CDU stellen und die Reform der Sozialhilfe hier in vollem Umfang umsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Geerds, ich bin sehr dankbar dafür, daß Sie deutlich gesagt haben, das Bild des arbeitsunwilligen Sozialhilfeempfängers sei unzutreffend. Wenn wir uns dann noch über eine Grundlage einigen können, nämlich die, daß das Gesetz, über das wir reden, trotz aller Sparpakete nach wie vor Bundessozialhilfegesetz heißt, dann, denke ich, sind wir schon einen Schritt weiter.

Das **Kernziel** und die **Verpflichtung der Kreise und kreisfreien Städte** bestehen darin, die individuelle Notlage der Menschen zu beseitigen und die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger in Arbeit zu bringen. Ich füge hinzu: Die wollen das auch. Das zeigen sie tagtäglich bei den Arbeitsämtern und den Sozialämtern. Es ist sogar umgekehrt, nämlich daß sich ein Teil der Arbeitsämter in Schleswig-Holstein administrative Schritte überlegt, damit die Sozialhilfeempfänger - jedenfalls ein Teil - ihnen vom Leibe bleiben. Das heißt, die Sozialhilfeempfänger wollen Arbeit vermittelt bekommen. Nicht alle Bürokratien können in der Weise reagieren, wie es zweckmäßig wäre. Die Arbeitsämter haben keine Stellen für sie.

Der Landesparteitag der CDU hat - wann war das? - vor zwei Wochen einen Beschluß gefaßt.

(Zuruf von der CDU: War gut!)

- War gut, hieß es! - In dem Beschluß heißt es unter anderem:

„... die Fortführung des bereits erfolgreich begonnenen Umbaus des Sozialstaats ... um die bewährten Sozialversicherungssysteme zu erhalten und zu festigen, ohne die Beitragszahler zu überfordern.“

Wissen Sie, wie Sie das überhaupt nur hinkriegen? Dadurch daß Sie aus arbeitslosen Sozialhilfeempfängern Beitragszahler machen. Genau dies ist der Anknüpfungspunkt für unser Handeln. Deswegen sagen wir: In aller Regel ist nicht die Mehraufwandsentschädigung für **Sozialhilfeempfänger** die richtige Antwort, sondern es ist der **zweite Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung**. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Angeichts dessen, was in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein in diesem Bereich insgesamt vorangekommen ist, fordere ich Frau Moser auf, nicht den Weg zu gehen, von dem Sie sprechen, sondern den von ihr und den Sozialdemokraten eingeschlagenen Weg weiterhin konsequent zu beschreiten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich füge hinzu: In aller Regel zahlen nämlich diese Menschen - das wäre bei dem von Ihnen vorgeschlagenen Weg nicht so - in die Renten- und die Arbeitslosenversicherung ein. Sie stärken also die Sozialversicherung.

Rechnen Sie das mit der Mehraufwandsentschädigung einmal aus: 2 DM pro Stunde macht bei 30 Stunden pro Woche 60 DM; das sind im Monat 240 DM, letztlich 260 DM, und das kommt auf 536 DM Sozialhilfe drauf. Das ist rasend teuer für die Gemeinden, und dadurch werden keine Perspektiven dafür geschaffen, von staatlicher Hilfe unabhängig zu werden. Die Betroffenen werden nicht in die Arbeitslosenversicherung eingegliedert, und dadurch wird das System der Sozialversicherung insgesamt geschwächt.

(Beifall bei der SPD und einzelner Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muß die **Palette der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** erweitert werden. Die Landesregierung ist ja auch schon dabei, dieses zu erweitern. Ich möchte jetzt bei der Frage, wer von der Landesregierung wann welche Haushaltsschritte für 1997 bekanntgegeben hat, kein Öl ins Feuer gießen. Wenn Sie nur einmal die entsprechende Pressemeldung der Landesregierung lesen, dann werden Sie feststellen, daß im Haushaltsplanentwurf 10 Millionen DM mehr für Arbeitsmarktpolitik vorgesehen sind. Da muß

natürlich manches ausgeweitet werden, insbesondere auch in der Weise, daß eben nichtgemeinnützige Arbeitsplätze erfaßt werden, und in der Weise, daß Sozialhilfeempfänger daran teilhaben.

Ihre Frage, Herr Geerds, ob es denn weiterhin so sein soll, daß sich Sozialhilfeempfänger hinten an die Schlange anstellen, ist schon überraschend. Die Bundesregierung schlägt ein sogenanntes Arbeitsförderungsreformgesetz vor. Erst dadurch werden Sozialhilfeempfänger aus einer ganzen Reihe von Leistungen ausgegrenzt. Das heißt, erst dadurch werden zwei Klassen von Arbeitslosen geschaffen. Nicht die Schleswig-Holsteinische Landesregierung will hier zwei Klassen schaffen - ihr geht es um Integration und Wiedereingliederung -, sondern das AFRG - oder wie es heißt - spaltet die Arbeitslosen.

Nun sind wir nicht dogmatisch, und es gibt an verschiedenen Ecken und Enden verschiedene Wege. Ich denke zum Beispiel an die **Lübecker Initiative**, bei der sich die beiden großen Fraktionen in der Bürgerschaft zusammengetan haben. Der Weg besteht dort darin, die Sozialhilfeempfänger in eine **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** zu bringen. Aber es wird dort - wie in anderen Städten auch - der Versuch gemacht, dieses mit einer Erprobungsphase zur **Mehraufwandsentschädigung** zu verknüpfen. Ich finde, es ist - so etwas gibt es ja auch in anderen Städten - im Ansatz vernünftig, auch einmal einen neuen Weg zu probieren. Ich persönlich halte es für ein bißchen viel, ein halbes Jahr lang Mehraufwandsentschädigung zu gewähren; es stellen sich insoweit auch rechtliche Fragen. Aber man muß so etwas einmal erproben, und es ist richtig, neue Wege zu beschreiten. Wir werden uns nach einem halben Jahr ganz genau ansehen, was konkret dabei herausgekommen ist.

Herr Geerds, Sie haben hier von Sanktionen gesprochen. Das ist hier am Parlamentstisch leicht gesagt. Aber denken Sie einmal an den Sachbearbeiter im Sozialamt. Wenn dieser die Voraussetzungen für einen gerichtsfesten Bescheid erfüllen will, dann muß er sagen, warum gerade dieser Arbeitsplatz geeignet und zumutbar ist und mit welchen Schritten der Hilfeempfänger abgelehnt hat. Ich sage Ihnen: Einen gerichtsfesten Bescheid zu machen, kostet rasend viel Zeit. Das führt dazu, daß die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, weniger Zeit für die anderen Sozialhilfeempfänger haben.

Es gibt im Lande - ich weiß nicht genau, wieviel - schon eine Reihe von Beschäftigungsgesellschaften.

Für Arbeitgeber sind Leute aus **Beschäftigungsgesellschaften**, die sich in den zweiten Arbeitsmarkt bewerben

(Martin Kayenburg [CDU]: In den ersten!)

- in den ersten Arbeitsmarkt, schönen Dank! -, immer dann attraktiv, wenn sie wissen: Das sind Leute, die freiwillig gearbeitet haben. Wenn diese Gesellschaften - zu Recht oder zu Unrecht - in den Ruf kommen, daß dort diejenigen sind, die gar nicht arbeiten wollen, sondern arbeiten müssen, dann wird die Möglichkeit, den Schritt von diesen Gesellschaften in den ersten Arbeitsmarkt zu machen, langsam, aber sicher abbröckeln, dann werden die Vermittlungsquoten sinken. Insofern bitte ich um Zustimmung zu dem SPD-Antrag. Damit wird der Rahmen für das abgesteckt, was jedenfalls bei uns schon in der Überschrift steht: „Arbeit für Sozialhilfeempfänger“.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war etwas erstaunt, als ich den Antrag „des sozialpolitischen Gewissens“ der CDU-Fraktion gesehen habe, der das Thema **gemeinnützige Arbeit** zum zentralen Punkt der **Sozialhilfereform** macht. Angesichts Millionen fehlender Arbeitsplätze und der Schwierigkeiten der Kommunen, Arbeitsplätze bereitzustellen, erscheint es mir eher wie der Versuch, wieder die Lufthoheit über die Stammtische zu bekommen beziehungsweise zu behalten, wenn die Arbeitsmotivation arbeitsloser Sozialhilfeempfänger zum Mittelpunkt der Sozialhilfe gemacht wird - zudem die Erfahrungen der Kommunen mit Arbeitsverweigerungen äußerst widersprüchlich sind. In einer Umfrage des Deutschen Städtetages wird berichtet, daß Kommunen eine Verweigerungsquote von bis zu 30 % beklagen, andere Kommunen aber sagen, daß sie gar nicht in der Lage sind, die Arbeitsgelegenheiten anzubieten, die nachgefragt werden. Ich glaube, das wirft ein Licht auf die tatsächliche Situation.

Die Möglichkeit, Leistungen bei Verweigerung von zumutbarer Arbeit zu kürzen, gab es schon vorher; nur wird sie jetzt verbindlich auf 25 % festgeschrieben und läßt dann keine Ermessensentscheidung mehr zu - weder in Hinsicht darauf, was zumutbar ist, noch auf besondere persönliche Umstände der Hilfeempfänger oder deren familiäre Situation.

Diese Regelung entspricht dem Geist von moderner Armutspolitik, in der nicht mündige Bürger im Mittelpunkt stehen, sondern Almosenempfänger, die Dankbarkeit für die guten Gaben beweisen müssen. Die Sozialhilfereform beschränkt sich aber nicht auf das Thema gemeinnützige Arbeit und Arbeitsverweigerung. Das wird hier ja oft verschwiegen.

Für die Sozialhilfeträger werden **neue Möglichkeiten der aktiven Arbeitsmarktförderung** geschaffen. Das hört sich zwar gut an, ignoriert aber, daß das eigentlich Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit ist und konkret bedeutet, daß den ohnehin finanziell ausgebluteten Kommunen weitere Belastungen aufgebürdet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Ich gehe davon aus, daß diese Lasten wesentlich höher sind als das, wovon die CDU glaubt, Rot-Grün in diesem Land würde das den Kommunen aufbürden. Die Kommunen sind schon jetzt Ausfallbürgen für Leistungskürzungen des Bundes, und sie werden in Zukunft zum Parallelarbeitsamt.

Eine Reform mit dem Ziel, Sozialhilfebedürftigkeit zu vermeiden, hätte im Bereich der aktiven Arbeitsförderung ansetzen müssen. Die Integration arbeitsloser Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in das Erwerbsleben ist sinnvoller über die örtlichen Arbeitsämter zu erreichen als über die Sozialämter.

Ein weiterer Punkt für die **Festsetzung der Regelsätze** ist die Einführung einer sogenannten Regelsatzformel. Dies suggeriert, daß die Höhe der Regelsätze eine rein statistische Frage ist, die von Fachleuten nach objektiven Kriterien festgesetzt werden kann. Das ignoriert die politischen und gesellschaftlichen Aspekte bei der Beurteilung von Armut, die - davon gehe ich aus - sich in der Diskussion auch über den Armutsbericht zeigen werden.

Das Regelsatzniveau trifft auch eine Aussage über das Mindeste, was diese Gesellschaft ihren Mitgliedern zugesteht und hat erhebliche Auswirkungen auf andere staatliche Bereiche, wie dies in der Frage der Besteuerung des Existenzminimums deutlich wurde. Wo beginnt denn Armut und wo

Reichtum, was braucht man für ein menschenwürdiges Leben? Das sind Fragen, die nicht durch Statistiken, sondern durch politische und gesellschaftliche Diskussionen beantwortet werden und deshalb auch im Parlament entschieden werden sollten.

Ein weiterer Punkt, der wesentlich ist und der jetzt geändert wurde, ist der Grundsatz „ambulant vor stationär“. Diese Vorgabe wurde 1984 in das Bundessozialhilfegesetz aufgenommen, weil ambulante Hilfen oft sachgerechter und menschenwürdiger sind und zudem auch noch kostengünstiger. Das trifft in der Regel heute auch noch zu, aber nicht in allen Fällen. Wenn sich Schwerbehinderte und Pflegebedürftige entscheiden, nicht in einer Einrichtung zu leben, sondern ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung oder in der Familie zu führen, kann es dazu führen, daß **ambulante Hilfen** nicht in allen Fällen die kostengünstigste Lösung sind. Das hat zu der Neuregelung geführt, daß mit der Reform der Sozialhilfe die Möglichkeit von Behinderten und Pflegebedürftigen, ihre Lebensform selbst wählen zu können, unter den Vorbehalt der **Kostengünstigkeit** gestellt wird. Damit entscheidet in Zukunft das Sozialamt über die Lebensform von Behinderten und Pflegebedürftigen und beeinträchtigt die Persönlichkeitsrechte in eklatanter Weise. Das verschweigt der CDU-Antrag auch.

Es gibt noch weitere Änderungen in positiver - das gebe ich gern zu -, aber auch in negativer Hinsicht, die sich im CDU-Antrag nicht wiederfinden. Aber eine Diskussion über die Neuordnung der Sozialhilfe, die Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher und den Sozialhilfeträgern nutzt, ist von der CDU-Fraktion offensichtlich nicht gewollt. Auf der Suche, wer den Schwarzen Peter für die Krise der öffentlichen Finanzen bekommen soll, hat sie die arbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger entdeckt, obwohl sie Opfer einer Bundespolitik sind, die Massenarbeitslosigkeit zum Normalzustand

werden ließ und damit die Kommunen durch Leistungskürzungen der Arbeitsförderung massiv belastet hat. Das kann so nicht stehenbleiben. Deshalb ist der Antrag der SPD die richtige Antwort auf den CDU-Antrag. Sollte ich mich getäuscht haben, sollte die CDU die Integration von Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher zum Ziel haben, kann ich sie nur auffordern, ihren Antrag zurückzuziehen, dem Antrag der SPD zuzustimmen und auch auf kommunaler Ebene dazu beizutragen, Arbeitsplätze für benachteiligte Arbeitslose zu schaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es bemerkenswert, daß bei diesem Thema der Sozialhilfe selbst dann, als der eigene Sprecher der Sozialdemokraten gesprochen hat, nur genau sechs der Abgeordneten der SPD - ich habe nachgezählt - anwesend waren. Das ist erstaunlich.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die Debatte war von uns nicht gewollt! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ziel der **Reform der Sozialhilfe** ist es, Sozialhilfebedürftigkeit zurückzuführen. Das allein ist das Ziel dieser Reform. Allein aus diesem Grund ist es auch bemerkenswert, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung überhaupt dazu aufgefordert werden muß, diese Reform umzusetzen. Schließlich sollte sich doch gerade eine sozialdemokratisch geführte

Landesregierung mit dieser **Zielsetzung** identifizieren können; denn es geht in erster Linie darum, Sozialhilfeempfängern etwa durch konkrete Arbeitsangebote wieder zur Selbständigkeit, das heißt zu einer selbstverantworteten Lebensgestaltung zu verhelfen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dabei ist es völlig unbestritten: Die Sozialhilfe hat nach wie vor die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern die Führung eines menschenwürdigen Lebens zu ermöglichen, wenn sie sich selbst nicht helfen können. Die Entwicklung der Sozialhilfe in den letzten Jahren ist dadurch geprägt, daß sowohl die Zahl der Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt als auch die Kosten erheblich gestiegen sind. Hierbei sind die **Ursachen für die Sozialhilfebedürftigkeit** vielfältig. Rund ein Drittel der Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt geben als Grund für die Abhängigkeit das Fehlen einer Erwerbstätigkeit an, also das Fehlen einer bezahlten Arbeit.

Diese Gruppe der Arbeitsuchenden ist nochmals aufzuteilen: Es sind einmal Jugendliche, die aufgrund mangelnder schulischer und beruflicher Qualifikation keine Möglichkeit haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, es sind aber auch ältere Menschen, die seit längerem aus der Erwerbstätigkeit herausgefallen sind und den Kontakt zur Arbeitswelt verloren haben. Immer mehr Familien, vor allem in den Städten, werden zu Sozialhilfebezieher, da sie aufgrund der hohen Mieten und des fehlenden Angebots bezahlbaren Wohnraums trotz eigenen Erwerbseinkommens zumindest ergänzend auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind. Unter diesem Aspekt finde ich es bemerkenswert, daß die Landesregierung darauf verzichtet, 1000 weitere **Wohneinheiten** zu fördern, die einmal geplant gewesen sind.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Gleichzeitig schieben die Sozialdemokraten dem Unionsantrag aber noch schnell einen ihrer ebenso bekannten wie inhaltsleeren Anträge mit Beschuldigungen in Richtung Bonn hinterher.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kennen wir ja!)

Aber immerhin dürfen jetzt schon einmal Frauen in Schleswig-Holstein das Wohnen mit planen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Naturnah unter freiem Himmel!)

Alleinerziehende - das sind ja vorwiegend Frauen - können mangels Betreuungsmöglichkeiten ihrer Kinder nicht arbeiten und werden deshalb zu Sozialhilfeempfängerinnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ist es da nicht ebenfalls doppelzünftig, über Bonn zu klagen, gleichzeitig aber den niedrigsten Versorgungsgrad bei den **Kindergartenplätzen** unter 16 Bundesländern zu haben?

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe überhaupt keine Probleme, darauf hinzuweisen, daß es auch - die Betonung liegt auf „auch“, Herr Schroedter - arbeitsfähige junge Leute gibt, die sich in der Sozialhilfe häuslich eingerichtet haben. Denen tut ein gewisser Schub aus der Fürsorge in die Eigenvorsorge ganz gut.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo sollen die denn arbeiten?)

Erstes Ziel aller Bemühungen muß es sein, den Eintritt in die **Sozialhilfebedürftigkeit** zu verhindern. Sozial-, Arbeitsmarkt-, Familien-, Steuer- und Wohnungsbaupolitik müssen miteinander verknüpft und optimiert werden. Die Bonner Koalition hat hierzu bereits einiges geleistet.

Es ist jedoch nicht so, als würden alle Sozialdemokraten lediglich den postmodernen Betroffenheitskult pflegen. Auch das muß an dieser Stelle deutlich gesagt werden. So hat die Hamburger SPD klipp und klar gefordert: Der im Bundessozialhilfegesetz festgeschriebene Grundsatz, bei Verweigerung zumutbarer Arbeit die Leistungsgewährung zu vermindern, muß auch in Hamburg umgesetzt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fortschrittliche SPD! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwarze Stunde der SPD!)

Das gilt aber nicht nur für Hamburg, sondern für alle Bundesländer, also auch für Schleswig-Holstein, jedenfalls dann, wenn das gegliederte System der sozialen Sicherung auf Dauer erhalten werden soll, damit auch in Zukunft die tatsächlich Bedürftigen weiterhin durch die Gesellschaft unterstützt werden können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir werden dem CDU-Antrag zustimmen; den SPD-Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Jetzt kann ich wieder beruhigt
lesen!)

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In einem Ziel sind wir uns wohl einig: Die Hilfe für unfreiwillig arbeitslos gewordene Bürgerinnen und Bürger kann nicht darin bestehen, daß sie mit Transfereinkommen zu versorgen und in Passivität zu belassen sind. Sozialhilfeempfängerinnen und **Sozialhilfeempfänger** sollen aktiv am Erwerbsleben teilnehmen, falls sie es können.

Danach hört der Konsens wohl auf. Denn im Gegensatz zu manchen Kolleginnen und Kollegen bin ich der Ansicht, daß der weit überwiegende Teil der Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sozialhilfe beziehen, aktiv sein und arbeiten wollen.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb müssen wir diesen Menschen durch eine aktive Politik der Wiedereingliederung in die Erwerbstätigkeit helfen und sie nicht durch unsinnige Arbeitsdienste weiter in ihrer Würde kränken.

(Beifall beim SSW und der
Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine **aktive Arbeitsmarktpolitik kann** diesen Menschen durch gemeinnützige sozialversicherungspflichtige Jobs dazu verhelfen, im ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen.

Falsch ist es allerdings, den Betroffenen mit aller Gewalt jedwede Tätigkeit aufbürden zu wollen und ihnen einzureden, wenn sie die Arbeit ablehnten, seien sie Schmarotzer. Gerade das scheint mir jedoch der

Grundtenor der neuen Sozialhilfegesetzgebung zu sein. In einer Welt, in der der gesellschaftliche Status und das Selbstbild der Menschen wesentlich durch ihre Arbeit bestimmt werden, wäre es unmenschlich, ihnen eine anforderungslose Tätigkeit aufzubürden, die ihnen den letzten Rest an Selbstrespekt raubt. Es kann auch kein Arbeitgeber an potentiellen Arbeitnehmern interessiert sein, deren ohnehin durch die Arbeitslosigkeit angeschlagenes Selbstbewußtsein durch **Zwangsarbeit** zusätzlich gebrochen worden ist.

Meines Wissens sind die größte Gruppe von Sozialhilfeempfängern nicht alleinerziehende Frauen, sondern erwerbslose Männer, die Schwierigkeiten haben, wieder eingegliedert zu werden.

Das bedeutet nicht, daß wir auf Maßnahmen verzichten müssen, die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern sinnvolle Tätigkeiten vermitteln. Nur so kann man ihre schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen. Eine solche Arbeit muß aber einen ordentlichen Lohn bieten und zumindest sozialversicherungspflichtig sein, damit wir das Elend dieser Menschen nicht bis ins Rentenalter verlängern. **Wiedereingliederung**, nicht die Verhinderung von vermeintlichen Schmarotzern muß der Stern sein, unter dem unsere Arbeit steht.

Sozialhilfe ist kein Almosen, sondern ein Minimum, ein zu geringes Minimum, das den Schwachen und unfreiwilligen Verlierern unserer Gesellschaft ein menschenwürdiges Leben sichern soll.

Wir können daher den Antrag der CDU nicht unterstützen. Er sagt nichts anderes aus als das, was in der Sozialhilfegesetzgebung steht, und verstärkt einen Aspekt, den wir nicht verstärkt haben wollen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dem SPD-Antrag hingegen werden wir zustimmen. Er setzt die richtigen Zeichen für einen menschlichen Umgang mit den sozialpolitischen Rasenmäherexzessen der Bundesregierung.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit,
Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Geerds, Sie fordern die Landesregierung zur Umsetzung des novellierten BSHG auf. Das ist in jeder Weise und in jedem Punkt überflüssig. Auch Frau Aschmoneit-Lücke hat darauf bereits hingewiesen.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Liebe Frau Aschmoneit-Lücke, genauso überflüssig ist es allerdings, diese Landesregierung für den Stand des Kindergartenausbaus verantwortlich zu machen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie
lange brauchen Sie noch?)

Sie sollten uns dafür loben, daß wir in den Jahren, in denen wir es tun konnten, ihn um über 10 % gesteigert haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Geerds, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß die SPD der **Novellierung**

des BSHG zugestimmt hat. Deshalb verdient dieses Gesetzeswerk allerdings noch nicht unbedingt den Titel „Reform“. Wir haben zugestimmt, weil wir das, was wir uns unter „Reform“ vorgestellt haben, über den Bundesrat allein nicht durchsetzen konnten und wenigstens eine Ausgabenbegrenzung wollten. Das ist mit diesem Gesetz zu machen.

Was mit dem Gesetz nicht zu machen ist, ist, die Haushaltsprobleme der Sozialhilfeträger im Prinzip zu lösen. Sie sind nach wie vor Mammutersatzkasse für die vielen sozialen Defizite von Arbeitslosigkeit bis Wohnungsnot. Nach wie vor wird durch falsche Sozial- und Steuerpolitik Armut und insbesondere Arbeitslosigkeit kommunalisiert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Dennoch werden wir die Novelle des BSHG selbstverständlich umsetzen, und zwar so, daß alle Möglichkeiten der Ausgabenbegrenzung ausgenutzt werden. Herr Geerds, das interessiert Sie aber eigentlich gar nicht; Sie möchten einen Popanz aufbauen, indem Sie an die Hamburger Diskussion über gemeinnützige Arbeit gegen Mehraufwandsentschädigung anknüpfen und in diesem Zusammenhang meine Äußerung falsch zitieren. Ich war eigentlich vorbereitet, Ihnen unsere Umsetzungsschritte zur Novellierung des BSHG vorzutragen; ich entnehme der bisherigen Diskussion jedoch, daß das für Sie gar nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes ist, lasse das daher beiseite und komme gleich zu dem Punkt: **Arbeit statt Sozialhilfe.**

Herr Geerds, Sie wissen offenbar gar nicht, was Sie wirklich wollen. Einerseits sagen Sie, Sozialhilfe schaffe keine Arbeitsplätze. Diese Aussage ist mit Sicherheit richtig. Andererseits sagen Sie, es sei die erste Verpflichtung, Sozialhilfeempfängern wieder auf den ersten Arbeitsmarkt zu verhelfen.

Auch das ist mit Sicherheit richtig. Aber dafür gilt eben, daß wir die Instrumentarien dieses Gesetzes, so unzureichend sie an der einen oder anderen Stelle sind, und auch die Instrumentarien des AFG, so unzureichend sie sind, zusammen mit den Sozialhilfeträgern nutzen. Dazu gehört nicht, daß wir so eine Art Arbeitsdienst einführen, mit der wir die Menschen, die keine Arbeit haben, testen, ob sie denn willig sind, für ihre Sozialhilfe irgendeine beliebige, mehr oder weniger sinnvolle Arbeit zu tun. Das ist nicht der Sinn von Arbeit statt Sozialhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Der Sinn ist vielmehr, Menschen wieder in versicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, sie zu reintegrieren, sie aus der Sozialhilfe herauszuholen und in die sozialen Bezüge zurückzugeben. Dies versuchen wir. Das wissen auch Sie im Grunde. Sie kennen unsere Richtlinien für **„Arbeit für Schleswig-Holstein III“**. Dieses Programm läuft seit 1995. Sie wissen, daß Arbeit statt Sozialhilfe ein Schwerpunkt dieses Programmes ist, daß wir längst vor der Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes die Instrumentarien, die dieses Gesetz bietet, ausgenutzt haben. Ich habe eine Rundreise zu allen örtlichen Sozialhilfeträgern gemacht und just für diesen Punkt geworben, geworben und noch einmal geworben. Denn ich kann ja nicht anweisen, daß diese Instrumente eingesetzt werden. Wir unterstützen das in jeder Beziehung, und wir werden das weiterhin vermehrt tun. Wir werden das tun, indem wir weiter **Beschäftigungsgesellschaften**, die sich insbesondere um Sozialhilfeempfänger kümmern, unterstützen weil die ganz besonders nahe am ersten Arbeitsmarkt sind, und indem wir insbesondere auch die Form der Arbeitnehmerüberlassung fördern.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es hoffnungsvolle Ansätze gerade auch bei den Kreishandwerkerschaften. Das

wird vor Ort im übrigen auch von den CDU-Kolleginnen und -Kollegen mitgetragen. Das ist auch in Ordnung so. Auch daran sehe ich, daß diese Debatte hier im Grunde eine Scheindebatte ist.

(Zuruf des Abgeordneten
Matthias Böttcher [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Wir werden verstärkt versuchen, nach der Maatwerkmethode zu arbeiten, und bereiten gerade ein Modell vor. Ich nehme an, Sie wissen, daß dies eine Ein-zu-eins-Vermittlungsmethode ist, bei der der einzelne Sozialhilfeempfänger beziehungsweise die einzelne Sozialhilfeempfängerin in Gespräche mit Maatwerkmitarbeitern eintritt, die genau ermitteln, wo die besonderen Fähigkeiten liegen. Diese Mitarbeiter versuchen dann, aus einer Liste von Betrieben einen passenden Arbeitsplatz für diesen Menschen zu finden. In Harburg sind sie bisher sehr erfolgreich. Wir werden das auch in Schleswig-Holstein versuchen. Nur, wir sind natürlich auf die örtlichen Sozialhilfeträger und dort auf die kommunalen Mandatsträger angewiesen. Herr Geerdts, vielleicht tragen Sie als CDU diese Debatte dann auch in die Kreise und in die kreisfreien Städte.

Neben den Maßnahmen, die ich schon aufgezählt habe - Beschäftigungsgesellschaften und so weiter - , sind in den eineinhalb Jahren Laufzeit von „ASH III“ 1100 Arbeitsverträge mit Sozialhilfeempfängern als Einzelverträge gefördert worden. Ich will besonders versuchen, die neue gesetzliche Möglichkeit voranzubringen, auch **direkte Lohnkostenzuschüsse** aus Sozialhilfe an private Betriebe zu zahlen. Ich denke, diese Aufzählung macht deutlich, daß Sie hier im Grunde Eulen nach Athen tragen.

Lassen Sie mich am Schluß zu Ihrem falschen Zitat Stellung nehmen! In der Presseerklärung habe ich wörtlich gesagt:

„Die Androhung, bei Ablehnung einer gemeinnützigen Arbeit die Sozialhilfebezüge zu kürzen, entspricht zwar den gegenwärtigen rechtlichen Möglichkeiten und wahrscheinlich auch einem populistisch verwertbaren Gerechtigkeitsempfinden größerer Teile der Bevölkerung, schafft aber noch keine Arbeitsplätze.“

Und ich habe weiter unten gesagt:

„Wer zu Recht darauf hinweist, daß Sozialhilfeempfänger gegenüber der Gesellschaft die Pflicht haben, eine Arbeit anzunehmen, muß auch die Verpflichtung der Gesellschaft akzeptieren, entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen. Gemeinnützige Arbeit im Sinne von Mehraufwandsentschädigung bietet keine Perspektive, denn sie schafft keine **sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse**. Die Pflicht zur Arbeit darf nicht zum Arbeitsdienst verkommen.“

(Beifall bei der SPD)

Das ist das korrekte Zitat, und dazu stehe ich. Ansonsten machen wir unsere Arbeit so, wie sich das gehört, und vielleicht noch ein bißchen mehr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, alternativ abzustimmen. Ich gehe davon aus, daß das Haus damit einverstanden ist.

Dann frage ich zunächst, wer dem Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 14/224 - zustimmen will. Den bitte ich um das Handzeichen.

Jetzt stimmen wir über den Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 14/259 - ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Enthaltungen?

Der Antrag der SPD - Drucksache 14/259 - ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen den CDU-Antrag angenommen worden, für den CDU und F.D.P. gestimmt haben.

Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt, und ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Landesarmutsbericht

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/227

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag verfolgt die SPD-Fraktion zusammen mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ziel, eine **Landesarmutsberichterstattung** zu entwickeln, und bittet darum, daß in einem ersten Armutsbericht der Schwerpunkt auf die Situation von **Familien mit Kindern** gelegt wird.

Wenn es so ist, daß 60 % derjenigen, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ein Kind oder mehrere Kinder zu versorgen haben, wenn umgekehrt in Teilen des Landes 30 % der Sozialhilfeempfänger Kinder sind und wenn das Risiko, damit einen relativ schlechten Schulabschluß, verheerende Wohnverhältnisse und einen unterdurchschnittlichen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen vermacht zu bekommen, besteht, dann ist klar, wie

wichtig es ist, die Gruppe der Familien mit Kindern in den Mittelpunkt einer ersten Armutsberichterstattung zu stellen. Haushalte mit relativ vielen Personen, also Familien mit Kindern, tragen ein sehr großes Risiko, in Armut oder in armutsnahe Einkommenspositionen zu kommen.

Und immer, wenn man so etwas macht und an einer solchen Arbeit sitzt, muß man, noch dazu, wenn in der Zeitung kritische Stimmen zu lesen sind, eine Sekunde lang innehalten und muß fragen: Haben wir uns da verrannt, oder ist das nicht doch richtig gewesen?

Da flatterte aber gestern die Erklärung der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände auf unser aller Tisch. Die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, beginnend bei der Caritas bis hin zum Deutschen Roten Kreuz, schreibt, der Vorsitzende der LAG der freien Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein begrüße die Initiative zur Erarbeitung eines Landesarmutsberichtes. Sie fügt dann im weiteren Verlauf hinzu, die Wohlfahrtsverbände würden nach Kräften an Vorschlägen zur Bekämpfung der Armutsursachen mitwirken, um jungen Menschen auch unter veränderten Bedingungen Lebensperspektiven zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Damit will ich sagen, daß diejenigen, die die tatsächlichen Sensoren gesellschaftlicher Entwicklung sind, nämlich die sozialen Dienste bei den Wohlfahrtsverbänden, die in den Familien, in den Stadtteilen sind und die dies besser beurteilen können als vielleicht der eine oder andere an unseren Tischen, der Auffassung sind, daß dies ein Schwerpunktthema ist. Ich sage Ihnen: In der Politik - das gilt fraktionsunabhängig - ist das Thema Armut und **soziale Spaltung** sehr viel schwerer verständlich zu machen, als dieses in Teilen der engagierten Öffentlichkeit, bei den Kirchen und in anderen Bereichen der

Fall ist. Ich sage Ihnen: Dort ist soziale Spaltung und das Auseinanderdriften der Gesellschaft ein Kernthema.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Herr Klug von der F.D.P. hat vorhin zu einem anderen Tagesordnungspunkt erzählt, wenn wir mehrere hundert Kilometer weiter nach Osten blickten, dann würden wir ganz andere Maßstäbe für Armut kennenlernen. Herr Dr. Klug, Sie haben völlig recht. Wenn wir über Armut reden, beziehen wir Armut auf unsere eigenen Wertmaßstäbe, auf die Maßstäbe unserer eigenen Gesellschaft. Auf der Grundlage wachsenden Wohlstands erwerben wir etwas. Dann müssen sich auch die Grenzen, die Armut als Lebenslage kennzeichnen, erweitern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Das findet sich übrigens auch ganz konkret in der alltäglichen Praxis unserer Sozialämter wieder.

Wenn 40 % aller Haushalte in Deutschland über einen Kühlschrank verfügen, hat ein Sozialhilfeempfänger noch lange nicht Anspruch auf einen Kühlschrank. Wenn aber 97 % aller Haushalte über einen Kühlschrank verfügen, stellt sich das hinsichtlich der Sozialhilfeleistung als Teilhabe plötzlich ganz anders dar. Es geht also nicht darum zu fragen: Muß der Regelsatz so sein wie die Löhne in der Ukraine? Es geht vielmehr um die Maßstäbe in unserer Gesellschaft. Das denken nicht nur wir Sozialdemokraten uns aus, sondern das entspricht ziemlich exakt der Definition, die die Europäische Union in den letzten fünf Jahren jedes Jahr wiederholt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen teilweise sehr viel und teilweise sehr wenig. Wenn ich einen Blick in die Daten der Bundesanstalt für Arbeit werfe, stelle ich fest, daß dort so viele Daten vorhanden sind, die relativ zeitnah erhoben werden, daß man sie gar nicht verarbeiten kann. Im Bereich der Sozialhilfe ist das ganz anders. Schon über den Faktor Zeit wissen wir ausgesprochen wenig. Wir wissen auch wenig über die Zugangsursachen bei der Sozialhilfe. Wir wissen auch relativ wenig über die **Ursachen** des Wiederherauskommens. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen.

Vorhin ist von Herrn Geerds behauptet worden, die Fluktuation sei unglaublich hoch. Ich sage: Es kann so sein. Die Bremer Untersuchung hat so etwas gezeigt. Es gibt aber auch ganz andere Untersuchungen. Das ist ein Thema. Die Frage, wie die Fluktuation ist, spielt eine Rolle und hat auch ihre Auswirkungen - das sage ich auch einmal den Grünen - hinsichtlich der Frage, wie wir eines Tages die Arbeitsloseninitiativenförderung ziselieren. Das hat auch sehr viel mit der Frage Langzeitarmut oder Kurzzeitarmut zu tun. Auch die Frage der Ziselierung der Arbeitsmarktpolitik und die Frage - Frau Birk ist gerade nicht anwesend, aber für den Haushalt werden wir da spannende Fragen haben - der Behandlung der Erholungsfürsorge ist zu berücksichtigen. Es kommen ganz viele Fragen auf uns zu. Eine solche Armutsberichterstattung ist nichts folgenloses, keine wilde Beschreibung, sondern sie hat konkrete Auswirkungen auf die Politik.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die **Armutsberichterstattung** ist keinesfalls etwas Exotisches oder Folgenloses. Das vielleicht betuliche und beschauliche Rheinland-Pfalz - Herr Dr. Klug und Herr Kubicki äußern sich in der Zeitung oft sehr flach - regiert, wie wir wissen, eine sozial-liberale Koalition. Sie hat 1992 einen

Armutsbericht erstellt. In Hamburg gibt es ebenfalls einen Armutsbericht. Auch die EU beschäftigt sich damit. Die vom Bund finanzierte Deutsche Forschungsgemeinschaft hat das Thema Armutsmessung zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht. Die Vorstellung, das sei etwas ganz Exotisches und Folgenloses, ist also falsch.

Ich füge hinzu: In Schleswig-Holstein ist vor über zehn Jahren der erste kommunale deutsche Armutsbericht vorgelegt worden. Das Ergebnis war - das war zu einer Zeit, zu der die CDU und die F.D.P. in der Ratsversammlung in Kiel eine Mehrheit hatten -, daß im Grunde genommen eng damit verknüpft die Bekleidungsbeihilfen für die Kinder am nächsten Tag mit Zustimmung der CDU und der F.D.P. erhöht worden sind.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist ein Beispiel dafür, daß Sie nur auf der Grundlage von empirischen Daten und der **Beschreibung von Lebenslagen** zu politisch vernünftigen Entscheidungen kommen, damit wir uns nicht ständig gegenseitig die eigenen Vorurteile oder die des anderen an den Kopf hauen.

Handeln heißt im wesentlichen, Ziel muß es immer sein, Wege aus der Ausgrenzung aufgrund von Sozialhilfe oder armutsnahen Einkommenspositionen auszuschöpfen. Ein paar Beispiele habe ich schon genannt. Inwieweit das Ganze zu Konsequenzen führt, hängt allerdings auch von der Qualität eines solchen Berichts ab. Die Qualität eines solchen Berichts bedingt dann die Frage der Folgenlosigkeit.

Vor einigen Tagen ging durch die Zeitungen die Meldung, daß sich in Schleswig-Holstein von 1989 bis 1992 - es ist interessant, daß beispielsweise die Daten der Einkommensentwicklung der Millionäre mit einem Zeitverzug von fünf bis sechs Jahren erhoben werden - die Anzahl der

Einkommensmillionäre, nicht der Millionäre, da Millionär zu sein offenbar eine Sache ist, die in unserer Gesellschaft relativ häufig vorzukommen scheint,

(Thorsten Geißler [CDU]: Vor allen Dingen in Italien!)

um das eineinhalbfache auf 800 erhöht hat. Das wäre eine hervorragende Meldung, wenn das die Spitze des Eisbergs wäre und der Eisberg sich immer weiter nach unten verbreitern würde. Das ist aber nicht der Fall. Weil das so ist, weil Armut relativ ist und weil wir über soziale Schieflagen und soziale Gerechtigkeit reden, muß eine solche Berichterstattung auch in Schleswig-Holstein entwickelt werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Auf der Tribüne begrüße ich Damen und Herren des SPD-Ortsverbands Holm. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerds.

Torsten Geerds [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Erarbeitung eines **Landesarmutsberichts**. Unsere Erfahrungen, die wir als Parlament mit den Berichten der Landesregierung gemacht haben,

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb fordern Sie immer neue!)

sind insgesamt so schlecht, daß unsere Erwartungshaltung auch an dieser Stelle nicht sonderlich hoch ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Wenn in der Einleitung Ihres Antrags auf eine Vielzahl von Berichten - Frau Erdsiek-Rave, ich konkretisiere das jetzt - hingewiesen wird, müssen dazu einleitend einige Anmerkungen gemacht werden.

Der Landesaltenplan wurde von den Seniorenorganisationen und vom Seniorenrat des Landes in der Luft zerrissen, weil ihm jegliche Perspektive fehlte.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Da habe ich ganz andere Erfahrungen vor Ort! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Dr. Rossmann, hören Sie mir zu! Hinterher können Sie sich aufregen. Ich habe noch drei oder vier solcher Punkte.

Beim Jugendhilfeplan hat es die Landesregierung völlig versäumt, eine Anhörung der betroffenen Verbände durchzuführen. Auch dieser Plan stellt lediglich eine Ansammlung von Aktivitäten des zuständigen Ministeriums dar. Er gibt keine Hinweise auf die künftigen Entwicklungen und die daraus erwachsenden Aufgaben.

Ihr Bericht zur Situation von Menschen mit Behinderungen wurde Ihnen von den Behindertenverbänden im Lande um die Ohren gehauen. Auch sie kritisieren den Mangel an politischen Perspektiven.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Frau Erdsiek-Rave, nicht jede Rede, die ich halte, muß Ihnen gefallen. Mir gefällt auch nicht jede Rede, die Sie halten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU
- Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Wie schade!)

Wenn der Landesarmutsbericht der Landesregierung so ausfallen sollte wie die Berichte zu den Themen, die ich eben genannt habe, sollten wir uns überlegen, ob wir die finanziellen und personellen Kapazitäten nicht lieber einsparen sollten. Wer die Verwaltung mit der Erstellung wertloser Großaufträge beschäftigt, bringt zwar die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in Wallung, leistet aber keinen konkreten Beitrag zur **Armutsbekämpfung**. Ich empfinde viele Berichte, die wir in der Vergangenheit angefordert und erhalten haben, auch ein wenig als Aktionismus.

Ich beantrage für die CDU-Landtagsfraktion die Überweisung dieses Antrags an den Sozialausschuß. Ich bitte, dies als einen Wink zu empfinden, daß wir an dieser Stelle aufeinander zugehen können. Es müssen aber an vielen Stellen konkretere Formulierungen gefunden werden.

Wir sind allerdings bei einigen Punkten mit Ihnen nicht einig. Es besteht scheinbar keine Einigkeit bei der Definition der Armut. Nicht jeder, der in Deutschland von der **Sozialhilfe** leben muß, ist aus unserer Sicht arm. Das Ziel der Sozialhilfe ist es, jedem Empfänger der Sozialhilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde entspricht. Wer in Deutschland in einer Wohnung lebt und auf Zeit Sozialhilfe bezieht, ist zwar finanziell mit Sicherheit mies dran, aber aus unserer Sicht noch nicht als arm zu bezeichnen. Sozialhilfeempfänger werden von der Gesellschaft solidarisch getragen. Sie fallen

nicht automatisch durch das soziale Netz hindurch.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Sozialhilfe ist nämlich Bestandteil unseres sozialen Sicherungssystems.

Arm ist in unseren Augen der Sozialhilfeempfänger, der zusätzlich auch noch seine Wohnung verloren hat. Mit ihm wird nämlich in dieser Gesellschaft nach dem Motto verfahren: Ohne Arbeit keine Wohnung, ohne feste Bleibe auch keinen neuen Arbeitsplatz. In diesem Fall sind wir uns in der Beurteilung, daß ein Mensch arm ist, einig.

Aus der Sicht der CDU-Fraktion will ich einen weiteren Bereich nennen: Es gibt eine verschämte **Altersarmut** in Deutschland. Viele ältere Menschen, die ein erfülltes Arbeitsleben hinter sich haben und heute eine Kleinstrente beziehen, oder ältere Frauen, die sich auf die Kindererziehung und die Familie konzentriert haben, heute aber den Weg zum Sozialamt scheuen, sind in der Tat als arm zu bezeichnen.

Diesen älteren Menschen, die mit ihrer Rente nicht auskommen, sollten wir gemeinsam helfen und ihnen den unwürdigen Gang zum Sozialamt ersparen.

Wer **Altersarmut**, gerade für Frauen, glaubwürdig bekämpfen will, muß nach neuen Beschäftigungsfeldern in der Gesellschaft von heute suchen. Meine Kollegin Gudrun Hunecke macht mit ihrem Antrag „Arbeitsplatz privater Haushalt“, den wir in der nächsten Landtagstagung beraten werden, einen wichtigen Vorschlag, der einen Beitrag dazu leisten könnte, daß ein großer Teil unserer Gesellschaft sozialversicherungspflichtige Arbeit findet.

Es gibt in Deutschland und in Schleswig-Holstein keine **Massenarmut**, wie uns SPD und Grüne wahrscheinlich deutlich machen

wollen. Aber die Teile der Armut, die wir gemeinsam akzeptieren, wird die CDU mit Sicherheit genauso aufgreifen und bekämpfen. Die Menschen, die wir nicht für arm halten - Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose -, müssen auf eine andere Art und Weise als mit einem solchen Bericht Hilfestellung erhalten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine hohe Zahl von Arbeitslosen. Wir haben viele Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und Zuwanderer. Hinzu kommen eine ständig steigende Lebenserwartung, eine sinkende Geburtenrate und eine zunehmende Zahl von Ein-Eltern-Familien. Diese Punkte haben in den vergangenen Jahren das Bild Deutschlands verändert.

Für die **Sozialschwachen** können wir jedoch nur etwas tun, wenn wir zur Kenntnis nehmen, daß sich die Märkte globalisieren und daß auf den Weltmärkten Konkurrenten erwachsen. Die Konkurrenten von heute sind die bisherigen Hilfeempfänger und Abnehmer unserer Waren. Dienstleistungen und damit Arbeitsplätze kann man per Knopfdruck von einem anderen Kontinent importieren. Das sind die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen. An diese Herausforderungen kommen wir mit diesem Bericht nicht heran.

Die internationale Konkurrenz um Arbeit wird noch zunehmen. Auch dies müssen wir in der Debatte anführen. Rund 1,2 Milliarden Arbeiter aus den Staaten der sogenannten **Dritten Welt** werden in der Lage sein, 85 % der Arbeiten zu übernehmen, die heute noch in den **Industriestaaten** der Welt geleistet werden. Der Durchschnittslohn in den Entwicklungsländern beträgt zur Zeit drei Dollar; in den Industriestaaten dagegen 85 Dollar. Das sind die Herausforderungen, die auf uns zukommen.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU])

Wer den Sozialschwachen und den Arbeitslosen helfen will, muß einen Beitrag dazu leisten, daß die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in Schleswig-Holstein modernisiert wird. Moderne Methoden und Innovation sind dringend erforderlich, damit die strukturellen Verwerfungen, von denen ich eben sprach, wirklich aufgebrochen werden können.

Wer auf die internationalen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, mit einer ausschließlichen Besitzstandswahrungsdebatte reagiert und der Bevölkerung keine Reformen zumuten will, der mag zwar von der eigenen Klientel noch Applaus erhalten; er katapultiert sich aber aus dem Bewußtsein der Bevölkerung heraus, Kompetenzen zu besitzen, um Probleme zu lösen. Dies gehört meines Erachtens zu der Debatte: die Globalisierung der Märkte, der Wandel von Arbeitsplätzen, die Anforderungen an Arbeitnehmer und das sich wandelnde gesellschaftliche Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland. Über diese Punkte müssen wir reden. Darum wollen wir den Antrag der Sozialdemokraten ergänzen. Das wollen wir im Ausschuß tun und bitten deshalb um Überweisung. Dort werden wir dann allerdings auch die Kosten-Nutzen-Frage stellen müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Thema **Armut** kann man auf verschiedene Art und Weise umgehen. Man kann es so machen, wie es die

Stadt Hamburg plant oder gerade macht. Im „Hamburger Abendblatt“ lautete heute eine Überschrift: „Behörde will Bettler vertreiben“. - Das ist eine Methode. Es ist allerdings eine, die ich nicht für gut heiße.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Wer ist an der Regierung?)

- Das hat mit der Frage erst einmal nichts zu tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich
bitte doch darum!)

- Wenn sich für Sie die Frage darauf reduzieren würde, wer derzeit an der Regierung ist, fände ich das sehr traurig. - Aber ich wollte jetzt zu dem Thema Armutsbericht kommen.

Ist von einem **Armutsbericht** - wie es Herr Kubicki formuliert hat - nur Betroffenheitslyrik zu erwarten, kostet er unnötig Geld,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

das besser für konkrete Arbeit verwendet werden könnte, und beschreibt er ohnehin nur das, was man schon weiß?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So
ist es!)

- Das sagen Sie. - Ich bin nicht dieser Meinung. Die aktuellen Diskussionen geben mir recht. Gesundheitsreform, Reform der Sozialhilfe und des Arbeitsförderungsgesetzes, Steuerfreiheit des Existenzminimums, Sicherheit der Renten - das sind alles Punkte, die derzeit diskutiert werden, allerdings immer nur einzeln und nie im Zusammenhang mit demselben Thema: Kostendämpfung und Finanzierbarkeit der Absicherung vor sozialen Risiken.

Die Gefahr, daß ein Armutsbericht überflüssig wird oder sich zur Lyrik entwickelt, ist allerdings real. Wenn die

Bundesregierung weiterhin im Schweinsgalopp die sozialen Sicherungssysteme rasiert, läuft eine Armutsberichterstattung Gefahr, den aktuellen Entwicklungen hinterherzulaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Immer wieder verkündet die Bundesregierung, die Sozialausgaben des Bundes sollen gesenkt werden - und dies, obwohl mehr Menschen als je zuvor in die sozialen Sicherungssysteme gezwungen werden, weil sie gegen ihren Willen aus dem Erwerbsleben gedrängt werden oder ihr Einkommen nicht mehr ausreicht, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Das ist das Ergebnis christlich-liberaler Deregulierungspolitik. Das ist aber auch das einzige, was ich zur Bundesregierung sagen möchte.

Sinn eines Armutsberichtes, der notwendigerweise eine **Darstellung der Situation** beinhaltet, ist es, auf der Grundlage gesicherter Daten **Handlungsmöglichkeiten** zu entwickeln, die dazu beitragen, Armut zu vermeiden und zu verhindern und die dafür eingesetzten Mittel effektiv und zielgerichtet zu verwenden. Die Armutsberichterstattung muß dazu dienen, einerseits innerhalb der bestehenden Sicherungssysteme Wege aus der Armut zu finden, andererseits aber auch die Diskussion über eine Neuordnung voranzutreiben. Die Grundlagen der Konstruktion der beitragsfinanzierten Sozialversicherung, Ausweitung der Erwerbsarbeit und Vollbeschäftigung sind zusammengebrochen. Die steuerfinanzierte Sozialhilfe ist zu einem wesentlichen Faktor der sozialen Versorgung geworden. Die Auswirkung der Massenarbeitslosigkeit auf die Sozialversicherungen haben erstens dazu geführt, daß die Beiträge erhöht werden und der Faktor Arbeit - und damit auch ein Standortfaktor - mit immer höheren Kosten belastet wird. Zweitens hat es dazu geführt, daß immer mehr Kosten auf die Sozialhilfe

und damit auch auf die Kommunen ausgelagert werden.

Diese **Entwicklung** war zwischen den fünfziger und siebziger Jahren, als das **soziale Sicherungssystem** gestaltet und ausgebaut wurde, nicht vorauszusehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Haben Sie Joschka Fischer heute
im „Stern“ nicht gelesen?)

Die soziale Absicherung über bundesweit einheitliche Pflichtbeiträge aus abhängiger Erwerbsarbeit sollte die Regel, die Sozialhilfe die Ausnahme sein. Diese beschriebene Entwicklung hat nicht nur zu einer sozialen Schieflage geführt, sondern auch zu einer Schieflage bei der föderalen Aufgabenverteilung sozialstaatlicher Funktionen. Dies macht deutlich, daß die Notwendigkeit besteht, das soziale Netz neu zu stricken, anstatt zu versuchen, immer neue Löcher zu stopfen oder die Maschen zu erweitern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich
sage nur: Joschka Fischer im
„Stern“!)

Keine Flickschusterei mehr, sondern Bestandsaufnahme und Analyse, und darauf fußend eine Diskussion über die **Neuordnung der sozialen Sicherungssysteme**.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN] - Zuruf des
Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.])

- Herr Kubicki, sagen Sie, was Sie wollen, und ich antworte Ihnen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der
Landtag ist da doch gar nicht
zuständig! Haben Sie heute

Joschka Fischer nicht im „Stern“
gelesen?)

- Nein, ich habe heute noch keine Zeit gehabt, den „Stern“ zu lesen. Was die Zuständigkeit des Landtages in solchen Fragen angeht, teile ich nicht Ihre Meinung. Auch das Land Schleswig-Holstein sollte sich an einer Diskussion über die Neuentwicklung des sozialen Sicherungssystems beteiligen und auch Vorschläge machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ebenso kann die Armutsberichterstattung dazu dienen, den Blick auf die soziale Schieflage in der aktuellen politischen Diskussion zu richten. Ständig wird über die Steuerentlastungen diskutiert, während viele Menschen in diesem Lande noch nicht einmal das Nötigste besitzen und auch gar keine Steuern zahlen, von denen sie entlastet werden könnten.

Kinder sind zum Armutsrisiko geworden, während gleichzeitig über die Abschaffung der Vermögensteuer diskutiert wird. Nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes ist ein Drittel der **Sozialhilfeempfänger** unter 15 Jahre alt. Der Anteil von Sozialhilfeempfängern unter sieben Jahren übersteigt den von Senioren um ein Dreifaches. Die Folgen für unsere Gesellschaft zeigen sich schon jetzt an Familien, die seit mehreren Generationen von der Sozialhilfe leben. Menschen, die schon in der Kindheit aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden, werden sich nicht an dieser Gesellschaft beteiligen.

Ich möchte doch einmal kurz zusammenfassen: Die Zahl von Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern hat sich in den letzten Jahren vervielfacht. Die Finanzierung der sozialen Sicherung ist in die Krise geraten. Auswege müssen gefunden werden. Für die Wirtschaft gibt es

die Fünf Weisen. Die Sozialpolitik ist verwaist. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings müssen wir uns über eines im klaren sein. Die Armutsberichterstattung ersetzt nicht die Diskussion über die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Nicht der Sozialstaat ist zu teuer, sondern die Arbeitslosigkeit ist es.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

Zum Schluß möchte ich mich noch zum Vorschlag von Herrn Geerds äußern, den Antrag in den Ausschuß zu überweisen und dort zu beraten. Ich glaube, es macht nicht viel Sinn; denn, wie Sie hier schon deutlich gesagt haben, lehnen Sie diesen Armutsbericht ab. Ich glaube, es macht nicht viel Sinn, im Ausschuß darüber zu beraten, wenn Sie es nicht wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die einzig ehrliche Kollegin!)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Kubicki!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Insonderheit! - Heiterkeit)

Armut greift um sich und nimmt zu. Daran kann es überhaupt keine Zweifel geben. Aber dieser **Antrag** ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Widerspruch von der SPD)

Vor allen Dingen dann, wenn man bedenkt, daß am 25. November letzten Jahres die Antwort auf eine **Große Anfrage** von SPD-Abgeordneten im **Deutschen Bundestag** herausgekommen ist - 120 Seiten stark -, die sich genau mit diesem Thema sehr ausführlich auseinandersetzt. Ich bin überrascht darüber, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß Sie diese Große Anfrage offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Konrad Nabel [SPD]: Es geht hier um Schleswig-Holstein, Frau Kollegin!)

Diese Große Anfrage und ihre Antworten beziehen sich auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland, und soweit ich informiert bin, gehört Schleswig-Holstein immer noch zur Bundesrepublik Deutschland.

(Zurufe)

Sie alle können dem „Flensburger Tageblatt“ vom 21. September 1996 entnehmen, wohin die Reise heute geht. Worüber ich allerdings sehr betroffen bin, ist, daß eine zentrale Aussage dieses Artikels grundlegend falsch ist. Lassen Sie mich daher richtigstellen: Ich habe überhaupt kein Problem damit darzustellen, daß die F.D.P.-Fraktion - bei aller Ernsthaftigkeit, die bei der Diskussion zum Thema Armut angebracht ist - den vorliegenden Antrag schlicht zum Lachen findet.

Was allerdings überhaupt nicht zum Lachen ist, ist der allzu durchsichtige Versuch, eine gesellschaftliche Entwicklung zu mißbrauchen, um von der eigenen **Konzeptionslosigkeit** abzulenken und gegen die Regierungskoalition in Bonn noch einmal zu wettern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mehr als politische Rituale sind das nicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Grenze der Geschmacklosigkeit ist für mich dort erreicht, wo eine der schwächsten Bevölkerungsgruppen instrumentalisiert werden soll.

(Widerspruch des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, wir werden sicherlich noch Gelegenheit haben, über die Frage der **Instrumentalisierung** von bestimmten Problemen zu sprechen. Ich denke nur daran, daß Minister Steenblock gestern hier im Hohen Haus behauptet hat, er habe gerade erst von einer neuen Erkrankung an Leukämie gehört, während wir positiv wissen, daß tatsächlich zehn Tage vorher das Wissen dort schon vorhanden war. Das nenne ich ganz deutlich an dieser Stelle „instrumentalisieren“, und ich habe den Eindruck, daß hier mit diesem Thema genau dasselbe passieren soll.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Konrad Nabel [SPD]: Wenn die betroffenen Menschen nicht wollen, daß so etwas veröffentlicht wird, wie können Sie dann sagen, daß hier instrumentalisiert werde?)

Vielleicht ist es daher auch angebracht, meine eingangs geäußerte Ansicht zu korrigieren. Es ist in der Tat nicht zum Lachen, wenn SPD und Grüne die eigene Landesregierung auffordern, sechsstellige Summen in die Sozialverwaltung zu stecken, um dann irgendwann zufrieden feststellen zu können: Gut, daß wir über das Thema gesprochen haben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider haben Sie keine Ahnung!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie müssen schon entschuldigen - Frau Fröhlich, auch Sie -, daß mir dabei wirklich der Kragen platzt.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Seit Jahren versuchen Sozialdemokraten - quer durch die ganze Republik -, den Sozialneid zu schüren.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! Was erzählen Sie da? - Konrad Nabel [SPD]: Erzählen Sie das einmal der betroffenen Bevölkerung!)

Seit Jahren wollen Sie die Bevölkerung schlicht für dumm verkaufen und malen den Untergang des Sozialstaates an die Wand.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Sie können das alles weitererzählen, und ich sage es hier ja auch ganz öffentlich. Darüber hinaus bekommen Sie das Protokoll, und das können Sie auch weitergeben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre Partei kann sich wirklich alles leisten! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich empfehle, endlich Joschka Fischer zu lesen!)

Und beinahe seit Jahrzehnten hat die Platte denselben Sprung von der Umverteilung von unten nach oben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Von Besserverdienenden, heißt es!)

Das kann doch wohl nicht das Ziel sein.

Es ist allerdings sehr erstaunlich, daß ausgerechnet die **Länder**, in denen **Sozialdemokraten** teilweise seit Jahrzehnten die Verantwortung tragen, zu den heruntergewirtschaftetsten überhaupt gehören: das bankrotte Saarland, das völlig überschuldete Bremen oder das abgewirtschaftete Niedersachsen. - Länder mit überdurchschnittlichen Arbeitslosenzahlen, überdurchschnittlichen Sozialhilfequoten und überdurchschnittlicher Pro-Kopf-Verschuldung. Und auch die Erfolgsbilanz der schleswig-holsteinischen Landesregierung kann sich hier durchaus einreihen: zweithöchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bleibt nach wie vor weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück, und bei den Arbeitslosenzahlen werden wir bedauerlicherweise den Bundesdurchschnitt in diesem Jahr auch wieder überholen.

Und: Kaum beginnt sich die Wirtschaft der süddeutschen Länder wieder zu erholen, ist das kurze Gastspiel Schleswig-Holsteins im Kreise der Geberländer im horizontalen Finanzausgleich auch schon wieder beendet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Passé! - Holger Astrup [SPD]:
Warten wir's ab!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war darauf vorbereitet, daß dieses - Sie haben es ja bereits, wie gesagt, im „Flensburger Tageblatt“ gelesen - heute bei Ihnen nicht gut ankommt. Aber ich will Sie doch noch einmal ganz klar fragen: Haben Sie den **Armutsbericht des Saarlandes** gelesen, und haben Sie dieses traurige Sparschweinchen gesehen? Ich glaube, so etwas brauchen wir in Schleswig-Holstein tatsächlich nicht auch noch herzustellen.

(Zuruf von der SPD)

Ich empfehle Ihnen deshalb dringend die Lektüre der Antwort auf die Große Anfrage, die wir Ihnen gern zur Verfügung stellen. Wir haben sie da, und wir haben sie auch gelesen.

(Beifall bei der F.D.P. -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir
empfehlen Ihnen auch die
Lektüre Ihres Herrn Fischer
heute!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man könnte vieles noch zu der Polemik sagen, die wir jetzt gerade gehört haben, und zu dem, was im Vorfeld der Landtagssitzung gesagt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das will ich aber nicht. Allerdings muß ich Ihnen in einem Punkt zustimmen, Herr Kubicki. Wenn ich die entsprechende Zeitungsberichterstattung recht verstanden habe, dann habe Sie bemängelt, daß wir die wuchernde **Armut** nicht an der Wurzel packen. Damit liegen Sie natürlich völlig richtig.

(Beifall der Abgeordneten Dr.
Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]

In den meisten Fällen hat nämlich nur - ich sage nur - die CDU/F.D.P.-Bundesregierung den Schlüssel zu solchen Maßnahmen in der Hand. Nur schade, daß sie ihn verlegt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die
Bundesregierung ist immer
richtig!)

Wenn wir die Ursachen der Armut bekämpfen wollen, müssen wir eher eine neue Bundesregierung wählen, als einen Bericht zu beantragen.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, Sie sind eine echte Nervensäge. Vielleicht lassen Sie mich einmal ausreden.

(Stürmische Heiterkeit - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Aber Armut besteht eben nicht nur aus der Tatsache, daß Menschen wenig Geld haben. Nur eine schmalspurige ökonomische Sicht der Dinge übersieht - ich will gar nicht mehr dazu sagen, zu welcher Partei ich da eigentlich hinblicken möchte -, daß die **Einkommensarmut** eine Vielzahl von materiellen, sozialen, gesundheitlichen und psychischen Folgen hat, die sich durchaus auch verselbständigen können. Und genau hier liegt der Hund begraben. Zum einen haben wir die vielfältigen Probleme in Schleswig-Holstein - auch in Zuständigkeitsbereichen des Landes, wie ich hier hervorheben muß -, und zum anderen werden mindestens noch zwei Jahre lang neue Probleme von Bonn geschaffen. Auch von einer neuen Bundesregierung verspreche ich mir nicht, daß sie die Armut abschaffen kann. Deshalb braucht das Land Schleswig-Holstein einen Armutsbericht.

Ich finde, es ist eine ausgezeichnete Idee, den ersten Teil der Armutsberichterstattung zum Thema **Kinder** und **Familie** zu machen. Wir haben es schon vielfach gehört: Wer Kinder hat, ist eher arm. Kinder haben sich heute zu einem wesentlichen Armutsfaktor entwickelt und sind mittlerweile aussagekräftiger als die

Schichtzugehörigkeit. Die Zahl der Kinder wird zunehmend zu einem zentralen Element sozialer Ungleichheit. Das mag Ihnen jetzt vielleicht zu soziologisch klingen, aber so ist das, und das muß man auch der F.D.P. noch einmal sagen. In diesem Fall sollten Sie sich vielleicht bei Ihren Parteikollegen in Bonn dafür stark machen, daß Familien mit Kindern Gerechtigkeit widerfährt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Familien mit Kindern haben trotz Familien-Lastenausgleich und den anderen spärlichen Familienleistungen noch immer wesentlich weniger verfügbares Einkommen als ein kinderloses Paar.

Ich finde es ungünstig, daß der erste Bericht zugleich einen Überblick über die einkommensbezogene Armut bieten soll. Der letzte Abschnitt des Antrages läßt leider befürchten, daß wir hauptsächlich ein Statistik- und **Zahlenwerk** bekommen. Wenn das auch für die Beschreibung der Kinder, Jugendlichen und deren Familien gilt, müßten wir noch einen zweiten Bericht bekommen. Das ist unserer Meinung nach nicht Sinn der Sache.

Der Antrag Drucksache 14/227 erhebt den Anspruch, nicht nur zahlenmäßige Indikatoren zu berücksichtigen, sondern auch in **qualitative Verhältnisse** einzusteigen, die nicht in DM, Klientenzahlen oder Dauer des Sozialhilfebezugs auszudrücken sind.

Ich hoffe, daß wir am Ende eine Reihe von Berichten haben werden, die diesen Anspruch einlöst. Damit wäre eine gute Grundlage für die Arbeit jener Abgeordneten geschaffen, die sich für die Bekämpfung und Minderung von Armut einsetzen wollen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil sich die F.D.P. nur ganz oberflächlich mit diesem Antrag auseinandergesetzt hat, will ich kurz folgendes sagen. Frau Aschmoneit-Lücke, Sie waren am Dienstag in Lübeck und haben an der 50-Jahr-Feier der F.D.P. teilgenommen. Sie haben dort sicherlich mitbekommen, was Frau Hamm-Brücher Ihnen und Ihrer Partei ins Stammbuch geschrieben hat. Sie hat sehr deutlich gesagt: Die F.D.P. war eine attraktive und erfolgreiche Partei, als sie eine sozial-liberale Partei war. - Davon sind Sie heute sehr weit entfernt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erstens. Sie waren doch gar nicht da! Zweitens gilt das für die SPD auch!)

Ich will mich nicht weiter mit Ihren Argumenten auseinandersetzen; diese waren sehr oberflächlich. Es geht darum, die Bedingungen für eine Armutsberichterstattung in Schleswig-Holstein zu schaffen.

Wir haben uns vorgenommen, den ersten Armutsbericht unter die Überschrift „Soziale Situation von Kindern und Jugendlichen und von Familien“ zu stellen.

Für über eine Million **Kinder und Jugendliche** im Alter bis zu 18 Jahren ist der Gang zum Sozialamt heute die erste Erfahrung mit dem Sozialstaat. Mehr als 1,7 Millionen Kinder leiden in der Bundesrepublik unter der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern. Etwa 500 000 Kinder leben in schlechten Wohnverhältnissen beziehungsweise mit ihren Eltern in Obdachlosenwohnungen. Wohlgermerkt,

diese Zahlen charakterisieren nicht ein Land in Osteuropa, sondern eines der reichsten Länder dieser Erde, die Bundesrepublik. Es ist allemal richtig zu fragen, wieviel an Armut sich davon in Schleswig-Holstein versteckt.

Familien mit Kinder sind in unserer Gesellschaft am stärksten von **Einkommensarmut** bedroht. Ute Erdsiek-Rave hat recht, wenn sie sagt: Armut ist jung und unter 18.

Eine aktive Kinder- und Jugendpolitik muß dafür sorgen, daß insbesondere die Belange von Kindern und Jugendlichen, die im weitesten Sinne von Armut betroffen sind, aufgegriffen werden. Wer in Obdachlosenunterkünften oder schlechten Wohnverhältnissen lebt, braucht eine funktionsfähige und qualifizierte öffentliche Unterstützung. Wir müssen überlegen, ob die sozialen Sicherungssysteme, die wir bisher haben, auch für die Zukunft ausreichend sind, um gegenzusteuern. Die Zunahme chronischer Erkrankungen von Kindern in schlechten Lebensverhältnissen belegt eindeutig: Armut macht krank.

Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht eine Zusammenfügung von Sozialpolitik, Gesundheitspolitik und Wohnungs- und Städtebaupolitik finden müssen. Auch hier gilt es, neue Antworten auf die Probleme zu finden.

Armut führt zu sozialer **Isolation** und **Ausgrenzung**. Wer als Kind keine anderen Kinder zum Geburtstag einladen kann, wird selbst auch nicht eingeladen. Die Probleme, die sich durch diese zunehmende Isolierung ergeben können, können dazu führen, daß Kinder aufwachsen und bestimmte Lernerfahrungen einfach nicht machen können, bestimmte Lernerfahrungen verlorengehen, die für eine soziale Gesellschaft unverzichtbar sind.

Eine fortschrittliche Gesellschaftspolitik muß das Recht auf soziale Sicherheit für kommende Generationen erhalten. Für die

materielle Sicherheit von Kindern und Jugendlichen muß ein Sozialpakt geschlossen werden, der zu den derzeitigen Bestrebungen der F.D.P.-CDU/CSU-Regierung in Bonn, die versucht, den Sozialstaat gnadenlos zu demontieren, einen Kontrapunkt setzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Mein Gott, Herr Baasch! Der
Bart ist überlang!)

Eine kinderfreundliche Familienpolitik verlangt endlich einen gerechten Familien-Lastenausgleich. Der Erhalt sozialer Standards gerade im Familienbereich ist auch ein Beitrag für einen zukunftsfähigen Standortfaktor in der Bundesrepublik und in Schleswig-Holstein.

Soziale Gerechtigkeit muß weiterhin das Leitbild für unsere Gesellschaft sein. Unerträglich ist es, wenn dieser Begriff **soziale Gerechtigkeit** für die derzeitige Bundesregierung nur noch ein Kampfbegriff ist.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann
[SPD]: Sehr wahr!)

Diese Bundesregierung unterhöhlt die sozialen Sicherungssysteme, läßt die Länder und Kommunen mit den weiter wachsenden Sozialhilfekosten allein. Um ein weiteres Stichwort zu nennen, was den Kinderbereich angeht: Bis heute ist in Bonn nur der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz beschlossen worden; an eine finanzielle Beteiligung an den **Kinderbetreuungskosten** aber denkt man nicht. - Dies ist keine kinderfreundliche Politik, sondern genau das Gegenteil.

Unsere Gesellschaft darf sich nicht mit Armut abfinden. Wer aus dem **Arbeitsmarkt** ausgegrenzt wird, wer sozial isoliert und stigmatisiert wird, wer keine persönliche Lebensperspektive mehr hat, ist anfällig für extreme Lösungen und Wege im persönlichen Alltag wie in der Politik. So

gibt es einen direkten Zusammenhang zwischen Verarmung und bestimmten Formen von Kriminalität bei Jugendlichen.

Kinder- und Jugendpolitik muß eine soziale Infrastruktur schaffen, die Kinder und Jugendliche Gruppen- und Gemeinschaftsfähigkeit erleben läßt, die Kinder und Jugendliche an unsere Gesellschaft heranführt und sie zum politischen Engagement befähigt. Dazu müssen sich Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt direkt beteiligen können. Auf all diese Anregungen erwarten wir von einem Armutsbericht Hinweise,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Welcher Art denn?)

damit wir gezielt handeln können und nicht einfach nur im Nebel herumstochern, wie Sie das vielleicht gern weiter tun möchten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Wieso? Sie sind an der
Regierung! - Beifall bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schlagwörter sind gefallen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Richtig!)

Armutszeugnis! Ich frage mich: Ist es denn ein Armutszeugnis, wenn wir einen **Bericht über Armut** einfordern? Oder ist es nicht ein Armutszeugnis, daß bei dieser wichtigen Debatte so viele Abgeordnete gar nicht anwesend sind und viele von Ihnen auch nicht zuhören?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Drittel der SPD-Fraktion ist nicht anwesend!)

- Ich kritisiere alle, die nicht da sind! Herr Kubicki, ich habe überhaupt kein Problem damit, auch einmal Sozialdemokraten zu kritisieren. Das tue ich normalerweise auf Parteitag, aber in diesem Falle auch gern einmal hier. No problem!

Betroffenheitslyrik! Auch dieser Begriff ist im Zusammenhang mit der Debatte gefallen. Ich frage mich: Warum fordern wir denn Berichte ein, wenn nicht irgend jemand betroffen ist von dem, was wir dort erläutert haben wollen? Ich kenne keinen Bericht, der nicht einen sachlichen Rückschluß auf Betroffene zuläßt und sich somit mit ihnen auseinandersetzt.

Bericht! Natürlich besteht ein Bericht aus Lyrik. Es gibt hier aber auch widersprüchliche Anforderungen.

Meine Anforderung an einen **Bericht** ist, relativ komprimiert **Zahlen** geliefert zu bekommen, um mir selbst Gedanken machen und Konzepte erarbeiten zu können. Der SSW hat eben genau das Gegenteil angefordert, nämlich nicht nur Zahlen und Statistiken zu bekommen. Insofern wäre es wichtig, uns einmal grundsätzlich - unabhängig von dieser Debatte - über folgende Fragen zu unterhalten:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das muß in den Ausschuß!)

Warum beschäftigen wir die Verwaltung mit Berichten? Was soll denn dabei herauskommen? Wie dick müssen denn diese Berichte sein? Wer liest sie überhaupt? Wer braucht sie?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst wenn wir diese Fragen geklärt haben, macht es Sinn, darüber zu streiten, in welcher Situation ein Bericht sinnvoll ist.

Von Herrn Geerds fiel das Wort „Aktionismus“. Es wurde auch die Kosten-Nutzen-Frage angesprochen. Ich frage mich: Wie ist das denn mit 51 Fragen zur Milch, die ich in der Zeitung finde?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gute Frage! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Da fordert die CDU Klarheit über die Milchwirtschaft - eine Große Anfrage, 51 Fragen -, damit - wie es hier steht - Strategien erarbeitet werden können.

(Holger Astrup [SPD]: 52 davon sind schon beantwortet!)

Ich gönne Ihnen die Beantwortung dieser Fragen. Ob alle 51 notwendig sind, stelle ich aber in Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dann fiel hier - ich denke, eher unbeabsichtigt, Herr Geerds - das Wort von dem „unwürdigen Gang zum Sozialamt“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Gang zum Sozialamt sollte nicht als unwürdig betitelt werden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und F.D.P.)

denn diejenigen, die **Sozialhilfe** brauchen, sollen dort mit einem geraden Rücken hineingehen und so auch wieder herauskommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So

ist es! Es ist auch ein
Rechtsanspruch!)

Dann geht es um die Sinnhaftigkeit dessen, was wir hier überhaupt tun, denn wenn Rot-Grün unterstellt wird, daß jeder Antrag, den wir hier stellen, eigentlich nur irgend etwas instrumentalisieren will - mal die Armen, mal die von Leukämie Betroffenen -, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., müssen wir uns natürlich fragen, welche Berechtigung wir überhaupt noch haben, hier zu tagen. Denn diesen Vorwurf könnten wir uns gegenseitig in jeder Debatte unterstellen, und ich habe nicht vor, bei jedem Antrag die F.D.P. damit zu konfrontieren, daß sie dies hier eigentlich nur tut, weil sie Rot-Grün spalten will, weil sie eigentlich selbst an die Macht will. Mir ist diese Art der Auseinandersetzung zu langweilig und auch zu öde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD)

Und ein letztes Wort an Sie, Herr Kubicki! Wer liest denn schon den „Stern“! Grüne greifen nach den Sternen.

(Heiterkeit)

Wir fordern Visionen ein; Gedrucktes, Herr Kubicki, ist Schnee von gestern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, SPD und der
Abgeordneten Anke
Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Oh, es
langweilt zunehmend!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, es war zum Schluß ja doch noch etwas lyrisch, Frau Heinold. Insofern beglückwünsche ich Sie auch zu einigem Bedenkenswerten in Ihrer Rede; das will ich ausdrücklich sagen.

Aber der Herr Kollege Baasch hat wieder ein Zeugnis dafür abgeliefert, daß sich Sozialdemokraten in aller Regel zu Dingen äußern, über die sie wenig eigene Erkenntnisse haben. Herr Baasch, Sie waren nicht auf dem Kreisparteitag der F.D.P., auf dem die 50 Jahre gefeiert wurden, weshalb es uns wundert, daß Sie Erklärungen dieser Art abgeben können.

Und die SPD war auch schon erfolgreicher, als sie sozial-liberal war - im Gegensatz zu heute.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich will nur - -

(Stürmische Heiterkeit - Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Soweit kommt es
noch! - Holger Astrup [SPD]: Ja,
das entspricht ja ungefähr deren
Mitgliederzahl!)

Ich will nur sagen, - -

(Anhaltende Heiterkeit - Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Freud läßt grüßen!)

Ich komme da überhaupt nicht aus dem Tritt; das lag einfach nur daran, daß ich vorhin beim Durchzählen, als ich nur 15 Sozialdemokraten im Saal sah, als die Debatte begann, von der Fraktionsvorsitzenden der SPD darauf hingewiesen worden bin, daß die Sozialdemokratie mittlerweile vollzählig erschienen sei. Das ist bei meiner Partei ab

und zu einmal ähnlich, daß wir erst im Laufe einer Veranstaltung vollzählig werden.

Aber ich wollte auf etwas hinweisen, was die Leute draußen wohl unglaublich interessiert, wie ich annehme, wenn man eine Debatte dieser Art führt. Frau Heinold hat zu Recht - ähnlich wie einige andere ebenfalls - die Frage gestellt: Wozu soll der **Armutsbericht** eigentlich dienen? Soll die Landesregierung uns als Parlamentariern Handlungsanweisungen geben? Das ist ein Parlamentarismusverständnis, das ich nicht teilen kann.

Brauchen wir statistische Zahlen, um eine politische Grundfrage zu stellen, nämlich die, ob wir Sozial- und Gesundheitspolitik miteinander verbinden, ob wir Kriminalitätsvorsorge mit Sozialpolitik verbinden? Das glaube ich auch nicht.

Brauchen wir statistisches Material? Auch dann - so sage ich - brauchen wir diesen Armutsbericht nicht, weil das Material, das wir benötigen, bundesweit bereits vorliegt, auch aufgrund einer Großen Anfrage der Sozialdemokraten im Deutschen Bundestag vom letzten Jahr.

Was kommt denn außen an? Außen kommt so etwas an: „Armut - eine gesellschaftliche Zeitbombe“, wie es in den „Kieler Nachrichten“ steht, und die Überschrift darüber: „Grüne hatten für Kinder nichts übrig“. Das kommt an. Das ist das, was Leute wahrnehmen. Die haben das Gefühl, dieses Parlament beschäftigt sich „just for show“, moderatorenmäßig

(Holger Astrup [SPD]:
Ausgerechnet Kubicki!)

- ich komme gleich noch dazu - mit Problemen von draußen, ohne in der Konsequenz wirklich etwas zu tun.

Ich habe nur drei Minuten Redezeit. Frau Heinold, ich bin ja ganz begeistert, daß die Grünen nach den Sternen greifen. Greifen

Sie, so weit Sie wollen, aber es wäre vielleicht ganz gut, wenn man einmal zur Kenntnis nehmen würde, was **Grüne** anderswo sagen, beispielsweise Ihr Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, Joschka Fischer. Ich zitiere aus dem „Stern“ von heute und frage die Grünen hier im Saal, ob sie diese Auffassung teilen oder ob Herr Fischer als Grüner uns, der deutschen Öffentlichkeit, etwas Falsches gesagt hat.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Er ist eben
nicht unser Parteivorsitzender!)

Er sagt wörtlich, Frau Fröhlich:

„Wir müssen zum Erhalt unseres Sozialstaats eine Neustrukturierung durchführen, weg vom Gießkannenprinzip. Heute laufen 80 % des Sozialtransfers nicht zugunsten der sozial Schwachen, sondern in der Breite der Mittelschicht. Um die Bedarfsorientierung staatlicher Leistungen unten zu erhalten, müssen wir oben ab einer bestimmten Einkommensgrenze mehr Eigenverantwortung zur Geltung bringen.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wird diese Auffassung von Ihnen geteilt?

(Beifall bei der F.D.P. und des
Abgeordneten Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Dann frage ich Sie: Was unterscheidet Sie eigentlich von der Position der F.D.P. und der CDU im Bund, die nichts anderes wollen?

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Die wollen unten abschneiden!
Deswegen!)

Nichts!

Und ich sage Ihnen noch einmal, Herr Hentschel, liebe Ute Erdsiek-Rave: Mit dieser Form der Beratung, der Moderation, der Nur-Diskussion, ohne konkret etwas zu tun, werden Sie, werden die Sozialdemokraten und die Grünen bei der Bevölkerung Schiffbruch erleiden, weil die Menschen genau merken, daß nur darüber zu reden ihnen nicht weiterhilft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich empfinde es schon als einen Mangel an Ernsthaftigkeit, wenn auch über dieser Debatte an einigen Stellen die Frage - mehr oder minder ausgesprochen - schwebt: **Armut** - gibt es die bei uns überhaupt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]
Natürlich gibt es sie!)

Darf man denn in einem der reichsten Länder der Welt - ich komme gleich darauf zurück - von Armut reden? Armut gibt es doch nur in der Dritten Welt oder - um mit Herrn Klug zu sprechen - allenfalls im befreiten Osteuropa!

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie haben nicht zugehört, Frau Moser!)

- Doch, sehr gut! - Diese Form von Armut gibt es in der Tat in der Bundesrepublik nicht. Das ist aber kein Grund, sich hier zufrieden zurückzulehnen oder aber schlicht zu sagen: Es ist keine Frage, Armut wächst -

aber das war es, und ansonsten verdrängen wir das, Frau Aschmoneit-Lücke!

Was folgt denn aus Ihrer hier eingangs getroffenen Feststellung für Sie? Ich habe es nicht gehört.

Es gibt bei uns die Form der Armut, die Menschen in ihrer **sozialen Existenz** bedroht. Darüber sind wir uns letztlich doch wohl einig. Dann könnten wir uns auch vernünftig darüber unterhalten, wie wir damit umgehen, wie wir Daten erheben, die uns helfen, diese Armut rechtzeitig zu bekämpfen, ehe sie entsteht, beziehungsweise dort, wo sie entstanden ist, die Menschen aus ihr herauszuholen.

Noch ein Wort zur Umverteilung von unten nach oben, Frau Aschmoneit-Lücke! Sie mögen das ja für einen politischen Kampfbegriff halten. Das ist es in einigen Situationen auch. Aber es ist auch eine schlicht zu belegende Tatsache.

(Beifall des Abgeordneten
Konrad Nabel [SPD])

Sie selbst sind darauf zu sprechen gekommen. Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen öffnet sich seit über einem Jahrzehnt immer weiter. Zwischen 1980 und 1992 hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger verdoppelt; die Zahl der Haushalte, die monatlich über 10 000 DM zur Verfügung haben, hat sich im selben Zeitraum verfünffacht. Nach den Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung verfügte 1992 das obere Drittel der privaten Haushalte über 58,2 % aller **Haushaltseinkommen**, das untere Drittel nur über 15,7 %. Dies alles werden Sie nicht bestreiten.

Auch die Zahl der Einkommensmillionäre ist nach einer neuen Untersuchung der statistischen Landesämter in den vergangenen Jahren sprunghaft angestiegen,

und zugleich klagen die Sozialämter über Rekordzahlen. Ist das etwa keine Umverteilung von unten nach oben?

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

„Armut in Deutschland“ - unter diesem Titel haben der DGB und der Paritätische Wohlfahrtsverband im Jahre 1994 einen aktualisierten Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. Es gab also schon vor der **Großen Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion** Berichte, die wir auch gelesen haben. Es gab sogar noch einen früheren Armutsbericht, nämlich den des DPWV vom November 1989, der offenbar in den Freuden der Vereinigung und unter der Ankündigung blühender Landschaften etwas in Vergessenheit geraten war. Deshalb brauchte man 1994 unter veränderten Bedingungen einen neuen Bericht. Und bereits im Januar 1993 haben die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und andere Fach- und Selbsthilfeorganisationen die sogenannte „Nationale Armutskonferenz“ in der Bundesrepublik Deutschland begründet.

Der Begriff der Armut - Herr Geerds, auch wenn es der CDU-Definition vielleicht nicht ganz entspricht - ist wissenschaftlich mehrfach behandelt worden. Es gibt einige Übereinstimmungen in allen Definitionen. Es gibt den Begriff der Einkommensarmut, der von vielen mit dem Sozialhilfebezug gleichgesetzt wird. Es wird sozusagen der Sozialhilferegelsatz als offizielle, gesetzlich fixierte Armutsgrenze angesehen. Von anderer Seite werden lieber Abschlüsse vom Durchschnittseinkommen angesetzt, in der Regel etwa zwischen 40 % und 60 %. Der Antrag geht von einer Armutsgrenze von 50 % unter dem Durchschnittseinkommen aus.

Eine ergänzende qualitative Betrachtung verdeutlicht die soziale Lage. Je niedriger das Einkommen, desto mehr muß sein

Verbrauch auf den unabweisbaren **Grundbedarf**, das heißt, auf Wohnen, Essen, Energie und so weiter konzentriert werden. Je größer das Einkommen, desto mehr **Konsumspielraum** besteht, desto höher ist die Sparquote. Das ist eigentlich eine Banalität. Aber ich glaube, man muß es einfach noch einmal sagen.

Bei all diesen Ansätzen hat sich ein Konsens dahin gebildet, daß Armut eine auf das durchschnittlich verfügbare, nach Haushaltsgrößen gewichtete Einkommen bezogene relative Größe darstellt. In allen Ansätzen sind zwei Betrachtungen prägend:

Erstens geht es um eine Verteilungsschieflage, also darum, verteilungspolitische **Ungerechtigkeiten** transparent zu machen und zu verdeutlichen, daß unsere Gesellschaft polarisiert, daß es immer deutlicher Gewinner und Verlierer der gesellschaftlichen Prozesse gibt.

Zweitens geht es darum, die Folgen dieser politischen und gesellschaftlichen Veränderungen dieser Prozesse in ihrer Komplexität und in ihrer Bedeutung für die einzelnen Betroffenen ins **Bewußtsein** zu rücken.

Frau Heinold, ich bin Ihnen sehr dankbar für den Hinweis, daß wir in einem Feld, in dem niemand betroffen ist, nichts zu tun brauchen.

Als Warnung vor verteilungspolitischen Ungerechtigkeiten und vor zunehmender Entsolidarisierung hat Peter Glotz schon 1984 in der Tat wohl den politischen Kampfbegriff von der Zwei-Drittel-Gesellschaft geprägt. Aber dies ist mittlerweile kein politischer Kampfbegriff mehr, und das ist das Problem. Er entspricht in weiten Teilen der Realität. Das wird von vielen Menschen über die Parteigrenzen hinweg inzwischen auch so gesehen.

Armut - das haben Sie indirekt ja auch gesagt, Herr Geerds - beginnt oft mit **Arbeitslosigkeit**. Wenn Sie die Zukunft der

Arbeit im Zusammenhang mit einem Armutsbericht behandeln wollen, dann ist das zwar lobenswert, aber vielleicht eine gewisse Überfrachtung; das sage ich gleich an dieser Stelle. Auch angesichts einer guten Wirtschaftsentwicklung bleibt bei uns zirka ein Drittel der Arbeitslosen aus dem Erwerbsleben dauerhaft ausgegrenzt. So schrecklich es sich anhört, aber es ist so: Ein Drittel unserer arbeitslosen Bürgerinnen und Bürger sind Langzeitarbeitslose, die mindestens in der Gefahr sind, dauerhaft ausgegrenzt zu werden. Ein Drittel aller Fälle von Sozialhilfebezug basiert auf Arbeitslosigkeit.

Obwohl bundesweit die Pro-Kopf-Versorgung an **Wohnraum** deutlich gestiegen ist, machen Modernisierungsmaßnahmen, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen und in der Folge explosionsartige Mietsteigerungen den Wohnraum zu einem knappen und für immer mehr Menschen eben nicht mehr bezahlbaren Gut. Mehr als 1 Million Menschen in der Bundesrepublik sind obdachlos, leben in Notunterkünften. Eine weitere Million Bürgerinnen und Bürger sind von Wohnungslosigkeit bedroht.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Deshalb drosselt die
Landesregierung das
Wohnungsprogramm!)

Wir haben in Schleswig-Holstein einen Bericht zur Wohnungslosigkeit beziehungsweise zur Wohnungsnotfallproblematik; wir haben auch für Schleswig-Holstein Zahlen. Danach sind 15 000 bis 17 000 Menschen wohnungslos im engeren Sinne. Zwischen 65 000 und 80 000 Menschen sind Wohnungsnotfälle, Menschen, die in unzureichendem Wohnraum leben. Auch hier in Schleswig-Holstein sind es insbesondere die kinderreichen Familien, die davon betroffen sind, und damit überproportional Kinder, die

in Notunterkünften oder in miserablen Wohnungen leben. Ich erinnere an den guten alten Zille, der angesichts der Berliner Hinterhöfe einmal gesagt hat, man kann einen Menschen mit einer Wohnung erschlagen. Die Kinder sind von solchen Wohnverhältnissen sehr schnell erschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Die individuellen Kosten für die gesundheitliche Versorgung nehmen ebenfalls zu. Bildungskosten werden seit Jahren individualisiert. Das bedeutet eben für viele Menschen, daß sie ihren Lebensstandard runterschrauben müssen, daß sie auf eine Teilnahme in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen verzichten müssen.

Die **sozialen Sicherungssysteme** reichen in vielen Fällen nicht mehr aus, um Risiken abzudecken. Das gilt für die Arbeitslosenversicherung. Das gilt auch für die Krankenversicherung, die in ihrer Leistungsstruktur beschnitten worden ist. Wenn man liest, was Herr Seehofer des weiteren vorhat, dann kann einem wirklich nur angst und bange werden.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt aber auch für die Rentenversicherung, die in ihrer Sicherungsfunktion gefährdet ist, eben durch die Folgen lückenhafter oder fehlender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungszeiten, die entweder aus Arbeitslosigkeit oder aber aus Schattenwirtschaft resultieren.

Wenn wir heute davon ausgehen, daß **Jugend** und **Armut** zwei zusammengehörige Begriffe sind, so ist das richtig, weil Altersarmut in der Tat eine untergeordnete Rolle spielt; Herr Geerds, das müßte auch bei Ihnen schon angekommen sein. Wir müssen aber bei der Weiterentwicklung der Rentenversicherung aufpassen, daß nicht

auch Altersarmut wieder zu einem Massenphänomen wird. Mit anderen Worten: Wir brauchen eine Reform der sozialen Sicherungssysteme, die langfristig in der Lage ist, Armut zu verhindern.

Anstatt sich nun aber dieses Instrumentarium vorzunehmen und es den neuen Gegebenheiten anzupassen - ich bin da nicht jemand, der nur an Besitzständen hängt; ich bitte darum, daß wir ehrlich miteinander debattieren -, legen die Parteien, die die Bundesregierung tragen, die Koalitionsfraktionen in Bonn Hand an die **Grundlagen des Sozialstaates**. Ich sage das ohne jegliches Pathos. Ich denke, das ist so. Gerade in Zeiten, in denen die Menschen auf diese Unterstützung angewiesen sind, werden diese Instrumente in Gefahr gebracht und zerrüttet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ein Märchen!)

- Das ist kein Märchen! Das können Sie auch sehen, wenn Sie sich die Statistiken zu den Leistungsentwicklungen angucken.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Als Folge dieser Politik nehmen eben Armutsrisiken, Unterversorgungslagen und soziale Ausgrenzung zu.

Ich will Ihnen noch ein paar Zahlen nennen. Nach den Angaben des Bundesarbeitsministeriums haben die vielfältigen Einschnitte ins soziale Netz seit 1989 ein Einsparvolumen von 71 Milliarden DM in der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung gebracht. Für 1997 ist noch einmal eine Einsparung von 25 Milliarden DM vorgesehen. Dieses Geld ist ja Menschen entzogen worden. Das hat bestimmte Gruppen von Menschen besonders getroffen. Solche Bilanzen mögen vielleicht gut klingen, weil sie eine gewisse Tatkraft suggerieren.

Aber die sozialen Folgelasten sind nicht mitgerechnet. Es ist auch nicht mit eingerechnet, daß wir hier im Lande Schleswig-Holstein, wir alle gemeinsam und die Kommunen mit uns die Folgen daraus tragen.

Armutsberichterstattung ist also nicht nur wegen der bisherigen **Entwicklung** nötig, sondern auch wegen einer drohenden Zuspitzung dieser Entwicklung. Es ist wichtig, **Bestandsaufnahme** zu machen, auch Bewußtsein zu prägen und aufzurütteln.

Wir können uns angesichts dieser Bilanz nicht darauf zurückziehen, daß die Werte beim Durchschnittseinkommen, beim verfügbaren Wohnraum pro Kopf eigentlich ganz gut klingen. Das ist irreführend. Es geht hier nicht um Durchschnittswerte, sondern es geht um die soziale Lage einer ganz bestimmten Gruppe von Menschen. Für moderne Sozialpolitik kann Armutsberichterstattung - das müßte eigentlich dem Selbstverständnis der F.D.P. besonders entgegenkommen - zu einem guten, qualitätssichernden Instrument werden; denn Herr Schroedter hat zu Recht darauf hingewiesen, daß dies keine folgenlose Aktivität ist, sondern wir haben unsere politischen Entscheidungen daran zu messen, welche finanziellen und sozialen Folgewirkungen aus ihnen erwachsen. Das können wir nur, wenn wir das besser als bisher datenmäßig erfassen.

(Zuruf von der F.D.P.: Was haben Sie denn die letzten acht Jahre gemacht?)

- Wir haben in Teilen auch schon Armutsberichterstattung gemacht. Ich nenne noch einmal den Bericht zur Wohnungsnotfallproblematik.

Der Antrag erwartet von der Landesregierung die Entwicklung einer Landesarmutsberichterstattung und gibt zugleich Vorgaben für einen ersten **Armutsbericht**. Ich finde es ganz besonders

überzeugend, daß sich die Schwerpunktbildung im ersten Bericht auf **Kinder und Jugendliche** und ihre **Familien** bezieht. Wir müssen uns mit dieser Armutsberichterstattung hier in Schleswig-Holstein sicherlich in die vorhandene Landschaft von Armutsberichten einpassen. Es gibt nicht nur in der Stadt Kiel einen Armutsbericht, es gibt einen in Lübeck, einen in Norderstedt, in Neumünster ist ein Armutsbericht geplant, und auch der Kreis Plön denkt über eine Berichterstattung nach.

Wir werden davon profitieren können, daß in der neugestalteten Sozialhilfestatistik des Statistischen Landesamtes schon für das Jahr 1994 erstmals qualitative Angaben möglich sind wie zum Beispiel der Nachweis, daß die über vierzigjährigen Sozialhilfeempfänger im Durchschnitt bereits länger als drei Jahre Sozialhilfe erhalten, oder der Hinweis, daß etwa für 22 % der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt eine Erwerbstätigkeit aufgrund häuslicher Bindungen nicht möglich ist. Diese qualitativen Auswertungsmöglichkeiten sind entscheidend, und wir werden uns bei der Entwicklung unserer Armutsberichterstattung insbesondere darauf konzentrieren.

Der Antrag verweist auch zu Recht auf die Notwendigkeit, eine einheitliche **Erhebungsstruktur** für die zahlreichen **Sozialdaten** auf lange Sicht auch auf Bundesebene zu schaffen. Das ist ein sehr langer Weg, aber er lohnt sich.

Ich will einen kleinen Zweifel anmelden, ob es zu diesem Zeitpunkt klug ist, sich bereits auf eine kontinuierliche, fortlaufende Berichterstattung auf Landesebene festzulegen, ob es nicht besser ist, die **Armutsberichterstattung** dann auf örtlicher Ebene vorzunehmen, weil sie dort stärker noch als auf **Landesebene** als Grundlage für sozialplanerische Maßnahmen konzipiert werden kann. Der Bericht auf Landesebene sollte ein größeres Gewicht darauf legen,

öffentliches Bewußtsein für die Problematik zu schaffen und vor allen Dingen auch qualitative Raster für eine einheitliche Berichtspraxis zu formulieren.

Dieser Antrag stellt eine gute Ausgangslage für eine neue Qualität der Armutsberichterstattung dar. Ich bin sicher: Wenn wir gemeinsam und im Konsens das so begreifen, wird es auch keineswegs eine folgenlose Berichterstattung sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Herr Abgeordneter Geerds, erhalten Sie Ihren Antrag auf Ausschußüberweisung aufrecht?

(Torsten Geerds [CDU]: Ja!)

- Dann stimmen wir zunächst über den Antrag ab, die Vorlage an den Sozialausschuß zu überweisen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung des SSW und der F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich dachte, wir wollten darüber reden!)

Wir stimmen jetzt über den Antrag in der Sache ab. Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/227, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW angenommen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben mir mitgeteilt, daß wir jetzt noch die Tagesordnungspunkte abhandeln können, bei denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

Ich rufe deshalb jetzt Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Drucksache 14/8

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/159

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

(Ursula Kähler [SPD]: Der verweist auf die Vorlage!)

Heinz Maurus [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Innen- und Rechtsausschuß ist der Gesetzentwurf zur Änderung des Landesministergesetzes, Drucksache 14/8, durch Plenarbeschluß vom 23. Mai 1996 überwiesen worden. Der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und F.D.P. hat zum Ziel, § 13a des Landesministergesetzes zu streichen, der die Einsetzung und die Aufgaben der **Parlamentarischen Vertreterinnen und Vertreter** regelt.

Im Rahmen seiner Beratungen hat sich der Innen- und Rechtsausschuß insbesondere mit den Fragen beschäftigt, aus welchem Grund die Landesregierung die Zahl der Parlamentarischen Vertreter in der 14. Wahlperiode verringert hat und ob daran

gedacht ist, in der laufenden Wahlperiode weitere Parlamentarische Vertreterinnen oder Vertreter zu benennen.

Herr Staatssekretär Gärtner sprach sich im Rahmen seines Berichts für die Beibehaltung von § 13a des Landesministergesetzes aus. Er verwies auf die innerhalb der Landesregierung erfolgte Neuorganisation und betonte, die Landesregierung sei zu der Auffassung gelangt, daß die Funktion eines Parlamentarischen Vertreters des Innenministers nicht überflüssig sei. Dies sei insbesondere vor dem Hintergrund der erfolgten Aufgabenwahrnehmung durch den Parlamentarischen Vertreter und angesichts der neuen Aufgabenschneidung im Bereich der Landesregierung zu sehen.

Im übrigen sei gegenwärtig nicht daran gedacht, im Laufe der 14. Wahlperiode einen weiteren Parlamentarischen Vertreter beziehungsweise eine weitere Parlamentarische Vertreterin zu benennen.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgten der Argumentation der Landesregierung. Dagegen erhielten die Fraktionen von CDU und F.D.P. ihren Gesetzentwurf aufrecht. Auch die Vertreterin des SSW sprach sich grundsätzlich für die Abschaffung der Parlamentarischen Vertreter aus und schlug vor, dem Gesetzentwurf mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Änderung in der 15. Wahlperiode in Kraft tritt.

Meine Damen und Herren, der Innen- und Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen, den Gesetzentwurf Drucksache 14/8 abzulehnen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den gründlichen Bericht.

(Heiterkeit und Beifall)

Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? -
Das ist nicht der Fall.

Wie gesagt: Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse deshalb über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und F.D.P., Drucksache 14/8, insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe von der CDU: Wir müssen über die Beschlußvorlage abstimmen! Wir stimmen nicht über die Gesetzesvorlage ab!)

- Gut, dann stimmen wir nicht über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesministergesetzes ab, sondern nur über die Beschlußvorlage des Ausschusses.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist doch logisch!)

- Das ist bei einem Gesetzentwurf ungewöhnlich. Aber, bitte, wenn die Mehrheit das so sieht, können wir das so machen. Wer also dem Ausschlußbericht zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, dem Ausschlußbericht stimmen wir zu!)

- Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Die Beschlußempfehlung im Ausschlußbericht ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 29 auf:

Bericht zum Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen (Arbeitnehmer-Entsendegesetz, AEntG)

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/76

Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses
Drucksache 4/187

Ich erteile der Berichterstatterin des Sozialausschusses, der Frau Abgeordneten Walhorn, das Wort.

Frauke Wahlhorn [SPD]:

Der Sozialausschuß und der mitberatende Wirtschaftsausschuß empfehlen einstimmig die unveränderte Annahme des Antrages.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin für den kurzen Bericht.

(Beifall)

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? -
Das ist nicht der Fall.

Auch hierzu ist - wie gesagt - eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse deshalb über den Bericht und die Beschlußempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 14/187, abstimmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 31 der Tagesordnung:

Unterricht für Haupt- und Realschullehrer an Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/71

Bericht und Beschlußempfehlung des
Bildungsausschusses
Drucksache 14/201

Das Wort hat der Berichterstatter des Bildungsausschusses; Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone, bitte.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Finanzausschuß und Bildungsausschuß haben einstimmig beschlossen, Ihnen die Kenntnisnahme dieses Berichts zu empfehlen und darüber abzustimmen.

(Zuruf von der CDU: Den Antrag abzulehnen!)

- Abzulehnen; Entschuldigung.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen? - Gut, dann haben Sie noch einmal das Wort, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ich verweise auf die Vorlage. Wir empfehlen Ablehnung.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Danke sehr. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über die Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses, Drucksache 14/201, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 32:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1995

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/203

Der Minister ist sowieso nicht hier.

(Heiterkeit)

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Schließlich rufe ich Tagesordnungspunkt 37 auf:

Vereinbarung nach Artikel 91 b GG; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein Gemeinsames Hochschulsonderprogramm III (HSP III)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/179

Bericht und Beschlußempfehlung des
Bildungsausschusses
Drucksache 14/234

Das Wort hat wiederum der Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Ich hoffe, daß ich es jetzt richtig mache.

(Heiterkeit)

Sowohl Finanzausschuß als auch Bildungsausschuß haben den Bericht zur Kenntnis genommen und empfehlen dem Landtag, den Bericht ebenfalls zur Kenntnis

zu nehmen. Ich verweise sicherheitshalber noch einmal auf die Vorlage.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse über die Vorlage abstimmen. Wer der Beschlußempfehlung des Bildungsausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende des heutigen Sitzungstages angelangt. Morgen früh um 10.00 Uhr wird die Tagung fortgesetzt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und einen guten Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.03 Uhr